LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 4

L A N D E S R A T
des
SAARGEBIETES.

II. Wahlperiode / 25.Sitzung
4. Sitzungsperiode 1925 (3)

Stenographischer -Bericht

über die am 17. November 1925 im Neuen Sitzungssaal des Rathauses der Stadt Saarbrücken stattgefundene Sitzung des Landesrates.

Der stellv. Vorsitzende, Mitglied S c h e u e r (Z)-St.Jngbert, eröffnet um 9 Uhr 30 Minuten vorm. die Sitzung.

Seitens der Regierungskommission ist anwesend:

Der stellv. Staatskommissar, Herr Oberregierungsrat Dr. H e i m aus der Abteilung des Innern.

Die Feststellung der Anwesenheitsliste ergibt die Anwesenheit von 29 Mitgliedern.

Entschuldigt fehlt

das Mitglied, Kommerzienrat Dr.h.c.Herm.Röchling (DSV)-Völklingen.

T A G E S O R D N U N G.

Begutachtung der Verordnungsentwürfe betr.:

1) Abänderung des Zuwachssteuergesetzes vom 14.2.1911 in der Fassung des Gesetzes vom 3.7.1913 über Änderungen im Finanzwesen;

2) die religiöse Kindererziehung;

3) Abänderung der Bestimmungen über das Wohnungswesen.

Vorsitzender Scheuer: Meine Herren! Die Tagesordnung liegt Ihnen vor. Es wird zweckmäßig sein, die Vorlage betr. die religiöse Kindererziehung in die Kommission zu verweisen und zwar in die 6. Kommission. Sind Sie damit einverstanden? Widerspruch erhebt sich nicht, der Vorschlag ist somit einstimmig angenommen.
Ferner wird es sich empfehlen, die eigentliche Wohnungsverordnung heute gleich in die Kommission zu

verweisen.

A4 I

verweisen. Ich schlage vor,wir verweisen diese Vorlage in die Wirtschafts-und Rechtskommission,wie im vorigen Jahre auch.

Widerspruch erhebt sich nicht.Ich stelle die einstimmige Annahme des Vorschlages fest.

Wir kommen dann zu Punkt 1 der Tagesordnung betr.

<u>Abänderung des Zuwachssteuergesetzes vom 14.Februar 1911 in der Fassung des Gesetzes vom 3.Juli 1913 über Anderungen im Finanzwesen.</u>

Ich erteile hierzu dem Berichterstatter,Herrn Abgeordneten Gärtner das Wort!

Abg. Gärtner (Z): Meine Herren! Die I. Kommission hat sich in ihren Sitzungen am 27,Oktober und 4. November ds.Js.mit der Vorlage beschäftigt. Es wurde anerkannt, daß die Vorlage geeignet ist,gegenüber dem bestehenden Gesetz, die Härten zu vermeiden. Die Vertreter der Deutsch-Saarländischen Volkspartei und des Zentrums glaubten sich nicht für die Annahme der Vorlage aussprechen zu können. Die Schwierigkeiten durch das Schwanken der Währung, ergäben sich dadurch, daß keine feste Berechnungsgrundlage gefunden werden könne. Die Deutsch-Saarländische Volkspartei sowie die Zentrumspartei beantragen die Aufhebung des Gesetzes. Die Sozialdemokratische Partei glaubte sich diesem Standpunkt nicht anschließen zu können und Herr Hoffmann beantragte, die steuerfreie Grenze über 150.000.-Franken hinaufzusetzen. Es ist in der Kommission dagegen das Bedenken geltend gemacht worden, daß bei Annahme des noch höheren Satzes der Grundstückspekulation Tür und Tor geöffnet werden könnte. Ginge man auf 150.000.-Franken mit der steuerfreien Grenze,so könnte bei Grundstücksveräußerungen durch Teilverkäufe die Steuer sehr leicht umgangen werden. Außer dem Umstand der schwankenden Währung,ist besonders durch die Kreditnot die Preisbildung auf dem Grundstücksmarkt absolut nicht normal.

Die Voraussetzungen für eine ordnungsmäßige zweckentsprechende Veranlagung zur Wertzuwachssteuer sind also nicht gegeben.

Daher entschied sich die Kommission für Ablehnung der Vorlage.

Vorsitzender Scheuer: Das Wort zur Vorlage hat der Herr Abgeordnete Levacher !

Abg. Levacher (Z): Meine sehrverehrten Herren! Wir stehen an einem Tage von historischer Bedeutung,denn heute sind die Rückwirkungen veröffentlicht worden,von denen die Reichsregierung die Annahme des Vertrages von Locarno abhängig gemacht .. hat. Da lenkt sich unser Geist zunächst zu unserer engeren Heimat der Rheinprovinz und der Pfalz, die in den letzten Jahren so viel für das

<u>Deutschtum</u>

LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 4

A4

Deutschtum gelitten haben. Wir sprechen ihnen die aufrichtigsten Grüße aus und beglückwünschen sie, daß die Dauer ihrer Leiden abgekürzt wird. Wir, die wir dieselben Leiden erdulden müssen, wissen, wie ein Volk gedrückt wird durch derartige Verträge und deren Auslegungen. Von unserer engeren Heimat, der Rheinprovinz und Pfalz lenken wir unseren Blick auf Locarno. Wir an der Saar, haben alles Interesse, daß der Vertrag von Locarno angenommen wird, denn es gibt-abgesehen vom Rheinland- kein Land, das derartig unter Zersplitterung und Haß der Länder gelitten hat, wie das Saargebiet. Es ist Zeit, und höchste Zeit, daß die Luft von der Atmosphäre dieses Hasses gereinigt wird. Wir erhoffen weiter das Recht auf nationale Freiheit. Wir begrüßen in diesem Sinne den Vertrag von Locarno. Wir haben stets auf dem Standpunkt gestanden, daß das Reich unseretwegen nichts tun soll, was ihm schaden kann. Nachdem der Tag gekommen ist, an dem sich Deutschland entschlossen hat, in den Völkerbund einzutreten, begrüßen wir ihn umsomehr, denn das eine ist klar, es geht durch das Saargebiet eine Sehnsucht nach der deutschen Heimat, die jeden Tag stärker wird und wir als Vertreter der Bevölkerung haben dazu beizutragen, daß die Sehnsucht gestillt wird. Wir sehen kein Heil darin, daß man alle möglichen Pflästerchen auf unsere Wunde klebt. Wir wollen eine absolute Heilung, wir wollen die Rückkehr zu Deutschland, zu Preußen und Bayern, bedingungslos und möglichst bald.

(Bravo - Rufe)

Wir scheuen keine Volksabstimmung und wenn man eine Volksabstimmung wünscht, so glaube ich, daß das wahr wird, was ich dem Reichskanzler gesagt habe:

> " Wir scheuen die Volksabstimmung nicht. Wir können mit ruhigem Gewissen für 99 Prozent der Bevölkerung bei der Abstimmung garantieren."

Die Wurzel des Übels muß beseitigt werden. Ich sagte vorhin schon, es geht eine tiefe Sehnsucht nach Deutschland durch das Saargebiet. Wir fühlen uns hier nicht recht wohl. Unsere eigene Heimat bietet uns nicht, was sie soll. Wenn man der Ursache nachgeht, so kommt man zu ganz eigenartigen Folgerungen. Sehen wir uns das Fundament an, auf dem das Saargebiet aufgebaut ist. Es ist die große Lüge von den 150.000.- Franzosen im Saargebiet. Ein Statut, das auf einer derartigen unsittlichen Grundlage aufgebaut ist, kann nicht sittlich sein. Wir haben ja nunmehr durch die in Elsaß-Lothringen erscheinende Zeitung " Die Zukunft" erfahren, wie man zu diesen 150.000 Saarfranzosen gekommen ist. Ich darf es hier wiederholen. Man hat in Elsaß-Lothringen an Orten, die mit der Bezeichnung "Saar" etwas zu tun haben, wie Saargemünd, Saaralben, Saarunion, Saarwerdenusw. Listen in Umlauf gesetzt und hat die Leute dieselben unterschreiben lassen, sie möchten doch zu Frankreich kommen. Bei den mangelnden geographischen Kenntnissen haben die maßgebenden Herren in Versailles das so ausgelegt, als ob diese Leute zu Preußen oder der Pfalz gehörten und nun zu Frankreich kommen wollten. So ist die große Lüge von den 150.000 Saarfranzosen zustande gekommen. Ich hoffe, daß, wenn jetzt

Herr

LH Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 4

A4 I

Herr Vigier, wie man hört, in diese Gegend versetzt wird, er dazu helfen wird,diesen Betrug aufzuklären. Ich sagte, das Fundament ist unsittlich,aber der ganze Bau ist ebenso unsittlich. In dieser Beziehung war das geradezu eine Offenbarung für mich, was unser Parteifreund,der bekannte Rechtslehrer Schmidt,bei der Jahrtausendfeier des Zentrums ausgeführt hat. Er geht davon aus, daß man in neuerer Zeit Worte, wie Annexion vermeidet, daß man in der neueren Politik keine Völker mehr zwingt,Gebietsteile ganz abzutreten, sondern daß man für alle diese Dinge ein viel schöner klingendes Wort sucht. Man sagt Besetzung. Schmidt führt dann weiter,ganz kurz zusammengefaßt, aus: Wenn ein Volk annektiert wird,dann bekommen auch die annektierten Staatsbürger dieselben Rechte wie die Staatsbürger des annektierenden Staates selber. Besetzt man aber ein Gebiet bloß, so verliert der annektierte Staatsbürger jedes Recht gegenüber dem Besetzungsstaat. Er prüft dann die Frage,ob Regierungen- er nennt auch die Saarregierung- wie wir sie hier haben, etwas Unsittliches haben. Er sagt darüber folgendes: Internationale Kommissionen sind in einem Zeitalter,wie das unsrige, unvermeidlich,mitunter sogar nützlich. Es gibt Kommissionen, wie z.B. die berühmte "Europäische Kommission zur Schiffbarmachung der Donau,die ausgezeichnet funktioniert. Bei der Kommission,von der jetzt die Rede ist,liegt das rechtliche und moralische Unerträgliche darin,daß eine internationale Kommission als Trägerin von Gesetz und Recht für ein Volk von selbständigem nationalem Gepräge und individueller Eigenart auftritt. Jedes europäische Volk von einigem Nationalbewußtsein empört sich bei dem Gedanken, von Fremdlingen regiert und beherrscht zu werden.

(Zuruf des Herrn Abg. Reinhard: Der Völkerbund ist der Gerichtsvollzieher der Entente!)

Nein, das sagt er nicht. Es kommt hinzu,daß wir lediglich diesen Zustand bekommen haben, weil angeblich die französischen Gruben nicht in der Lage waren, die für die Wirtschaft Frankreichs erforderlichen Kohlen zu liefern. Auch dieses Fundament ist zusammengebrochen; Frankreich fördert mehr Kohlen wie früher. Man könnte nun auch die Gruben zurückgeben. Ich hoffe, daß der Vertrag von Locarno die nötigen Änderungen schaffen wird. Mir würde es widersinnig erscheinen, daß sich die großen Völker Frankreich und Deutschland über eine Grenze einigen, und in dieser Grenze als Loch das Saargebiet lassen. Jede Macht ist daran interessiert, das Saargebiet auf seine Seite zu ziehen. Desgleichen ist jeder Staat darauf bedacht,die Abstimmung- wenn sie kommt- auf seine Seite zu ziehen. Da sollte man der Meinung sein,daß man über das Saargebiet eine Lösung finden kann, die uns die Rechte gibt,nach denen wir rufen. Es spielt keine Rolle,daß bei Entscheidung dieser Frage der Völkerbund zuständig ist. Die Sache würde,wenn die beiden Interessenten,die beiden alleinigen Interessenten Frankreich und Deutschland, sich über diese Frage geeinigt haben,sicher die Zustimmung der übrigen Völkerbundsmitglieder erhalten. Wir und alle anderen Herren der Delegation sind bei unserem Aufenthalt in Genf so oft wie möglich darauf aufmerksam gemacht worden,daß es an der Zeit wäre,die Saarfrage in einem gütlichen Sinne zu erledigen. Ich glaube, daß beim Völkerbund irgendeine Schwierigkeit

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 4

A4

diese Sache zu regeln,nicht besteht. Eines müßte man aber noch vorausschicken, diese Regelung darf nicht, wie man verschiedentlich hört,auf Kosten der Bodenschätze unserer Heimat gefunden werden. Wir lassen unsere Gruben nicht zum Gegenstand der internationalen Spekulation machen, und wir lehnen es ab, diese Gruben internationalen Syndikaten zu übereignen.

(Zurufe: Sehr richtig !)

Es ist nötig, daß dieser Standpunkt hier einmal klipp und klar ausgesprochen wird,damit man auf der Gegenseite und auch in gewissen anderen Kreisen einmal sieht,wie wir über diese Frage denken. Ich sagte, das Fundament und der Bau sind unsittlich. Ist es denn da nun ein Wunder,daß wir uns in diesem Bau nicht wohlfühlen und andererseits ist es da verwunderlich,daß aus unsittlichen Wurzeln auch nur Unsittliches wächst. Der Unsittlichkeit des ganzen Saargebietes entspringen auch alle die Skandale,die wir neuerlich hier erleben und die man vermehren könnte,wenn man nur all das Material, das einem angeboten wird,veröffentlichen wollte. Man bekommt einen Schreck,wenn man in die Zeitung sieht und die Skandale findet,die von allem anderen Zeugnis ablegen,als von einer ordentlichen Verwaltung im Völkerbundslande. Wer sind denn die leitenden französischen Beamten,die wir hier haben. Es hat sie Poincaré geschickt und Clemenceau und das ist der Grund des Übels. Wenn man verständige Leute hätte,Leute,die das Vertrauen der Bevölkerung genießen könnten,dann wäre uns schon viel geholfen. Aber während Frankreich den Poincarismus längst abgebaut hat,haben wir unseren Saarpoincarismus behalten und Frankreich ist nicht imstande,hier abzubauen,was man in Frankreich längst nach Hause geschickt hat.

Ich berühre die eine Frage,wie steht es mit der französischen Garnison hier ? Der Völkerbund hat die Frage gestellt; bisher ist eine Antwort der Saarregierung nicht erfolgt und wir haben das Militär genau wie im Juli hier. Es ist möglich, daß bis zum Dezember,wenn wieder eine Völkerbundsratssitzung stattfindet,etwas Militär zurückgezogen wird. Aber das ist nicht, was wir wollen. Wir wollen,daß wir kein französisches Militär hier haben. Nicht Locarno,sondern der Vertrag von Versailles verbietet es,daß hier Militär gehalten wird. Wenn nun Locarno hinzukommt,damn dürfte die Frage spruchreif sein, daß die französischen Truppen verschwinden. Ich als Saarlouiser habe besonderen Anlaß,darauf hinzuweisen. Wir sind auch mit einer Garnison behaftet, die offenbar eine bestimmte Freude daran hat,ihrer Angriffslust zu folgen,die sie an mehr gefährdeten Fronten nicht austoben will. Wir erleben, daß alle 8 Tage etwas passiert, daß nach Laternen geschossen wird, daß in der Wirtschaft blank gezogen wird,nicht allein mit dem Säbel-.

(Heiterkeit !)

Ich habe den Posten vor unserer Dragonerkaserne bewundert. Der hat einen ganz besonderen Sport. Der Gehweg am Schilderhaus ist sehr eng. Kommt nun ein unglückselger Bürger vorbei, so zwingt ihn der Posten,vom Bürgersteig zu gehen.

LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 4 A4

gehen. Ich bin auch so einem Bajonettangriff entgangen und ich sah keinen Grund ein,warum ich mir den Weg versperren lassen sollte. Wir waren zu zweien. Während der erste hinter dem Posten herumging,ging ich vorn herum. Der Posten hat wohl nach mir gepickt,hat mich aber nicht getroffen. In dem Zeitalter der Entwaffnung sollte man diesen Scherz lassen. Ich meine, die Leute können dafür nichts,denn diese haben die ausdrückliche Instruktion. Also scheint es mir die höhere Kommandobehörde zu sein. Es wäre gut,wenn die Saarregierung, die auch die Verantwortung trägt,diesen Leuten klar macht, daß unsere Bürgersteige keine Eroberungsgebiete sind. Es kommt noch etwas. Es ist kürzlich noch an die saarländische Gendarmerie der Befehl ergangen,die französischen Offizieren zu grüßen. Wenn die Leute hier nichts zu suchen haben, dann sind sie auch nicht zu grüßen. Ich habe im vorigen Jahre schon darauf hingewiesen und hoffe,daß es dieses Jahr Jahr nutzen wird.

Ganz schlimm ist die französische Fremdenlegion. Es vergeht kaum eine Woche, in der nicht irgend jemand händeringend zu einem kommt und bittet, daß das aufhört. Wir haben ± uns in dieser Frage des öfteren an die Regierungskommission gewandt,daß Abhilfe geschaffen wird. Ich muß der Saarregierung den Vorwurf machen,daß sie an diese Dingenicht mit dem Ernst herangeht,den die Bevölkerung berechtigt ist,von ihr zu verlangen. Es müßte möglich sein, das Los dieser Unglückseligen zu lindern. Wir sind doch nicht dazu da, den Franzosen das Kanonenfutter zu schickem.

(Zuruf des Abg. Reinhard: Ihr müßt an den Völkerbund appellieren!)

Es läßt sich mehr aus dem Völkerbund machen,als er ist, Herr Reinhard. Ich sagte Ihnen vorhin schon, Sie sind zu ungeduldig. Wie schon gesagt, fühlen wir uns nicht wohl hier und ich habe wesentliche Momente angeführt, die dazu beitragen, nun kommen noch wirtschaftliche Momente von einer derartigen Schwere dazu,wie sie kaum irgendwo zutage getreten sind. Es ist ein furchtbares Unglück,wenn ein Volk,das einen Krieg verloren hat,dann noch eine Inflation durchmachen muß. Aber ich glaube,bis jetzt hat es in der Geschichte noch kein Volk gegeben, das zweimal nacheinander eine Inflation zu erdulden hatte. Nur das Saargebiet muß auch in dieser Beziehung die trübsten Erfahrungen machen. Deshalb sind wir ja auch die Völkerbundskolonie. Wir haben uns, als der Franken eingeführt wurde,energisch dagegen gewendet,weil wir an seine Stabilität nicht glaubten. Ich will nicht verkennen,daß es damals ein wesentlicher Vorteil war. Aber nun stehen wir zum zweiten Mal einer Inflation gegenüber. Es herrscht eine ewige Wirtschaftskrise und eine entsetzliche Kreditnot im Saargebiet. Frankreich, das uns diese Währung aufgezwungen hat,- die berühmten Briefe des Herrn Labie beweisen,daß es der französische Finanzminister gewünscht hat- läßt uns ohne Kredit sitzen. Die Folgen sind Lohnkämpfe,Abschnürung des wirtschaftlichen Lebens,Arbeiterentlassungen usw. Das alles hätte vermieden werden können. Es steht nichts davon im Versailler Vertrag,daß wir hier die französische Währung haben müssen. Es steht allerdings

LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 4

A4

allerdings darin, daß dem Umlauf des französischen Franken im Saargebiet ein Hindernis nicht entgegengesetzt werden dürfe. Man wird vielleicht sagen, wenn man eine andere Währung verlangt ,dann bringt man ein Unglück über das Saargebiet, Nachdem Frankreich die Befugnis hat,als Eigentümer der Gruben die Arbeiter und Beamten stets in Franken zu entlohnen,ruft man durch die Wirkungen eines doppelten Geldumlaufs Nachteile, wie wir sie ja schon kennen lernten, wieder hervor. Das ist richtig,aber auch nur solange,als die französische Grube die Löhnung in Franken gibt. Sie werden sich aber erinnern,daß es damals einer geraumen Zeit bedurft hat, bis Frankreich seine Bergleute in Franken entlohnt hat. Ich sehe garnicht ein,warum es nunmehr eine Änderung ablehnen soll,nachdem es damals seine Vorteile darin fand. Ich wollte dieses Kapitel nicht anschneiden, weil ich fürchtete,zuviel Zeit zu brauchen,denn darüber könnte man stundenlang reden.

In komme zur Eisenbahn. Wir haben im Saargebiet immer noch Eisenbahnstrecken,die Frankreich als sein Eigentum in Anspruch nimmt,auf die es aber kein Anrecht hat. Es sind dies die Strecken Dillingen- Busendorf,Merzig-Hargarten-Betzdorf. Natürlich hat sich die Saarregierung nicht dagegen gewehrt und ist die Folge die, daß wir französische Bahnen im Saargebiet haben,auf die wir keinen Amspruch haben. Das Personal ist von seiner Verwaltung losgelöst und die Pensionen sind in Frage gestellt. Ich wünsche, daß die Saarregierung die diplomatischen Verhandlungen mit Frankreich eröffnet,damit dieser Zustand beseitigt wird. Es ist nicht gerade nett,daß man im Eisenbahnabteil lesen muß: de Sarrebruck à Saarrehölzbach. Ich möchte fragen,woher die Leute das Recht nehmen und möchte wünschen,daß dafür gesorgt wird,daß deutsche Schilder angebracht werden. Wenn man auf die Eisenbahn kommt,dann kommt man unwillkürlich auf eine Frage,die neulich in der Presse berührt worden ist. Bekanntlich geht unsere Eisenbahn nicht recht,- ich will nicht damit sagen,daß sie langsamer fährt,als andere Bahnen-, sondern sie bringt nicht ein,was man erwarten könnte. Im Völkerbund hat man die Formel gefunden,daß belgische und französische Sachverständige der Ansicht sind, ein derartig kleines Bahnnetz könne nicht rentabel betrieben werden. Es sei der große Vorzug der Regierungskommission, daß das Defizit gering sei. Nun ist es so, daß das französische Militär hier meistens nicht bezahlt. Eine Frage an die Regierungskommission, stimmt es oder stimmt es nicht-,daß die Militärtransporte immer noch nicht abgerechnet sind ? Es handelt sich um einen Betrag von ca. 10 Millionen Franken.

(Zuruf: Das Militär fährt zu einem Viertel des normalen Preises!)

Ich möchte wissen, ist etwas daran oder nicht,daß die französischen Militärtransporte immer noch nicht bezahlt sind und die Abrechnung sehr lässig betrieben wird. Die Finanzkontrolle kann sich mit diesen Dingen nicht befassen,da sie keine Unterlagen bekommt. Wenn die Sache so kritisch ist, daß wir jährlich Millionen zusetzen,ist es Pflicht der Verwaltung dafür zu sorgen,daß die Schuldner bezahlen.

Ich

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 4

A4 I

Ich weise darauf hin, daß wir Zinsverluste haben und daß der französische Franken damals wesentlich mehr wert war und man mit diesem Gelde gewissen Lohnforderungen hätte nachkommen können,wenn man die Gelder,statt in die französische Staatskasse, in die saarländische überführt hätte. Ist es richtig,daß das Militär für Telefon und Telegramme nichts bezahlt ? Mir ist dies von einer Seite gesagt worden, die es wissen könnte. Sind die Abrechnungen fertiggestellt bezw. warum nicht ? Ich habe immer gedacht, wir hätten eine Finanzkontrolle, die diese Tätigkeit überwachen soll. Nun ist es so,daß die Finanzkontrolle, die bei Post und Eisenbahn nichts überwachen kann, die anderen Verwaltungen überhaupt nicht kontrolliert,daß also die anderen Zweige der Staatsverwaltung überhaupt keine Kontrolle haben.

(Zuruf des Herrn Staatskommissars Dr.Heim:

Stimmt nicht ! Jede einzelne Anweisung wird von der Generalfinanzkontrolle geprüft!")

Wenn das so ist,dann finde ich das gerade zu ungeheuerlich. Ich werde der Sache nachgehen.

(Zuruf des Herrn Staatskommissars Dr.Heim:

Jede einzelne Anweisung wird schon vor der Erledigung kontrolliert.)

(Zuruf des Herrn Abg. Karius: Mit Ausnahme von Rollin !)

Ich würde mich freuen,wenn das der Fall wäre.

Ich habe über die Eisenbahn gesprochen. Warum bekommen wir hier im Saargebiet keinen Eisenbahnrat.Die deutschen Gesetze sind doch noch hier in Geltung,welche einen Eisenbahnrat und einen Betriebseisenbahnrat vorsehen. Diese haben eine ganze Reihe von wichtigen Aufgaben. Sie sind insbesondere zu hören,bei Fertigstellung der Tarife und Fahrpläne, und dann sollen sie die Transportgebühren festsetzen,Bestimmungen zur Anwendung der Tarife ausarbeiten usw. Das sind alles Sachen, an denen die Saarbevölkerung genau so interessiert ist, wie die deutsche Bevölkerung. Aber bei der Eisenbahn nimmt man keine Rücksicht. Da werden die Tarife und Bestimmungen nach allen anderen Grundsätzen gemacht, als nach den Wünschen der Saarbevölkerung. Was ich rügen müßte, ist, daß das Saargebiet immer noch ein größer Güterbahnhof für die französischen Gruben ist. Frankreich bezahlt nichts dazu. Ich frage mich, wo liegt der Grund,warum wir das bezahlen sollen.

Die Zustände hier haben, um zum Steuerwesen überzugehen, eine Form angenommen, die einfach vielfach unerträglich ist. Aus den Kreisen der Handwerker,der Landwirtschaft,der Arbeiter- und der Kaufmannschaft kommen fortgesetzt Klagen über das Steuerwesen. Ich will garnicht darauf hinweisen, daß einzelne Finanzämter Standpunkte einnehmen, die einfach lächerlich anmuten. Wir werden ja bestürmt von allen Erwerbsgruppen dafür einzutreten, daß die Steuer endlich sozial und gerecht

<u>verteilt</u>

LH Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 4

A4

verteilt wird. Ich möchte die Regierung dringend bitten, insbesondere bei der Versteuerung vorsichtig zu sein und die unteren Organe anzuweisen,nicht so rigoros vorzugehen. Ich hatte nämlich Gelegenheit,in einer Angelegenheit beim Steuersenat zu plädieren und habe gefunden,daß die saarländische Steuergesetzgebung sehr lückenhaft ist.

(Zuruf des Herrn Abg. Reinhard: Sie haben sie ja beschlossen !)

Wir haben sie aber nicht gemacht. Ein Jurist,welchem ich die Sache erzählte, sagte mir, das finden Sie bei den meisten saarländischen Gesetzen.

Im Bergbau haben wir eine Instanz, das ist das Oberbergamt. Dieses soll die Bergpolizei ausüben und den Bergmann schützen,der im Dienst auf die bergpolizeilichen Vorschriften hingewiesen ist. Sie kennen die Beschwerden der Bergarbeiter, das Oberbergamt tut nichts. Nun ist sehr interessant dem nachzugehen,wer das Oberbergamt bezahlt und ich bin unterrichtet worden, daß es von der französischen Grubenverwaltung zum Teil bezahlt wird.

(Zurufe: ganz !)

Oder sogar ganz. Das ist ein Zustand,der so unmöglich ist, daß ich es nicht glauben wollte. Es ist mir aber positiv versichert worden. Das ist eine Verwaltung,die abhängig ist, so abhängig, daß der,der kontrolliert wird, der Brotgeber des Oberbergamtes ist. Ich möchte dringend hoffen,daß diesem Zustand abgeholfen wird. Die Rücksicht gegenüber der Grubenverwaltung geht soweit,daß vom Straßenbauamt Straßen gebaut werden auf deren Kosten. Und dann die Hauptsache! Wo sind die Steuern, die von dem französischen Gruben für das Saargebiet zu zahlen sind ? Im Vertrag von Versailles steht, daß die Gruben anteilig dazu beitragen sollen und die Finanzabteilung unter gütiger Mitwirkung des Herrn Labie hat es dazu geführt, daß die Gruben nur ein Siebtel zahlen.

(Zuruf des Herrn Staatskommissars Dr.Heim:

Nicht ganz ein Siebtel !)

Das ist mehr wie dreimal zu wenig. Wir müssen verlangen, daß derjenige, der die Bodenschätze ausbeutet, auch die Steuern bezahlt, denn wir können nicht zugeben, daß der starke Arbeitgeber zu Ungunsten der schwächeren Schultern entlastet wird. Frankreich soll Steuern bezahlen und wenn es die Steuern nicht bezahlen kann,soll es die Gruben zurückgeben. Es ist so- und die Spatzen pfeifen es von den Dächern-daß Frankreich bei dem Kohlenverkauf in Frankreich selbst zusetzt. Was Frankreich an den Kohlen verdient,rührt vom Export nach Deutschland her. Ich komme darauf zu sprechen,daß die breitesten Kreise der Saarbevölkerung eine steuerliche Entlastung brauchen und komme auf die Resolution, die der Handwerkerbund gefaßt hat,in der er bittet, die Steuern gerecht zu verteilen. Diese Forderung datiert von November 1925 und leitet mich über zu den Forderungen der Beamten. Es ist merkwürdig,daß es die deutsche Regierung fertiggebracht hat,daß die Saarregierung der Regelung näher tritt. Es bedurfte des deutschen Drängens, damit diese Frage überhaupt aufgerollt wurde

LR Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 4

A4 I

wurde und prompt ist sie nicht gelöst worden,denn sie ist wieder auf Dezember zurückgestellt worden. Dabei haben diese Verhandlungen im Oktober stattgefunden und es war reichlich Zeit genug, sich darauf vorzubereiten,diese Sache in Ordnung zu bringen. In diesem Zusammenhang möchte ich nicht unterlassen festzustellen, daß wir ganz für diese Forderungen der Beamten eingetreten sind,wie wir es den Beamten versprochen haben.

Wir werden weiter auf die Forderungen der Kriegsbeschädigten aufmerksam gemacht. Wenn das richtig ist, was mir geschrieben worden ist, daß Deutschland die entsprechenden Anteile für die Kriegsbeschädigten in Mark an die Regierung bezahlt und daß die Regierungskommission dann die Bezüge in Franken ausbezahlt,- das scheint mir richtig zu sein-,möchte ich doch einmal gerne wissen,wie der Franken eigentlich umgerechnet wird.

((Zuruf des Herrn Staatskommissars Dr.Heim: Ich kann Ihnen kurz sagen, daß die Regierungskommission bis jetzt 3 Millionen minus gemacht hat,was sie drauflegen muß. Bei Herrn Minister Koßmann können Sie das einsehen.)

(Zuruf des Herrn Abg. Reinhard: Das scheinen tüchtige Leute zu sein!)

Das ist ja eine Sache, die man fast garnicht fassen kann. Ich habe mir in meinem Untertanenverstand gesagt,wenn die Regierung das Geld,vollwertiges Geld,bekommt und zahlt es in einem gewissen Zeitraum in einer Währung aus, die sich dauernd verschlechtert,dann muß sie doch eigentlich ein Geschäft machen. Wie gesagt, ich bin über diese Antwort ganz erstaunt. Ich nehme an, daß man die Sache ordentlich verrechnet hat, denn ich dachte immer,es würde bei dieser Rechnung für die Kriegsbeschädigten etwas herauskommen. Es ist hier wie so manches Mal,daß man sich fragen muß, wie sind die Dinge nur möglich.

Ich will noch ganz kurz auf die Justiz übergehen. Es soll einmal jemand gesagt haben:" Il y a trop des juges en Sarre " - es gibt zuviel Richter im Saargebiet. Tatsache ist, daß die Justiz mit einem besonderen Wohlwollen behandelt wird,denn man hat in diesem Jahre 3 Richter ernannt. Man ist heute soweit,daß man in Richterstellen referendare beschäftigt. Es ist nicht verwunderlich,wenn kein Referendar im Saargebiet bleibt. Die Leute sagen sich,wenn ich zwölf Jahre auf eine Anstellung warten muß,dann werde ich den Staub von den Füßen schütteln. Der Effekt ist,daß wir im Saargebiet zu wenig Richter haben. Wir wissen wohl, daß so etwas unter preußischer Verwaltung niemals vorgekommen ist. Man sollte annehmen, daß sich die Regierung so einrichten würde, daß wenigstens die Rechtsprechung gewährleistet sei. Es wird damit so kommen,daß das,was man hier im Saargebiet nicht hat, importiert wird. Ich habe erfahren, daß wir wieder einen Richter aus Forbach erhalten haben. Er soll das Aufwertungsgesetz machen. Ich kann ihm nur mein Beileid dazu aussprechen. Was in Deutschland Parlamente und Parteien nicht fertiggebracht haben,das wird auch der neue Richter im Saargebiet nicht fertig bringen.

Zuruf

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 4 A4 I

(Zuruf des Herrn Staatskommissars Dr.Heim:

Die Sache liegt anders,der Herr ist in die Verwaltung gekommen.)

Dann ist es noch schlimmer. Wir wünschen,daß unsere Verwaltung wie auch die Justizverwaltung von fremdländischen Elementen gesäubert wird. Was dabei herauskommt,wenn man eine dünne Oberschicht von fremdländischen Beamten hat mit der guten gesunden Unterschicht mittlerer und unterer Beamten, das sehen wir jeden Tag. Diese arbeiten aneinander vorbei, eine Verfügung jagt die andere und dann gilt sie nicht und es kommt eine andere Auslegung. Das ist die ganz natürliche Folge des Systems. In diesem Sinne muß ich der Saarregierung ein Kompliment machen, die Saarregierung hat deutsche Beamte angefordert und man kann sehen, daß der Geist von Locarno anfängt zu wachsen. Ich wünsche nur,daß er etwas deutlicher bläst. Es geht nicht,daß Leute, die von Tuten und Blasen keine Ahnung haben, die obersten Amter innehaben und alles in ein klägliches Durcheinander führen.

Betr. Wohnungswesen. Die Regierungskommission wußte genau, daß am 1.Oktober das Gesetz abläuft.Es war ihr nicht möglich,vorher einen neuen Entwurf fertigzustellen. Wir haben ein Interimsgesetz bekommen,wonach das Gesetz auf den 31.12.25 verlängert wird. So kam es,daß wir einen gesetzlosen Zustand hatten. Das neue Gesetz ist später gekommen,als das alte abgelaufen ist. Hätten die Mieteinigungsämter die Sache richtig gemacht,so hätten wir kein Gericht für Wohnungsschutz gehabt. Dieser Zustand sollte nicht eintreten. Ich habe Ihnen eben die wichtigsten Fragen des Ausgleichs vorgetragen, was in Baden-Baden verhandelt worden ist. Es ist merkwürdig,daß in Baden-Baden Sachen behandelt wurden,von denen wir hier nichts wissen. Man sollte doch dazu übergehen und erklären,was ist los gewesen und was hat man verhandelt. Man sollte uns auch darüber hören und unser Gutachten einfordern. Es geht nicht an,daß man autokratisch diese Sachen regelt. Es entwickelt sich der Zustand,daß wir durch die deutschen Unterhändler mit der Saarregierung verhandeln.

Betr.der Rentner möchte ich dringend bitten, daß man dem Gesuch der armen Leute endlich nachgeht und nicht dieselben vertröstet von heute auf morgen und sie inzwischen des Hungers sterben läßt.

Ich habe Ihnen das gesagt,was wir im allgemeinen über den T Etat denken. Ich möchte zusammenfassen:

Ich wünsche, daß der Geist von Locarno nun endlich einmal bei uns anfängt und daß man nicht mehr so autokratisch mit uns verfährt,wie man verfahren ist. Ich wünsche keine Beruhigungspillen,sondern eine Radikalkur,- eine möglichst baldige Rückkehr zu Deutschland.

(Bravo- Rufe !)

LH Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 4 A4 I

zender Scheuer: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Hoffmann !

ffmann (S.P.): Meine Herren! Ich kann nicht umhin, an dem heutigen denkwürdigen Tage, an dem die Botschafternote offiziell bekannt geworden ist, zu den Fragen Stellung zu nehmen, die ja in der nächsten Zeit sicher in Erscheinung treten werden. Herr Reinhard wird wahrscheinlich die Presse nicht verfolgt haben, er möge heute nachmittag während der Mittagspause Gelegenheit nehmen, die Sache durchzugehen, dann wird er ja sehen, was da in Erscheinung getreten ist. Eines freut besonders unsere Partei, daß die Politik, die dieselbe in der Nachkriegszeit im Gegensatz zu den Rechtsparteien vertreten hat, sich nun auszuwirken beginnt und daß sie gerade von den Leuten zur Auswirkung gebracht wird und gebracht worden ist, die früher eine gegenteilige Meinung vertreten haben. Ja, man kann sagen, daß man daran wieder ersehen kann, daß man in Deutschland mit dem Wasser kochen muß, das man hat. Das haben die Verhandlungsleute in Locarno einsehen müssen und das haben auch die Leute von rechts, die sich heute wieder in den Schmollwinkel zurückziehen, einsehen müssen.

Die Rückwirkungen und Auswirkungen von Locarno sind nach unserem Dafürhalten sicher zu erwarten. Man kann aber nicht sagen, daß damit die Sache schon überhaupt perfekt geworden ist. Das liegt schon in den Worten Rückwirkungen, denn der Geist des Abschlusses des Vertrages von Locarno macht sich erst bemerkbar, wenn alle in Frage kommenden Länder dieses Abkommen ratifiziert und anerkannt haben. Wir können aber heute schon feststellen, daß die Rückwirkungen zum Teil eingetreten sind.

(Zuruf des Abg. Reinhard !)

Jawohl Herr Reinhard , wie Sie aus der Zeitung ersehen können, sind schon folgende Rückwirkungen zu verzeichnen: Erleichterungen im besetzten Gebiet, Abbau der Delegierten, Abbau der Besatzung, Räumung der Kölner Zone am 1. Dezember usw. usw. Das soll geschehen und es wäre schon längst geschehen, Herr Reinhard, wenn man die Politik, die die Sozialdemokratie in den Jahren nach dem Krige vertreten wollte, offiziell vertreten hätte. Ich nehme an, daß, wenn man die Politik der Rechten, die ja auch von den politischen Freunden des Herrn Reinhard stark unterstützt wird, weiter vertreten hätte, noch der alte Zustand vorhanden wäre. Dann wären wir heute vor die Tatsache gestellt, daß diese Rückwirkungen nicht bereits als Vorwirkungen eintreten. Also ich betone, daß wir einen Schritt vorwärts gekommen sind. Ich betone auch, daß, wenn der Geist von Locarno wirklich Leben bekommt, diese Rückwirkungen auch für das Saargebiet unbedingt eintreten müssen, ganz einerlei wie. Ich bin der Auffassung, daß nach Locarno im Rheinland kein Tirard mehr bleiben kann. Ich bin aber auch der Auffassung, daß auch im Saargebiet nach Locarno kein Rault mehr bleiben kann. Die Leute, die unter der Herrschaft Poincarés im Rheinland und im Saargebiet ihre Tätigkeit ausgeübt haben, für die ist nach Locarno nach meinem Dafürhalten kein Platz mehr hier vorhanden, ganz einerlei, ob die Leute im Auftrage eines Höheren gehandelt haben oder nicht. Ich nehme vielleicht

zu

LH Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 4 A4 I

zu ihren Gunsten Letzteres an. Aber ich nehme ferner an, daß eine Änderung einzutreten hat, die in die Augen springen muß und zwar, daß nicht nur ein System geändert wird, sondern daß auch die Personen, die dieses von uns so stark bekämpfte System unterstützt und vertreten haben, hier durch andere Leute abgelöst werden. Der Poincarismus muß an der Saar und im Rheinland nach Locarno abgebaut werden.

Meine Herren, Sie wissen, daß mancher Fehler in der letzten Zeit im Reich wegen Locarno in Erscheinung getreten ist. Sie wissen, daß die Rechtsradikalen von dem zweiten Versailles gesprochen haben, dasselbe haben sie ja auch bei den Londoner Abmachungen getan. Wenn es wirklich so wäre, dann könnten sie höchstens von einem dritten Versailles sprechen. Interessant ist auch die Arbeit der Kriegshetzer, die man in der Tagespresse verfolgen kann. Das Wolffbüro brachte am 16.ds. Mts. folgende Meldung:

Vaterländische Protestkundgebung gegen Locarno!

Die Deutschnationale Volkspartei veranstaltete am Sonntag Mittag in Gemeinschaft mit den Deutschvölkischen und den vereinigten vaterländischen Verbänden im Lustgarten eine Protestkundgebung gegen Locarno. Der deutschnationale Reichstagsabgeordnete Dr. Kauffmann und der Vertreter der vaterländischen Verbände, von Nordstein, hielten Ansprachen, in denen sie u.a. ausführten, daß keine internationalen Abmachungen, sondern nur die eigene Kraft des Deutschen Volkes uns wieder frei machen können."

Ich möchte einmal die eigene Kraft des deutschen Volkes sehen, die heute gegen die Technik der Siegerstaaten von früher mit ihrem großen Mund etwas unternehmen könne. Ich bin der Meinung, die Leute riskieren den Mund und wollen nachher wieder andere vorschicken, wie sie es ja auch während des großen Weltkrieges getan haben. Interessant ist auch die weitere Wolff'sche Meldung, die die internationale kommunistische Kundgebung in Brüssel bringt. Da heißt es: Die Vertreter der Kommunisten Deutschlands, Großbrittaniens, Frankreichs, der Schweiz, Polens, Belgiens und Hollands haben in Brüssel vom 11. bis 13. November eine Tagung abgehalten, in deren Verlaufe sie sich auch mit den Verträgen von Locarno beschäftigten. Es wurde eine Entschließung angenommen, in der es heißt: "Durch die Annahme des Vertrages von Locarno haben die Vertreter der deutschen Bourgeoisie mit den englischen und amerikanischen Royalisten einschließlich der früheren nationalistischen Elemente in starkem Maße die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiterbevölkerung gefährdet. Durch das Eintreten in den Völkerbund liefere die deutsche Bourgeoisie Deutschland als Anmarsch-und Kampfgebiet für einen Krieg gegen Rußland aus. Der Aufruf nennt sodann den Völkerbund ein Instrument der Bedrückung und der Not und zeigt auf die Haltung desselben zum Saargebiet, Danzig und Oberschlesien hin." Das eine muß man anerkennen, am Schluß hat der Aufruf recht, aber eines müssen die Herren Kommunisten einsehen, daß der Völkerbund ein anderes Bild bekommt, wenn die abseitsstehenden Länder hineingehen und darauf hinwirken, daß eine Änderung eintritt. Solange der jetzige Völkerbund besteht, haben wir keine große

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 4 A4

Hoffnung von ihm, aber ich nehme an, daß es nach und nach gelingen wird, daß dieser Völkerbund wirklich zu einem Bund der Völker gemacht wird. Dieses wird viel eher geschehen können, wenn die besiegten Länder auch in diesen Bund gehen und wenn die demokratisch eingestellten Länder

(Zurufe: Auch die Kommunisten ?)

ja, auch die Kommunisten sich in den Völkerbund begeben und dort im Sinne der Arbeiterbewegung gute Arbeit leisten.

(Zurufe: Sehr gut !)

Das wird der Arbeiterschaft Rußlands, Deutschlands und der Arbeiterschaft der ganzen Welt von großem Nutzen sein. Es ist interessant, daß die Leute von links und rechts in dasselbe Horn blasen und dadurch der Reaktion eine Treppe nach der anderen gewinnen helfen. Das glaube ich betonen zu sollen, liegt nicht im Interesse der Arbeiterbewegung und nicht im Interesse Europas, das nur durch eine europäische Verständigung gesunden und wieder vorwärts kommen kann. Ich lese in der heutigen Presse, daß der deutschnationale Parteitag der Leitung der Partei wegen ihrer Haltung zu den Locarnofragen ein einstimmiges Vertrauen ausgesprochen hat. Daraus ist zu ersehen, daß der zweite Umfall bei den Deutschnationalen nicht in Erscheinung treten wird. Es mag sein, daß man verschiedene Leute abkommandiert wie man es beim Londoner Abkommen gemacht hatte. Aber wir sehen, daß die Partei den Umfall nicht so macht wie damals. Ich bin der Auffassung, es ist eben die letzte und tiefste Auswirkung des Vertrages von Locarno, die neue Mittel gibt, Sanktionen zu vermeiden. Locarno nimmt den Alliierten die Auslegung des Vertrages von Versailles aus der Hand und die Auslegung des Vertrages von Locarno selbst. Statt der Alliierten entscheidet eine unparteiische Instanz und die Zauberkraft des neuen Völkerrechtes. Deutschland wird nach und nach die Gleichberechtigung mit anderen Ländern erhalten. Noch für lange Jahre werden wir erleben, daß Deutschland nicht in der Lage ist, die Alliierten zu etwas zu zwingen, wenn es nicht zu einer Verständigung kommt. Sie sind jedoch in der Lage, Deutschland ihren Willen aufzuzwingen. Noch auf Jahre wird es so kommen, wenn eine Verständigung unmöglich sein würde, daß man mit Gewalt seinen Druck ausübt. Das haben wir in den letzten zwei Jahren erlebt. Ich erinnere an die Sanktionen an der Ruhr. Wir können hier sagen, daß durch die Abmachungen von Locarno ein Wendepunkt in der Geschichte Europas und besonders in der Geschichte Deutschlands eintritt. Und wenn Briand in einer Aussprache mit Th. Wolff erklärt :

" Der Vertrag von Locarno würde nichts bedeuten, wenn er nicht bedeute, daß die deutsche und die französische Nation absolut entschlossen sind, ihre besonderen und engen Gesichtspunkte aufzugeben, um sich auf einen höheren Standpunkt, den der europäischen Solidarität, zu stellen. Die Unterzeichnung des Sicherheitspaktes, der zwischen den hauptsächlichsten Nationen Europas abgeschlossen wurde, muß der Ausgangspunkt einer engen und sofortigen Zusammenarbeit zwischen Frankreich und Deutschland werden."

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 4

A4 I

Wenn der belgische Botschafter auf dem Botschafterabend zu Ehren des Londoner Presseklubs folgendes erklärte: Er sehe dem 1. Dezember als einem der bedeutensten Tage seines Landes entgegen, wir haben einen Wendepunkt in der Geschichte erreicht, wir dürfen hoffen, daß der Rhein, der solange eine Grenze der politischen Gefahren war, künftig der friedliche Weg sein wird, der den Verkehr mit den Nationen des Westens vermittelt, der Geist, der den Vertrag von Locarno hervorbrachte, müßte sich ausbreiten in der Verfolgung dieses Zieles; wenn man diese Erklärungen sieht, die von maßgebenden Staatsmännern unserer Feinde während des Krieges, die zum größten Teil nicht durch die Waffe, sondern durch sonstige Momente als Sieger hervorgegangen sind, so kann man erwarten, daß bei den westlichen Siegerstaaten der gute Wille auch vorhanden ist und so kann man erwarten, daß auch Europa in einem Wendepunkt der Geschichte eintritt. Wenn man weiß, wie Frankreich bei Abschließung des Versailler Vertrages auf den sogenannten Sicherheitspakt hinzielte, der ja in den Artikeln 16 und 19 zum Teil auch garantiert ist, wenn man weiß, daß Frankreich nicht ganz befriedigt wurde, als es in Cannes und in Genf weitere Sicherheiten zu erlangen trachtete, wenn man nun weiß, daß dieser Sicherheitspakt in Locarno zustande gekommen ist unter Einschluß Deutschlands, und wenn man nun weiß, daß die Garantien, die Frankreich früher nur für sich selbst gesucht hat, nun auch für Deutschland gegeben sind, dann muß auch in Frankreich eine Änderung eintreten und diese Änderung muß für ganz Europa von Vorteil sein. Ich habe bereits darauf hingewiesen, was wir durch die Abmachungen erreichen können. Wir betonen, daß Locarno und Rußland für uns so auszulegen ist und so ausgelegt werden muß, daß die Abmachungen von Locarno mit Rußland garnichts zu tun haben und auch keine Änderung in der deutschen Politik mit Rußland bedeuten können, besonders da, als gerade die Abmachungen in Locarno abgeschlossen wurden, gleichzeitig Abmachungen mit Rußland abgeschlossen wurden, Abmachungen, die Rußland einen Kredit von 100 Millionen Mark gebracht haben. Deshalb kann ich betonen und ich muß annehmen, daß die Vereinbarungen in Locarno das gute Einvernehmen mit Rußland nicht stören können. Ich glaube, daß dieses auch, wenn ich mich recht entsinne, von einem höheren russischen Staatsmanne erklärt worden ist.

(Zuruf Eifler: Die Tatsachen sprechen eine andere Sprache !)

Ich bin sogar der Auffassung, daß in zwei Jahren Rußland in innigem Einvernehmen mit Deutschland im Völkerbund sitzen wird. Das ist meine Auffassung, ich bin zwar kein Hellseher, aber ich glaube, wie sich schon soviel in der russischen Politik und sich schon soviel in der kommunistischen Partei geändert hat, so wird sich auch die Einstellung Rußlands zum Völkerbund ändern. Diese Änderung wird besonders dann in ein akutes Stadium eintreten, wenn Deutschland im Völkerbunde ist. Also, ich glaube betonen zu sollen, daß die Locarnoer Abmachungen keinen Einfluß auf das gute Einvernehmen zwischen Deutschland und Rußland haben können. Dabei erklären wir: Hände weg von Rußland. Wir mischen uns nicht in innere Angelegenheiten Rußlands ein. Wir haben deutsche Politik zu machen und

besonders

LHA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 4
A4

besonders darauf zu achten, daß die deutsche Arbeiterschaft einigermaßen ein ertragbares Leben erhält. So haben wir auch keine Ursache aus dem Völkerbund draußen zu bleiben.

(Zuruf des Abg. Eifler: Léon Blum sagt was anderes)

Ich bin der Auffassung, daß keine Änderung eintreten kann, und unsere Partei wird das Auge offen halten.

(Zuruf des Abg. Eifler: Hoffentlich nicht das Auge von Kautzki)

Ich bin der Auffassung, daß Kautzki eine ungeheuere Arbeit für die Arbeiterklasse getätigt hat.

(Zurufe unverständlich)

(Glocke des Vorsitzenden)

Vorsitzender: Ich darf wohl bitten, den Redner nicht zu unterbrechen.

Abg. Hoffmann: fortfahrend: Meine Herren! Ich habe dieser Tage eine Gelegenheit gehabt mit Parlamentariern zu reden, die die Reise nach Amerika angetreten hatten und ein Abgeordneter hat mir seinen Eindruck geschildert. Er weist darauf hin, daß es für Deutschland und Europa garnichts anderes geben kann, wie Verständigung und Vereinbarung und Bildung einer Zollunion von Europa. Über diese Frage seien sich alle in Amerika vertretenen Parteien einig gewesen, daß Europa in seiner Wirtschafts-Kultur zugrunde gehen muß, wenn kein vereinigtes Europa zustande kommt. Er wies auf Chigako hin, das früher 388 000 Einwohner und heute 2 Millionen Einwohner zählt, und daß die Lebenslage des amerikanischen Arbeiters sich um 100 Prozent besserstellt, wie des Arbeiters in Europa durch den Ausbau der Technik. Und wenn Europa aus diesem Dilemma nicht herauskommen würde, sei der Untergang Europas sicher nahe. Schon aus diesen Gründen heraus sei eine Verständigung Europas unbedingt notwendig, damit die europäische Wirtschaft wieder vorwärts komme und dadurch die Lebenslage der Arbeiterschaft gebessert wird.

(Zuruf: Hat er nicht gesagt, wieviel Arbeitslose in Amerika herumlaufen ?)

Das hat er nicht gesagt. Es sind nicht so viel wie in Europa. Jeder denkende Volkswirtschaftler und Politiker muß einsehen, daß es so in Europa nicht weitergehen kann.

(Zuruf: Sehr richtig, der Kapitalist muß gestürzt werden.)

Überall macht sich der Drang bemerkbar in ein wirtschaftliches Verhältnis zu anderen Ländern Europas zu kommen.

(Zuruf: Oder umgekehrt !)

Dann kann ich nicht verstehen, weshalb England nach Deutschland kommt und hält an, Handelsverträge abzuschließen.

LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 4 A4

Desgleichen Mussolini. Weshalb läuft Rußland zu Hindenburg um Handelsbeziehungen anzuknüpfen? Also muß klar anerkannt werden, daß es ein Ding der Unmöglichkeit ist, daß ein Land in Europa allein auf sich selbst angewiesen bleibt. Die europäische Lage ist einmal so, daß ein Land auf das andere angewiesen ist. Wir haben uns heute also über sehr wichtige Fragen zu unterhalten. Ich kann nicht umhin, etwas zu dem Haushalt zu sagen, um dann auch die Auffassung unserer Partei zu diesen Einzelfragen hervorzuheben. Ich betone, daß es nach unserem Dafürhalten endlich notwendig erscheint, daß die Regierungskommission uns nicht nur diese schönen Bücher mit den hohen Phantasiezahlen vorlegt, sondern, daß man uns auch das Budgetrecht gibt, wonach wir einen Einfluß auf diese Zahlen ausüben können. So hat man uns aber besonders wieder nicht die tatsächlichen Isteinnahmen mitgeteilt. Wir haben erlebt in all den Jahren, in denen wir hier stehen, daß man uns die Zahlen mitgeteilt hat, die voraussichtlich eingehen sollen. Man hat nie zur Kenntnis erhalten, was wirklich gekommen ist, wie die wirkliche Verteilung geschehen ist, was übrig geblieben ist usw. Ich halte es für ein Unding, daß man dem Landesrat ein solches Buch vorlegt, ohne ihm nachher auch Rechenschaft darüber zu geben, was tatsächlich eingegangen und wie diese eingegangenen Beträge verwendet worden sind. Aus dem Buch kann man ersehen, daß sich die Einnahmen ungeheuer erhöht haben und daß dasselbe für die Ausgaben zutrifft, daß aber überwiegend die Ausgaben für Beamtenbesoldung usw. verwendet worden sind. Ich stehe nicht an, zu erklären, daß wir als Partei immer für eine gerechte Bezahlung der Beamten, besonders der unteren Gruppen derselben, sowie der Angestellten und Arbeiter, eingetreten sind. Ich muß betonen, daß nach meinem Dafürhalten im Saargebiet viel zu viel Beamte vorhanden sind, besonders viel zu viel höhere und ausländische Beamte, und daß gerade durch die hohen Bezüge, die diese Herrschaften erhalten, die Belastung für das Saargebiet ins Ungeheuerliche gestiegen ist. Es spinnt sich wie ein roter Faden durch den Etat, daß gerade die Gehaltserhöhungen nur ausgiebig für die oberen Beamten Platz gegriffen haben. Ich glaube darauf hinweisen zu sollen, daß man wenigstens nach Locarno uns ein Recht auf den Haushalt gewährt, daß man aber wenigstens die tatsächlichsten Einnahmen und die Verwendung dieser Einnahmen zur Kenntnis gibt.

Zu den Einzelposten des Etats will ich keine Stellung nehmen. Ich will nur einiges herausholen. Da muß ich besonders zu dem Posten Polizeiverwaltung einiges sagen. Wir sehen da, daß das Landjägerkorps einen Betrag von etwa 9 Millionen Franken benötigt, gegenüber 10,6 Millionen im Vorjahre. Trotzdem das Korps ausgebaut worden ist, sind die Ausgaben für Besoldungen usw. geringer geworden. Daraus kann man bereits ersehen, daß für die unteren Gruppen bei der Gehaltserhöhung garnichts oder fast garnichts herausgesprungen ist; denn die Landjäger sind, wie bekannt ist, in einer der untersten Gruppen, ich glaube in 4 oder 5. Hieraus ist zu ersehen, wie sich die Gehaltserhöhung ausgewirkt hat. Also in diesem Jahre sind 1,4 Millionen Franken weniger eingesetzt, trotz Erhöhung der Truppe, wie im vorigen Jahre.

Zu dem Etat habe ich aber zu betonen, daß uns die vermischten Ausgaben von 2,3 Millionen gegen 1,06 Millionen im Vorjahre sehr viel Kopfschmerzen gemacht haben.

Wir

L H Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 4
A4

Wir können uns garnicht vorstellen,wie das kommt,daß diese vermischten Ausgaben so hoch sind und schließlich 1,3 Millionen mehr ausmachen wie im vorigen Jahre. Diese vermischten Ausgaben haben, - ich weiß nicht, wie ich mich ausdrücken soll- unser Befremden erregt, besonders da darin auch die Vigilanzgelder und sonstige Ausgaben enthalten sind. Ich glaube, die Frage stellen zu müssen, ob man nicht unter diesen vermischten Ausgaben dieses oder jenes verschleiert hat, vielleicht auch die Ausgaben für gewisse Spitzelzwecke dorten hineingebracht hat, und ob vielleicht auch die Tagegelder und sonstigen Aufwendungen für diese Spitzel und Agenten darin enthalten sind, die wie uns versichert wird, nach dem Ende der Aera Rollin, Adler,Dörffert usw. im Amte verblieben sind. Es ist sehr auffällig, daß die Hydra, nachdem ihr 3 Köpfe abgeschlagen sind, ruhig weiter lebt. Warum hat man, nachdem mit der Obersten Polizeiverwaltung aufgeräumt worden ist, nicht mit allem aufgeräumt. Es ändert sehr wenig oder garnichts an der Tatsache, wenn man diejenigen Leute, die alle möglichen dunklen Zuhälterdienste leisteten, einfach in andere Büros gesteckt hat, als die Oberste Polizeiverwaltung aufgelöst worden ist. Ich betone, daß wir hier im Saargebiet keine Spitzel brauchen, ich betone, daß wir auch keine Agenten, die Provokationen ins Leben rufen, benötigen. Ich betone, daß das Saargebiet so friedliebend ist, daß überhaupt der Polizeiapparat und der Landjägerapparat endlich sehr stark abgebaut werden könnte, wenigstens, daßeine Vermehrung nicht notwendig ist.

(Zuruf d.Abg. Reinhard: Ihr habt sie ja gefordert!)

Wir haben sie nicht gefordert, wir haben die Abschaffung oder die Zurückziehung des Militärs verlangt. Wenn Herr Reinhard sich für die Beibehaltung desselben einsetzt,dann kann er das ja tun. Aber wir als Sozialdemokraten sind bekanntlich anderer Auffassung. Wir wollen haben, daß das Militär schön ruhig nach Hause gehen soll und daß überhaupt kein Militär mehr notwendig ist. Wir sind der Auffassung, daß man durch Polizeitruppen, die sehr minimal gehalten sein können, die öffentliche Ruhe und Ordnung ruhig aufrechterhalten kann. Also, das ist unsere Auffassung und diese Auffassung haben wir auch in Genf und bei allen anderen Gelegenheiten vertreten.

Ich habe dann eins aus dem Etat der Sozialversicherung herauszuziehen. Da stelle ich fest, daß der Staat oder das Saargebiet, das ja wohl keinen Staat darstellt, einen Staatszuschuß auszahlt zur Wochenhilfe und zur Invaliden-und Hinterbliebenenversicherung. Da sind 2 Millionen Franken eingesetzt zur Wochenhilfe und 3,3 Millionen Franken zur Hinterbliebenen- und Invalidenversicherung. Der Zuschuß zur Wochenhilfe betrug im vorigen Jahre 2 Millionen Franken; der Betrag zur Invaliden-und Hinterbliebenenversicherung betrug im Vorvorjahre 1,2 Millionen Franken. Also wir sehen hier,daß der Staatszuschuß bei der Wochenhilfe sich garnicht erhöht hat, und daß er bei der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung sich wohl erhöht, aber nicht ausreichend erhöht hat. Wenn man besieht, daß das Wochengeld an der Saar 1,50 Franken pro Tag beträgt und im Reich 50 Pfennig, jetzt 3 Franken; das Stillgeld an der Saar 75 Centimes und im Reich 25 Pfennig, das ist 1,50 Franken, die Entbindungsbeihilfe an der Saar 25 Franken und im Reich 25 Mark, das sind 150

Franken

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 4
A4

Franken, so können wir daraus ersehen, daß diese Beträge an der Saar unbedingt zu erhöhen sind. An Forderungen hat es bis jetzt noch nicht gefehlt. Es ist überhaupt notwendig, daß die Regierungskommission in den Fragen der Sozialpolitik des Saargebietes eine andere Haltung einnimmt. Mein Herr Vorredner hat auf die Verhandlungen in Baden-Baden verwiesen und ich habe auch festgestellt, daß ein Vertreter der Reichsregierung offiziell nach Baden- Baden gereist ist, um auch Fühlung mit den saarländischen Herren zu nehmen. Wie mitgeteilt ist, ist die Regierungskommission bereit, in Verhandlungen betr. Sozialversicherung einzutreten, jedoch soll die Selbständigkeit der Versicherungsträger an der Saar unangetastet bleiben. Was bei den Verhandlungen herausspringt weiß ich nicht. Es ist zu bedauern, daß man dies erst über den Weg des Reiches in Erfahrung bringen muß, wo wir hier im Saargebiet eine Regierung sitzen haben. Ich habe versucht, mit dem saarländischen Minister zu sprechen, aber leider habe ich das von ihm nicht erfahren können, was ich in Berlin erfahren habe. Das nur nebenbei. Ich bin der Auffassung, daß es unbedingt notwendig ist, daß das Regierungssystem an der Saar ein anderes Gesicht bekommt und daß auch für die Arbeiterschaft und für die Opfer der Arbeit, der Zustand durchgeführt wird, wie er im Reich in den letzten Jahren Platz gegriffen hat.

Ich will noch kurz darauf hinweisen, daß das Saargebiet hohe Beträge für den Kultus aufzubringen hat. Die Herren katholischen Geistlichen erfordern an Gehalt den Betrag von 4 Millionen Franken, die evangelischen Geistlichen 1,5 Millionen, die israelitischen 2000 Franken. Es sind Ausgaben von 5,5 Millionen Franken, die für diese Herren aufgebracht werden müssen, während man für die Invaliden nur 3,8 Millionen aufbringt. Ich habe zu betonen, daß wir die Auffassung vertreten, daß der Staat überhaupt die Bezahlung dieser Herrschaften nicht zu tätigen hat und daß das Aufgabe der religiösen Gemeinden sein würde. Da nun einmal dieser Zustand vorhanden ist, muß ich betonen, daß diese Herrschaften nicht ihre Tätigkeit dazu benutzen dürfen, andere Leute, die nicht immer mit ihnen gemeinsame Sache machen, anzugreifen, wie das verschiedentlich vorgekommen ist. Ich erinnere an Vorfälle, wo man sich gegen die freien Gewerkschaften und gegen die sozialdemokratische Partei alle Mittel erlaubt, die möglich sind. Dadurch kann man der deutschen Gesinnung an der Saar nicht Rechnung tragen. Der Landesrat wird ja voraussichtlich nicht in der Lage sein können, hier etwas zu ändern. Es ist jedoch notwendig, daß die Herrschaften, auch die Leute, die mit zu diesem Geld beitragen und dazu das 1/11 der Lohnsteuer zahlen müssen, auch anständig behandeln.

Meine Herren! Es ist uns sehr auffällig, daß mein Herr Vorredner den ganzen Faden, wie er in den Regierungsgeschäften an der Saar in Erscheinung tritt, so gut kennt. Das ist ein Beweis dafür, daß seine Partei ziemlich tief in den Regierungsstellen drin steckt. Unsere Partei unterstützt selbstverständlich all dasjenige, was gegen die Tätigkeit der französischen Beamten herauszuholen ist. Aber ich habe den Eindruck, daß auch deutsche Berater der

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 4
A4 1

Regierungskommission nicht immer das machen, was im Interesse der Saarbevölkerung zu tun notwendig wäre. Das haben Sie bei jeder Gelegenheit sehen können. Ich erinnere an Land, ein Parteifreund von Ihnen.

(Zuruf aus dem Zentrum: Er ist kein Parteifreund von uns !)

Meine Herren! Ich war im Kreisausschuß Saarlouis, wo Herr Land kein unbekannter Mann war.

(Zuruf aus dem Zentrum: Aber Herr Hoffmann!)

Erzählen Sie mir nichts. Ich erinnere an Hector, der auch ein Zentrumsmann war, ferner Notton, das sind alles Leute, die aus Ihrer Partei hervorgegangen sind und die dasselbe machen, wie Labie, vielleicht noch schlimmer. Also, wenn aufgeräumt werden soll und darin gehe ich mit Ihnen vollständig einig, daß das Material, das durch Poincaré erzeugt worden ist, erledigt wird, dann muß bei Allem aufgeräumt werden. Ein großer Stahlbesen müßte eingerichtet werden, der Wust und Unrat beseitigt und ein neues Schild in Erscheinung bringt.

Meine Herren, nun zur Steuerfrage. Sie wissen, daß wir seit langem darauf dringen, daß eine steuerliche Entlastung eintritt. Sie wissen auch, daß wir diese steuerliche Entlastung bei den steuerlichen Beratungen vor allen Dingen vertreten haben. Es ist unverantwortlich, wenn man besieht, daß die Lohnsteuerpflichtigen bis jetzt noch fast alle Lasten getragen haben. Ich nehme ganz gern an,daß die Herren der freien Berufe steuerlich stark in Anspruch genommen sind.

(Zuruf des Abg. Levacher: Ich habe in diesem Jahre sogar zuviel bezahlt.)

Ich gebe das zu. Aber man kann ein Mikroskop nehmen und man wird sehr wenige finden, die zuviel bezahlt haben. Das eine muß geändert werden, daß man nur die Lohn- und Gehaltsempfänger heranzieht. Wenn nun einmal diese Lasten aufgebracht werden müssen, soll man sie auch gerecht verteilen. Wir haben nicht das Recht dazu, zu beschließen, daß in dieser Beziehung eine Änderung eintritt, das macht unsere von Völkerbundsgnaden eingesetzte Regierung. Die nimmt,was sie braucht. Aber gerade, weil sie nimmt, was sie braucht,haben wir doch die Aufgabe, ihr Vorschläge zu machen,damit die Verteilung der Steuerlasten einigermaßen gerecht vorgenommen wird. Bisher war die Verteilung der Lasten sehr ungerecht. Diese ungerechte Verteilung der Steuerlasten hat sich noch zu Gunsten der bessergestellten Kreise der Bevölkerung ausgewirkt. Sie sehen ja, daß die Steuerbeträge dieser Kreise noch nicht ganz für die Jahre 1923 und 1924 eingegangen sind, währenddem die Lohn-und Gehaltsempfänger schon bis Oktober 1925 bezahlt haben. Ich mache den Betreffenden deswegen keinen Vorwurf, ich mache den Vorwurf der Regierung, die die Veranlagung und die ganze Technik des Steuerwesens nicht so tätigt, wie es unbedingt notwendig wäre. Für das Jahr 1924 ist festgestellt, daß in den letzten Tagen noch Leute Steuererklärungen zugeschickt bekommen

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 4
A4 1

haben, die überhaupt nach den gesetzlichen Bestimmungen gar keine zu bezahlen haben für das Jahr 1924. Also man beschäftigt den ganzen Apparat ganz unzweckmäßig.. Würde man doch die Leute dort erfassen, wo sie wirklich zu erfassen sind und nach den gesetzlichen Bestimmungen erfaßt werden können. Und würde die Regierung die Leute sofort erfassen und die Veranlagung oder die Steuerbescheide sobald wie möglich erlassen, dann käme dieser Durcheinander nicht vor, wie er hier in Erscheinung getreten ist. Also ich hoffe, daß auch in der steuerlichen Erfassung Gleichmäßigkeit eintritt und daß die Veranlagung schneller vorgenommen wird.

Da habe ich einen interessanten Artikel in der Landeszeitung verfolgt; er ist gezeichnet von einem Dr.H. Auch da kann man ersehen, daß der Herr sehr gute Verbindungen mit den maßgebenden Stellen hat. Er rechnet da die Belastung aus, die Errechnung, wie sie getätigt worden ist für den französischen Staat als Arbeitgeber an der Saar, und kommt zu dem Schlußergebnis, daß die steuerliche Belastung an der Saar 127 G.M. pro Kopf der Bevölkerung beträgt, währenddem sie im Reich 150.-GM.beträgt. Er kommt dann zu der Auffassung, wenn man die 10 % Entwertung des Franken zugrunde legen würde, die auch noch 31,50 G.M. pro Kopf der Bevölkerung ausmachen würde, dann sei die steuerliche Belastung an der Saar 158,50,währenddem sie im Reich nur 150.- G.M. beträgt.

(Zuruf des Abg. Reinhard: Und da ruft Ihr immer noch, hoch lebe der Völkerbund ?)

Meine Herren, ich betone, daß wir ja gerade dieses Instrument Völkerbund ändern wollen. Wenn wir nicht hineingehen, wird das nie geändert. Ich bin der Auffassung, daß man auch hier eine steuerliche Entlastung eintreten lassen muß und zwar bei den Lohn- und Gehaltsempfängern in erster Linie. Das Existenzminimum, welches an der Saar 130.-Franken monatlich beträgt, das beträgt im Reich jetzt 80.-Mark und ab 1.Januar 100.-Mark, das sind 600.-Franken. Meine Herren! Wenn Sie diesen Unterschied besehen, wenn Sie betrachten, wie der Unterschied sich auswirkt, dann werden Sie garnicht umhin können, mit mir darin übereinzustimmen, daß da eine Änderung Platz greifen muß, wie wir sie seit langem gefordert haben. Wir haben diesbezügliche Anträge bei der Beratung der Verordnung gestellt, die alle abgelehnt wurden. Dann haben wir das Gesetz abgelehnt, weil,unsere Anträge nicht durchgedrungen sind. Wir erwarten nun, daß eine Änderung des Einkommensteuergesetzes bald vorgenommen wird. Wir fordern,daß uns die Vorlage in der allerkürzesten Frist zugeht.Trotzdem die Regierungskommission selbst bereits im Frühjahr erklärt hat, daß eine Änderung vorgenommen wird, hat sich bis jetzt, -und jetzt haben wir schon Winter- nichts geändert.

Meine Herren! Es muß nach meinem Dafürhalten unbedingt eine steuerliche Entlastung eintreten. Ich habe dann noch zu betonen,daß auch wirtschaftlicher mit dem Geld umgegangen werden muß. Mein Herr Vorredner hat die Einrichtung der Post- und Verkehrsverwaltung kritisiert. Ich schließe mich diesen Ausführungen an. Ich betone, daß man volkswirtschaftlich und kaufmännisch betrachtet, an der Saar

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 4 A4

432

Sparmaßnahmen ergreifen und soviel wie möglich an den Ausgaben sparen muß. Es kann so nicht weitergehen, daß das kleine Saarvolk so schwer mitgenommen wird,wie das in den letzten Jahren geschehen ist. Wenn Sie die Erhöhung der Steuerleistungen berücksichtigen, die im Haushalt für dieses Jahr in Erscheinung getreten ist, so ersehen Sie, wie stark die Belastung ist. Insgesamt beträgt die Mehraufwendung des Saargebietes für Beamte und Angestellte 96,4 Millionen gegenüber 64,8 Millionen Franken im Vorjahre. Das ist ein Mehr von 31,6 Millionen Franken, das allein für Beamte und Angestellte aufgebracht werden muß. Die Regelung der Gehälter der unteren Beamten ist sehr reformbedürftig. Sie wissen, daß dieselben seit längerer Zeit auf Erhöhung der Bezüge warten und so ist es auch bei den Arbeitern der Fall. Die gesamten Einnahmen des Haushaltes sind 224 Millionen Franken, und ich habe errechnet, daß ungefähr 43 % der gesamten Einnahmen für Aufwendungen an Beamte und Arbeiter in Erscheinung treten gegenüber 35,5 % des Vorjahres. Die Regierungskommission hat bekanntlich erklären lassen, daß 60 % für diesen Zweck aufgebracht werden muß. Ich nehme an, daß da auch die Löhne der Arbeiter mit einkalkuliert gewesen sind. Die Ausgaben für Arbeiter einschließlich Material betragen 31,2 Millionen gegenüber 25,8 Millionen im Vorjahre. Das macht ein Mehr von 4,3 Millionen, währenddem das Mehr für Beamte 31 Millionen ausmacht. Das ist mehr wie das Zehnfache für Beamte als für Arbeiter.

Meine Herren! Ich betone, daß die Steuern gerecht verteilt werden müssen, daß alle infragekommenden Kreise etwas davon erhalten können und dazu erkläre ich, daß unbedingt eine Verbesserung der Lage der Arbeiter,Angestellten und unteren Beamten notwendig ist. Wir sind der Auffassung, daß die oberen Beamten eine zeitlang sehr gut zufrieden sein können. Ich bin des weiteren der Auffassung, daß man die Polizeiorgane so bezahlen soll, daß sie leben können. Das trifft für sämtliche Polizeibeamte und auch für die Landjäger zu, die mit ihrem Lohn wirklich nicht auskommen können. Man soll keine Stellen schaffen, wenn das Geld dazu fehlt. Es muß noch kritisiert werden, wie man mit den Leuten vorgeht. Mir ist gesagt worden, daß die Landjäger einen Revers unterschreiben müssen, daß sie keiner politischen Partei angehören und ja nur hübsch fein politisch neutral bleiben. Auch ist mir gesagt worden,daß das Denunziantentum sehr stark herrscht, daß,wenn ein Schreiben über irgend jemand eingeht, der Mann entlassen wird. Ein Mann hat mir mitgeteilt, daß er aufgrund eines Briefes, in dem man ihn als Kommunisten hingestellt hat, entlassen worden ist. Der Mann ist nicht einmal vernommen worden, sondern von der Abteilung des Innern wird verfügt, daß er bis 31.12.25 beurlaubt und dann entlassen ist. So kann es in einem Völkerbundsgebiet nicht gehen, denn die freie Meinungsäußerung muß jedem gegeben sein.

Ich betone, daß wir als Vertreter der Bevölkerung darauf sehen müssen, daß das System, das im Saargebiet vorherrschend ist,geändert wird und die Steuern, die ja vom Volk aufgebracht werden müssen, gerecht verteilt werden. Wir haben als Sozialdemokraten immer die Auffassung vertreten, daß die minderbemittelte Bevölkerung steuerlich sehr vornehm

<u>behandelt</u>

LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 4 A4

behandelt werden soll. Dies muß im Saargebiet geschehen, und daß die Steuern, die einmal aufgebracht werden müssen, überwiegend von den Kreisen zu tragen sind, die sich dazu in der Lage befinden. Daher vertreten wir zu der Zuwachssteuer eine andere Auffassung, nämlich die, daß diese Steuer eine gerechte Steuer ist, wenn der wirklich unverdiente Wertzuwachs versteuert wird. Wir sind der Auffassung, daß diese Steuer beibehalten werden soll. Ich gebe deshalb im Auftrag unserer Fraktion nachfolgendes Gutachten ab:

G U T A C H T E N

der Sozialdemokratischen Fraktion des Landesrates

über den Verordnungsentwurf betr.

Abänderung des Zuwachssteuergesetzes vom 14.2.1911 in der Fassung des Gesetzes vom 3.7.1913 über Änderungen im Finanzwesen.

Die Sozialdemokratische Fraktion des Landesrates spricht sich fürdie Beibehaltung der Zuwachssteuer aus. Die Aufhebung bezw. Einstellung derselben, würde für die Kommunen einen großen Steuerausfall bedeuten, der sicher wieder überwiegend von den Lohn-und Gehaltsempfängern eingebracht werden müßte. Dieselben sind aber steuerlich so stark belastet, daß unbedingt eine

wesentliche Entlastung

eintreten muß. Nach der Auffassung der Sozialdemokratischen Fraktion ist die steuerliche Erfassung des unverdienten Wertzuwachses gerecht. Die jetzige Besteuerung, welche ungeheuere Härten aufweist, ist natürlich ungerecht und muß den Verhältnissen entsprechend, abgeändert werden. Bei der Beratung derselben hatte die Sozialdemokratische Fraktion und der gesamte Landesrat bereits angemessene Vorschläge gemacht. Die jetzige Vorlage versucht bereits die bestehenden Härten zu beseitigen, welches ihr jedoch nicht ganz gelungen ist. Dieselben können nur dann beseitigt werden, wenn der Erwerbs- und Veräußerungspreis, sowie die Hinzurechnungen auf der Goldbasis festgestellt werden. Zur Beseitigung der bestehenden Härten schlägt die Sozialdemokratische Fraktion folgende Abänderungen der Vorlage vor:

In Artikel I Abs. 1 werden die Worte " deren Erwerb usw. bis einschl. hat " gestrichen.

In Abs. 2 sollen an Stelle 100 000 und 25 000 Frs. -150 000 und 30 000 Frs gesetzt werden.

Der Artikel 3 soll folgenden Abs. 1 erhalten:
§ 8 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

Als

L H Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 4
A4 I

" Als steuerpflichtiger Wertzuwachs gilt der Unterschied zwischen dem auf der Goldbasis festgestellten Erwerbspreis und dem auf der Goldbasis festgestellten Veräusserungspreise."

In dem Artikel 4 wird der Abs. 2 gestrichen und im letzten Absatz soll die letzte Zeile lauten:

" Frankenbeträge auf der Goldbasis vorzunehmen."

In dem Artikel 6 soll der letzte Satz gestrichen werden.

Art. 9 Abs. 1 soll lauten:

" Die Steuer ermäßigt sich für jedes vollendete Jahr des für die Steuerbemessung maßgebenden Zeitraumes um 2 v.H. ihres Betrages."

In Art. 10 soll hinter dem Wort " Gemeinden" ein Punkt gesetzt und die Worte "und deren bis einschließlich ist" gestrichen werden.

Dem Artikel 18 soll hinter dem Wort " Innern" eingefügt werden:

" Nach Anhörung der Steuerbehörde."

Dem Artikel 18 soll folgender Abs.2 hinzugefügt werden:

" Wider die Entscheidung ist die Beschwerde an den Verwaltungsausschuß zulässig, welcher endgültig entscheidet."

Im Artikel 19 soll hinter " erlassen" der Punkt wegfallen und folgendes hinzugesetzt werden:

" Sowie die im Art.1 und Art. 9 festgesetzten Geldbeträge zu ändern."

In Art.20 soll an Stelle der Worte " 1.April 1925 " die Worte " 1.Oktober 1925 " tretem.

Durch die vorgeschlagene Abänderung der Vorlage würde nach Art. 1 Abs. 1 jeder Übergang des Eigentums an inländischen Grundstücken der Zuwachssteuer unterliegen, auch wenn deren Erwerb vor dem 1.1.1919 stattgefunden hat. Es wäre damit Gleichheit in allen Fällen geschaffen und jeder unverdiente Wertzuwachs würde der Abgabe unterliegen. Durch die Abänderungsvorschläge in Abs. 2 Art. 1 würde die steuerfreie Grenze erheblich erhöht und gegenüber dem jetzigen Rechtszustand auch die bestehenden Härten beseitigt. Die Steuerfreiheit würde auch eintreten ohne von einer Einkommenshöhe abhängig zu sein,währenddem dieselbe in der Vorkriegszeit nur dann eintrat, wenn der Veräußerer und sein Ehegatte im letzten Jahre vor dem Rechtsvorgang ein Einkommen von nicht mehr als 2 000 Mk. gehabt haben, noch einer von ihnen den Grundstückhandel gewerbsmäßig betrieben hatte. Diese Beschränkung ist auch im jetzigen Gesetz noch vorhanden mit der Maßgabe, daß

LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 4 A4

daß anstelle 2 000 Mark - 2 000 Frcs. treten. Durch den Abänderungsvorschlag würde die minderbemittelte Bevölkerung steuerfrei ausgehen. Durch den Abänderungsvorschlag zu Art.4 würden die Hinzurechnungen auf der Goldbasis vorgenommen. Der Zweck der Abänderung des Abs. 2 der Vorlage ist nicht zu ersehen. Auf Grund dessen beantragen wir die Streichung desselben. Das in der Begründung angeführte, daß die Erhöhung der Zinsrate diese Änderung notwendig mache, trifft nicht zu, da nach Cuno Wertzuwachssteuergesetz vom 14.2.1911 dieser Zuschlag nichts mit einer Verzinsung investierten Kapitals zu tun hat, sondern lediglich die Abgeltung der geleisteten eigenen Arbeit darstellt. Eine Erhöhung dieser Sätze läßt sich jedoch nur dann vertreten,wenn dieselben den vom Gesetzgeber gewollten Zweck nicht erreichen; letzteres muß aber verneint werden.

Die Streichung des letzten Satzes in Artikel 6 ist deshalb vorgenommen, damit dem Art. 1 Rechnung getragen und jeder unverdiente Wertzuwachs besteuert wird.

Durch den Abänderungsvorschlag in Art.9 Abs.1 soll der Überteuerung Rechnung getragen werden. Durch die Umstellung des Erwerbs-und Veräußerungspreises auf die Goldbasis,ist die in der Vorlage enthaltene Fassung überflüssig geworden.

Durch die Abänderung des Art.14 würde die Stundungsgewährung der veranlagten Steuerbeträge den Zuwachssteuerämtern belassen, die auch im früheren § 46 Abs.2 bestand. Es wäre jedoch die Beschwerdemöglichkeit gegen deren Entscheidung geschaffen.

Durch die Abänderung des Art.18 wäre eine Niederschlagung nur nach Anhörung der Steuerbehörde möglich und dieselbe hätte das Recht,gegen die gefällte Entscheidung Beschwerde einzulegen. Die Beschwerde wäre natürlich auch dem Steuerpflichtigen ermöglicht.

Durch die Abänderung des Art. 19 wäre ermöglicht, daß im Falle einer weiteren Entwertung der Währung die festgesetzten Geldbeträge ohne langwierige Verhandlungen abgeändert werden könnten.

Durch die Abänderung des Art. 20 würde das Gesetz ab 1.Oktober 1925 in Kraft treten, da die Inkrafttretung ab 1.April 1925 praktisch undurchführbar sein wird.

Zum Schluß ihres Gutachtens gestattet sich die Soz.Fraktion darauf hinzuweisen, daß es überaus bedenklich erscheint, die Zuwachssteuer nicht mehr zu erheben. Sollte die Regierungskommission dem Antrage der Mehrheit des Landesrates entsprechen,dann müßte dieselbe unbedingt den Anteil der Kommunen an der Umsatz-oder Einkommensteuer wesentlich erhöhen,da sonst der Steuerausfall durch Erhöhung der Umlagen wieder wett gemacht würde. Die Kommunen würden durchschnittlich über 150 % Umlagen festsetzen,wodurch eine Nacherhebung bei den Lohn-und Gehaltsempfängern,bezw. deren Lohnsteuer unvermeidlich wäre. Dasselbe würde sich im ganzen Saargebiet katastrophal auswirken, da die steuerliche Entlastung derselben notwendig. Diese Entlastung ist von Seiten der Soz.Fraktion längst gefordert und auch bereits von der Regierungskommission zugesagt,jedoch noch nicht durchgeführt

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 4
A4 I

durchgeführt. Es wird deshalb erwartet,daß dem Landesrat alsbald eine Vorlage zugeht, welche die Abänderung der Verordnung betr. die Einkommenbesteuerung vorsieht. Dies ist unbedingt notwendig,insbesondere ist notwendig,daß das Existenzminimum wesentlich erhöht wird. Dasselbe beträgt jetzt im Reich monatlich 80.-Mark und wird ab 1.Januer 1926 100.-Mark monatlich = 600.-Frcs.betragen. Dasselbe beträgt jedoch im Saargebiet nur 130.-Franken. Auch sonstige Bestimmungen der Einkommenbesteuerung bedürfen dringend der Abänderung.

Die sozialdemokratische Fraktion erwartet, daß die Regierungskommission den in diesem Gutachten angezogenen Forderungen Rechnung trägt und stimmt der Vorlage,wenn ihre Abänderungsvorschläge anerkannt werden zu.

Meine Herren! Ich bedauere,Sie so lange aufhalten zu müssen wegen der Abänderungsvorschläge. Aber Sie wissen, wir hatten in der Kommission verabredet, daß weiter keine Sitzung mehr stattfinden soll und wir diese Vorschläge im Plenum vorschlagen sollen.

Ich betone zum Schluß, daß im Saargebiet,besonders nach Locarno,ein anderer Geist Platz greifen muß,daß die Rechte der Saarbevölkerung erweitert werden müssen, daß aber auch insgesamt eine steuerliche Entlastung der Bevölkerung eintreten muß. Und ich erwarte, daß der Geist von Locarno sich so auswirken wird, wie wir es alle hoffen,wie es besonders von unseren Parteifreunden vertreten wird. Ich hoffe, daß für die Zukunft durch dieses Auswirken auch einmal in Europa, in den Vereinigten Staaten von Europa, in Erscheinung tritt.

Vorsitzender

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 4
A4

rsitzender Scheuer : Das Wort hat der Herr Abgeordnete Reinhard!

g. Reinhard (K.P.) Meine Herren! Die beiden Herren Vorredner haben bei Einleitung ihrer Reden betont,daß der heutige historische Tag es notwendig machen würde, sich einmal über die kommenden und vergangenen Dinge auszusprechen. Die Kommunistische Fraktion stellt einmal die Frage,was ist denn heute für ein historischer Tag? Was ist denn heute veröffentlicht,was gibt man denn heute der deutschen Arbeiterklasse eigentlich und der Arbeiterklasse des Saargebietes ? Sind es nicht banale Redensarten, die heute in der Presse veröffentlicht sind ? Sind es nicht Selbstverständlichkeiten,die schon lange auf Grund des Versailler Vertrages erfüllt sein müßten ? Was bedeutet das, die Räumung der Kölner Zone als einen Erfolg von Locarno in das Haus hinein zu posaunen ? Meine Herren,die Räumung der Kölner Zone ist eine Sache,die schon lange,lange erledigt sein müßte.

Was bedeutet Locarno eigentlich ? Sie sagen,Locarno bedeutet der Anfang des freien Europas. Sie sagen,Locarno bedeutet einen Bund zur Schaffung der Vereinigten Staaten von Europa.

(Zuruf der Sozialdemokraten: Ist es auch !)

Ich sage Ihnen,meine Herren,Locarno bedeutet die freiwillige Anerkennung des Versailler Vertrages von Seiten Deutschlands, und die freiwillige Anerkennung Locarnos bedeutet den Eintritt Deutschlands in den Ententeimperialismus. Locarno bedeutet die Unterstützung des Ententeimperialismus zu dem Zwecke,die europäische Arbeiterklasse niederzuschlagen.

(Zurufe der Kommunisten: Sehr gut !)

Locarno bedeutet folgendes: Stellen Sie sich einen großen Wagen vor. In diesem Wagen sitzen Militärs der Ententestaaten. Es sitzen in diesem Wagen die Imperialisten. Und vor diesen Wagen soll die deutsche Arbeiterklasse gespannt werden. Die deutsche Arbeiterklasse soll verwendet werden als Henkersknechte gegen die russische Arbeiterklasse. Locarno bedeutet ein Bündnis des westlichen Imperialismus,Organisierung des Kampfes gegen die um ihre nationale Freiheit kämpfenden Oststaaten, gegen die um ihre nationale Freiheit kämpfenden Kolonien. Sie reden hier von einem Bund der Völker, in dem sich die Völker wohl fühlen sollen. Ist es nicht der Bund der Völker in Genf,der kein Wort darüber spricht,daß man in Damaskus eine um ihre Freiheit ringende Bevölkerung erschießt und sie dann öffentlich durch die Straßen schleppt und eine Stadt wie Damaskus zu einem Trümmerhaufen schießt. Sind es nicht die deutschen Parteien rechts von uns, die es wagen, der Arbeiterklasse anzubieten, einen Bund zu schließen mit dem Wolf,der das Schaf fressen will, um die deutsche Arbeiterklasse dazu zu gewinnen,um einen Staat,der es gewagt hat, den Versailler Vertrag nicht anzuerkennen,anzugreifen und einen erbitterten Kampf gegen ihn zu führen. Ich meine den Sowjetstaat Rußland, den Staat der Arbeiter und Bauern. Meine Herren,wagen Sie es das Gegenteil zu beweisen? Hat nicht die englische Presse offiziell erklärt, daß die Anerkennung des Vertrages von

LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 4
A4

Locarno den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund, in die Entente bedeutet? Ist das nicht eine freiwillige Anerkennung des Vertrages von Versailles ? Wo steht in dem Vertrag von Locarno geschrieben, daß Anderungen des Vertrages von Versailles herbeigeführt werden ? Steht nicht im Vertrag von Locarno,daß der Vertrag von Versailles unberührt bleibt,daß unberührt bleibt der Dawesplan,auf Grund dessen die deutsche Arbeiterschaft Milliarden bezahlen muß, für die amerikanischen Bankiers und Industriellen.Und da wagt es die Sozialdemokratie hierher zu kommen und zu sagen,daß in Amerika ein Paradies besteht. Die amerikanischen Imperialisten,die amerikanischen Kapitalisten, die amerikanischen Finanzherren,die den Weltkrieg finanziert haben,haben ein Interesse daran, die Arbeiterschaft in Westeuropa in ein Joch zu spannen. Nicht nur die Arbeiter der Staaten, die den Krieg verloren haben, sondern auch die Arbeiter der Siegerstaaten. Das ist der Zweck des Abkommens von Locarno. Nicht nur den Krieg sollen sie bezahlen, sondern sie sollen einen neuen Krieg sanktionieren. Sie (zu den Sozialdemokraten) wagen es zu sagen,diese papiernen Verträge zwischen den kapitalistischen Vertretern Europas würden eine neue Friedensaera bringen. Hatten wir nicht 1914 Abkommen und Verträge ? Haben nicht die Imperialisten auf diese Verträge gepfiffen und als einen Fetzen Papier behandelt? Sie sagen, das wird eine neue Aera bringen.

Die Frage, die uns als deutsche Arbeiter interessiert ist folgende:

Können wir durch den Pakt von Locarno die Lebenslage der Arbeiterschaft verbessern ? Können wir annehmen, daß durch den Vertrag von Locarno die Verhältnisse so werden, daß es kein Krieg mehr gibt ? Das steht nicht im Vertrag von Locarno.Steht nicht im Vertrag von Locarno, daß der Vertrag erst definitiv wird in dem Moment, in welchem Deutschland bedingungslos seinen Eintritt in den Völkerbund erklärt. Sagt nicht Artikel 16 des Völkerbundsstatuts, daß die angeschlossenen Staaten des Völkerbundes im gegebenen Moment sich dazu hergeben müssen,als Aufmarschgebiet zu gelten gegen ein anderes Land ?

(Zurufe: Bei einem Angriff !)

Was heißt das ? Die Franzosen sagen, die Marokkaner sind Rebellen, die sind zum Angriff übergegangen. So sagt auch England, wenn seine Kolonien um ihre nationale Freiheit kämpfen werden, sie sind Rebellen. Nun sagt man, die gehören vor ein Schiedsgericht. Warum stellt man nicht Frankreich und England vor ein Schiedsgericht, welche in China das schaffende Volk derartig bedrücken,daß Kinder von 10 bis 12 Jahren 13 bis 14 Stunden arbeiten müssen. Der Völkerbund von Genf ist nicht ein Bund von Völkern,sondern nichts anderes, als ein Bund von imperialistischen Räubern,geboren durch den Vertrag von Versailles. Und heute in dieser historischen Stunde wagen Sie es, diesen Verhältnissen zu lobhuldigen.

Zu der Frage, wie geht es der Arbeiterklasse des Rheinlandes,wie geht es der Arbeiterklasse des Saargebietes,will ich noch einige Worte sagen. Waren es nicht Ihre Zeitungen, die während der Verhandlungen in Locarno geschrieben haben:
Wir bekommen im Saargebiet ein Parlament.Waren es nicht Ihre

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 4 A4 I

Zeitungen, die einen Berg von Versprechungen gemacht haben? Wo sind diese Dinge ? Man hat versucht, der Arbeiterschaft hier klar zu machen, daß wir ein Parlament bekämen an der Saar. Dann wäre die Frage gelöst. Wir als Kommunisten betrachten diese politische Frage, von einem anderen Standpunkt aus. Wir wollen kein Parlament an der Saar, sondern wir wollen den sofortigen Anschluß an Deutschland. Wir wollen brechen den Vertrag von Versailles mit allen seinen Auswirkungen. Wir wollen brechen mit diesen Verträgen, die sie erneut abschließen wollen, die die Ketten sind, an die man die Arbeiterschaft anbinden will. Wenn Sie es ehrlich meinen mit der Befreiung der Arbeiterklasse, mit der nationalen Befreiung der Arbeiterklasse, warum reden Sie dann kein Wort über die Vorgänge in Elsaß-Lothringen? Haben Sie nicht gelesen, daß in Elsaß-Lothringen ein Kongreß von über 700 Delegierten einstimmig beschlossen hat, das Selbstbestimmungsrecht der Völker in Elsaß-Lothringen durchgreifen zu lassen ? Haben Sie nicht gelesen, daß die Elsaß-Lothringer eine Abstimmung erstreben für Abtrennung von Frankreich ? War es nicht die Kommunistische Internationale, die diesen Schritt unterstützte ? Waren es nicht die Sozialdemokraten, die diesen Schritt mit allen Mitteln zu unterdrücken suchten ? Liegt es nicht klar auf der Hand, wie dieser Bund der Völker von Genf aussieht und wie der Pakt von Locarno aussehen wird ? Meine Herren, diese Fragen, die wir hier anschneiden, die klar und offiziell festgestellt sind, die suchen Sie uns dahin umzubiegen, indem der Vertreter der Sozialdemokraten sagt, wir würden die politischen Geschäfte der Rechtsparteien erledigen. Meine Herren, wer die politischen Geschäfte der Rechtsparteien bisher erledigt hat, wer sich dazu herabgewürdigt hat, Verrat an der deutschen Arbeiterklasse zu üben, das hat doch der Dolchstoßprozeß bewiesen. Kein anderer wie General Gröner hat unter Eid ausgesagt, daß er am 9., 10. und 11. November 1918 ein Bündnis mit Ebert geschlossen hat. Sie wagen es uns heute vorzuwerfen, wir würden die Geschäfte der Rechtsparteien erledigen. Sind wir schuld, daß heute in Deutschland eine Monarchisten-Republik ist ? Sind wir schuld, daß heute in Deutschland ein Monarchist die Republik führt ? Meine Herren, diese eidliche Aussage in dem Dolchstoßprozeß, die beweist auch, wer der Schuldige ist. Sie werden uns die Frage stellen, wie gedenkt ihr in Europa die Verhältnisse zu bessern. Wie gedenkt Ihr die Befriedigung der Arbeiterklasse herbeizuführen. Das kann ich Ihnen sagen: Nicht durch einen Abschluß eines derartigen Paktes von Locarno, wie Ihr ihn begrüßt.

Wie gedenken Sie die Befriedigung der Arbeiterklasse herbeizuführen ohne Abschluß eines Vertrages von Locarno. Meine Herren, wir erklären Ihnen, wir verlangen und wollen herbeiführen, die Einigung der Arbeiterklasse, ein wahrer Bund der Völker und diese Dinge können nur herbeigeführt werden auf dem Boden des Klassenkampfes. Sitzen nicht in der heutigen historischen Stunde in Deutschland, Tausende von Arbeitern in Gefängnissen, die nichts gemacht, als sich zur Wehr gesetzt haben ? Gehen heute in Deutschland nicht die Faszisten frei umher ? Unterhält man sich nicht in Bayern darüber, kurz über lang die Monarchie auszurufen ? Wir wissen, daß die sozialistischen Arbeiter anders denken als ihre Leitung. Wir wissen, daß sich die Arbeiter nicht dazu hergeben, gegen die russischen Arbeiter zu marschieren.

(Unruhe- Lachen- Zurufe)

<u>Ihre</u>

LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 4 A4

Ihre demagogischen Zurufe und Redensarten werden es nicht wegleugnen können, daß die russische Wirtschaft mit Riesenschritten vorwärts geht, während sich auf der anderen Seite die Verhältnisse schwieriger gestalten. Die Zahl der Erwerbslosen wird immer größer und die Verelendung der breiten Volksschichten schreitet immer mehr voran. Die Sozialdemokraten glauben sich dazu berufen, das in eine Krise hineingeratene Schiff des Kapitalismus wieder in ruhigeres Wasser zu lenken, Sie, die Sie die Lehre von Karl Marx angeblich vertreten. Wenn wir den Anschluß proklamieren, so ist es nicht der Anschluß an den Vertrag von Locarno, oder Eintritt in die Entente, sondern Bündnis mit Sowjetrußland. Ein wirtschaftliches und politisches Bündnis. Das ist ein Bündnis mit einem Staat, der mit Riesenschritten vorwärts schreitet und einen Machtfaktor darstellt.

So stellen wir die Frage auf die, die man uns gestellt hat, wir wollten die deutsche Reaktion unterstützen,. Was tut in dieser Frage die Deutsch- Saarländische- Volkspartei ? Sie tut dasselbe, was sie getan hat in der Frage des Dawesplanes.

(Lachen bei den Sozialdemokraten !)

Ihr auch. Ihr braucht Euch nicht zu freuen. Wir sind der Auffassung, daß die Deutschnationalen dasselbe tun werden wie beim Dawesplan und sie werden diejenigen sein, die die Arbeiterschaft vor den Karren der Reaktion spannen.

Meine Herren, nun zu der Frage des Dawesplanes. Sehen wir nicht in Deutschland die Fabriken stillgelegt und die Arbeitslosigkeit größer werden ? Das werden Sie sehen müssen, Sie werden feststellen müssen, daß Sie wieder einmal die deutsche Arbeiterklasse beschwindelt haben. Nun zu der Frage des Saargebietes selbst. Es wird von den Vorrednern soviel geschimpft über die Bevorzugung der fremden Beamten im Saargebiet. Wir sind der Auffassung, daß man damit die Taten der eigenen Beamten verdecken will, die auch dort in der Regierung zahllos vertreten sind. Man wird uns nicht vorwerfen können, daß wir als Partei daran schuld seien, daß heute das Saargebiet eine Kolonie des Entente-Imperialismus ist. Aber wir haben deshalb in erster Linie das Recht, einmal zu untersuchen, wie sieht es mit den Beamten von deutscher Seite im Saargebiet aus. Der Prozeß des Bürgermeisters von Saarbrücken und des Schuldirektors Notton, beleuchtet der uns nicht blitzartig die Lage ? Wir fragen hier als Vertreter der Arbeiterschaft, ist es nicht sonderbar, daß diese Beamten, die seinerzeit, getragen von dem Vertrauen der bürgerlichen Parteien, in diese hohen Stellungen gelangt sind, sich heute gegenseitig Separatismus vorwerfen? Wir fragen weiter, wie war es möglich, daß in dieser Zeit man von Seiten dieser hohen Beamten sich über die Frage des kirchlichen Separatismus mit christlichen Gewerkschaftlern unterhielt und zwar in dem Jahre 1919, und daß diese Herren diese Dinge erst jetzt der Öffentlichkeit übergeben? Ist es Zufall, daß im Jahre 1919 der Bürgermeister von Saarbrücken nach dem Saargebiet gekommen ist, daß das durch eine Vereinbarung mit dem Dr. Mouth geschah? Wir fragen Sie, ist es Zufall, daß in diesem historischen Jahre 1919, wo die Bergarbeiter gekämpft haben, um ihre Sklavenketten zu zerreißen, diesen deutschen Beamten das Ministerium des Saargebietes angeboten wurden. Die

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 4 A4 I

Arbeiterschaft an der Saar will auch hier über diese Dinge Klarheit und Wahrheit wissen. Wir sind der Auffassung, daß noch nicht die nötige Klarheit geschaffen wurde. Wir müssen ferner bei dieser Frage anschneiden, waren es die französischen Beamten, die dem Saarvolk den heutigen wunderbaren Steuersatz geschaffen haben? Oder waren es nicht die deutschen Beamten,die die Ratgeber dieser hohen Beamten in der Regierungskommission sind ? Wir sind der Auffassung,daß diese französischen Beamten ins Saargebiet zum größten Teil auf Grund der Vetterwirtschaft gekommen sind und in den meisten Fällen keine Ahnung haben, von den Dingen, die zu verwalten sind. Wir sind weiter der Auffassung, daß sie das Steuergesetz aus dem Grunde den deutschen Beamten gegeben haben, um die nötigen Steuersätze auszuarbeiten,womit sie dann der Arbeiterschaft an der Saar das Fell über die Ohren gezogen haben. Bei dieser Gelegenheit fragen wir Sie noch, war es Zufall , , daß ein Aufsichtsratsbeamter der Dillinger Hütte mit dem Stummkonzern nach Locarno gefahren ist ? War es Zufall, daß der frühere Staatssekretär Deutschlands ersetzt wurde durch den Herrn von Schubert,der heute Staatsekretär des Äußern und Aktionär der Dillinger Hütte ist ? Meine Herren, wir glauben, diesen Herren anklagen zu müssen, wegen seines Systems unter der Tricolore. Wir verlangen Antwort auf diese Frage. Wir verlangen Antwort darüber, war es nicht der interparteiliche Ausschuß, der kurz nach Locarno eine Meldung in die Presse gebracht hat, dessen Schlußsatz heißt:" Man ist in hiesigen Kreisen der Auffassung, daß der Anschluß an das Reich nicht eher vollzogen werden kann,bis das Besetzungsregime verschwindet. Haben Sie nicht offiziell eine Erklärung abgegeben, wir wollen nicht zu Deutschland zurück, bis die Besetzung erledigt ist? Steckt nicht die deutsche Großindustrie dahinter? Müßte hier nicht die Markwährung eingeführt werden oder glauben die Herren der Rechten dadurch ihre Aufträge bei der Regierungskommission und der Bergwerksdirektion einzubüßen ? Wir fragen Sie, haben diese Vertreter das Recht hierher zu kommen und immer wieder zu schimpfen über Frankreich ? Sind nicht welche darunter, die den Standpunkt vertreten, weß'Brot ich eß',deß' Lied ich sing? Wir verlangen Aufklärung. Im Saargebiet liegen die Dinge heute so, daß die Bevölkerung und zwar die breiten Schichten, die Arbeiterklasse und der kleine Bauer ausgeplündert wird bis auf's Hemd. Schöne Reden werden gehalten und über das Steuersystem geklagt. Ich frage Sie, waren es nicht die Parteien der Mitte und von rechts, die dieses geschaffen haben? Sie klagen über die Notlage der Sozialrentner. War es nicht die Partei der Mitte und die von rechts, die diese Notlage herbeigeführt haben durch die Besteuerung von Lohn und Gehalt? Meine Herren, Sie haben sogar gegen die Vorlage der Regierungskommission gearbeitet. Haben Sie nicht im Auftrage von Röchling einschließlich Zentrum und Sozialdemokratie diesen Zustand herbeigeführt gegen die Stimmen der Kommunisten. Wir müssen uns heute mit einer Vorlage befassen, in der die Verzinsung rückständiger Beträge verlangt wird. Der Arbeiterklasse, unteren Beamten und Angestellten zieht man prompt ihren Anteil an Steuern ab, obwohl diese mit Hungerlöhnen abgespeist werden. Dieser Steuerbetrag ist ein realer Betrag, der mit dem Lohn steigt. Ob das bei der Besteuerung der übrigen Klassen der Fall ist,bezweifeln wir. Das zeigt,daß wir damals

LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 4

A4

damals recht hatten. Der Bürgermeister von Völklingen hat bei Aufstellung des Budgets feststellen müssen, daß das stimmt, was wir immer betont haben. Er hat ausgerechnet, daß die Lohn- und Gehaltssteuerpflichtigen heute mehr wie doppelt soviel Steuern zahlen wie vor dem Kriege, während die übrigen kaum ein Drittel bezahlen. Diese Zahlen sprechen Bände und dies ist eine Anklage gegen Sie. Die Tatsache besteht, daß die Bergwerksverwaltung im Frieden 154.362.-Mark an die Gemeinde entrichtet hat und heute zahlt sie 80.830.- Mark nach einem Kurs von 4.50 = 363.736.- Franken. Würden diese ihre Steuern richtig bezahlen, dann würden die Gemeindefinanzen saniert sein.

Der Herr Bürgermeister meint hier, daß er einen besonderen Apell an den Herrn Röchling, den Besitzer der Völklinger Hütte gerichtet und ihn gebeten habe, doch auch einigermaßen anteilmäßig Steuern zu zahlen wie vor dem Kriege, wenn auch das Gesetz das nicht vorsehen würde. Er betont, daß dieser Apell an die Steuermoral des Herrn Röchling leider erfolglos geblieben ist. Ich könnte Ihnen hier auch die Verrechnung der Steuer der Völklinger Hütte vortragen; es ist so, daß sie heute nur noch auf etwas mehr wie ein Drittel lautet wie vor dem Kriege. Also wir sehen hier, daß Herr Schmelzer ein Interesse daran hatte, das Steuergesetz zu schaffen. Wir sehen, daß er es verstanden hat, die Interessen der Großindustrie wahrzunehmen. Und deshalb müssen Sie nicht hierher kommen und dem Hause etwas vorjammern über die Verhältnisse in Steuerfragen, sondern denken Sie daran, daß Sie diese Verhältnisse selbst geschaffen haben.

Meine Herren! Über die wirtschaftlichen Dinge, so wie sie z.Zt. im Saargebiet liegen, werden wir heute nachmittag in anderen Ausführungen zu sprechen kommen. Nur eines möchte ich noch feststellen. Wir betonen die Bezahlung der Arbeiter, Angestellten und Beamten im Saargebiet ist heute derartig, daß man sagen kann, sie ist noch schlimmer, wie in einer afrikanischen Kolonie. Nun, wir sind ja hier an der Saar die Völkerbundskolonie. Nicht wahr, Herr Hoffmann! Herr Hoffmann hat uns ja in anerkennenswerter Weise ausgerechnet, daß die Lasten in steuerlicher Hinsicht hier noch viel höher sind wie im Reich drüben, trotz der Reparationsleistungen dort. Wir sehen, daß die Dinge an der Saar so gelagert sind, daß heute oder morgen hier eine Explosion entstehen wird. Täuscht Euch nicht, meine Herren, Sie werden erfahren, daß Sie uns, die Arbeiterklasse, nicht unter das Existenzniveau drücken können, ohne daß die Arbeiterklasse aufstehen wird. Die Klagen derjenigen, die im Elend schmachten, werden von Tag zu Tag größer, und es wird die Stunde kommen, wo sie die Einigung finden. Es wird die Stunde kommen, wo sie einsehen werden, daß alle diese Formeln und Redensarten von dem liebenswürdigen Engel des Völkerbundes uns ins Elend gebracht haben. Und es wird die Stunde kommen, daß sie alle auf die Seite der Kommunistischen Partei treten und mit uns kämpfen werden um die Freiheit. Das wird ein wahrer Bund der Völker werden, der kämpfen wird um die Freiheit, um den Fortbestand des Kommunismus und um die Einigung aller Schaffenden.

Ich gebe nun im Namen der Kommunistischen Fraktion zu dem Pakt von Locarno folgende Erklärung ab:

LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 4

A4

LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 4

Erklärung

der kommunistischen Landesratsfraktion zum Vertrag von Locarno.

Der sogenannte Friedenspakt von Locarno ist in Wirklichkeit eine neue Etappe in der immer klarer hervortretenden Umgruppierung der imperialistischen Mächte.

Die in den Vereinigten Staaten von Amerikas herrschende imperialistische Gruppe arbeitet auf eine gewisse Konsolidierung der kapitalistischen Staaten Westeuropas hin, um die Dawesierung und die Ausbeutung der arbeitenden Massen in den verschiedenen europäischen Ländern auch politisch sicherzustellen und besonders das nach der Annahme des Londoner Paktes in Deutschland angelegte Kapital zu sichern. Gleichzeitig wollen die Vereinigten Staaten sich Garantien gegen die kommunistische Gefahr und gegen Sowjetrußland schaffen.

Für die britische Bourgeoisie ist Locarno ein Mittel zur Zurückdrängung der Vormachtstellung Frankreichs in Europa und zur Vorbereitung ihrer eigenen Hegemonie. Durch Ausnutzung der inneren und äußeren Schwierigkeiten der französischen Bourgeoisie ist es dem britischen Imperialismus in Locarno gelungen, die politischen Folgen des Dawesplanes zu vervollständigen und Frankreich zur Aufgabe seiner bisherigen selbstständigen Politik gegen Deutschland zu zwingen und Deutschland selbst in den von ihm seit lange vorbereiteten

Block gegen Sowjetrußland

einzugliedern. Der britische Imperialismus arbeitet unverkennbar darauf hin, die Sowjetmacht durch einen wirtschaftlichen und politischen Kampf niederzuringen. Er will unter allen Umständen in Sowjetrußland das Kraftzentrum für den Kampf der Kolonialvölker gegen die Unterdrückung durch den Imperialismus vernichten.

Die französische Bourgeoisie stimmt unter dem Druck ihrer englischen und amerikanischen Gläubiger dem Locarno Pakt zu, ungeachtet ihres Wunsches, ihre alte militärische Bündnispolitik mit Polen, der Tschechoslowakei usw. fortsetzen. Die Finanzkrise, der Aufstand des marokanischen und des syrischen Volkes, sowie die soziale Krise, die Frankreich zurzeit erlebt, erschüttern die Grundlagen des französischen Imperialismus und stellen seine europäische Vormachtspolitik in Frage. Ohne auf ihre weitgehenden imperialistischen Pläne zu verzichten, aber unfähig, sie zurzeit zu verwirklichen, muß die französische Bourgeoisie zu sehen, wie sich ihre Militärbündnisse mehr und mehr lockern.

Die im imperialistischen Weltkriege besiegte deutsche Bourgeoisie setzt gegenüber den herrschenden kapitalistischen Ländern ihre durch den Dawes Pakt vorgezeichnete Unterwerfungspolitik fort. Der Pakt von Locarno stellt

für

A4

für sie auf dem Wege der Auslegung des Versailler Vertrages eine gewisse Lockerung durch den englisch-amerikanischen Imperialismus dar. Er bewirkt, daß die werktätigen Massen in Deutschland, deren Lebensinteresse in einem Bündnis mit Sowjetrußland liegt, im Auftrage des britisch- amerikanischen Kapitals noch stärker gefesselt und geknebelt werden.

Durch die Annahme des Paktes von Locarno, durch die verstärkte Bindung der deutschen Bourgeoisie an den britischen und amerikanischen Kapitalismus, durch die Anerkennung des Vertrages von Versailles verraten die bürgerlichen Elemente einschließlich der Deutschnationalen und der sozialdemokratischen Führer weit schlimmer als je zuvor die nationalen und wirtschaftlichen Interessen der werktätigen Massen in Deutschland.

Durch ihren Eintritt in den Völkerbund bestimmt die deutsche Bourgeoisie

Deutschland im Voraus zum Aufmarschgebiet und zum Schlachtfeld für den Krieg gegen Sowjetrußland.

Darüber hinaus verpflichtet sie sich, die arbeitenden Massen Deutschlands zum Kanonenfutter gegen Sowjetrußland zu mißbrauchen.

Bedeutet so auf der einen Seite der Pakt von Locarno eine gewisse Entspannung zwischen den kapitalistischen Staaten in Europa, so bedeutet er andererseits keineswegs eine Abschwächung der tiefgehenden Gegensätze, die zwischen den kapitalistischen Ländern im allgemeinen vorhanden sind. Wenn der amerikanische und der britische Imperialismus für das Zustandekommen des Paktes von Locarno zusammengewirkt haben, so schließt dies nicht die Weiterentwicklung der Gegensätze zwischen diesen beiden imperialistischen Gruppen aus.

Gegenüber dieser Umgruppierung der kapitalistischen Mächte im Westen befestigt sich die Macht der Arbeiter-und Bauernregierung Sowjetrußlands immer mehr. Der gewaltige wirtschaftliche Aufschwung, den Rußland genommen hat, zeigt, daß die Arbeiter und Bauernrepublik sich auf dem richtigen Wege befindet. Aber je mehr sich die proletarische Macht Sowjetrußlands befestigt, desto schärfer tritt auch der Wille der westeuropäischen Bourgeoisie und namentlich Englands hervor, die proletarische Herrschaft in Sowjetrußland niederzuschlagen.

In Afrika und Asien rebellieren die durch den europäischen Imperialismus unterjochten Arbeiter- und Bauernmassen und treten in national-revolutionäre Bewegungen ein. (China, Britisch-Indien, Syrien, Marokko, Ägypten usw.) Aber jemehr die seit Jahrhunderten durch den Imperialismus unterdrückten Kolonialvölker erwachen und den Kampf für ihre Befreiung vom imperialistischen Joch aufnehmen, desto mehr zittert der Imperialismus um den Besitz seiner kolonialen Erwerbungen. Deshalb gelingt es auch England, der an dieser Unterjochungspolitik am meisten interessierten Macht, die westlichen Bourgeoisien für ihre Einkreisungs- und Angriffspolitik gegen Sowjetrußland zu gewinnen.

Da

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 4 A4

Da andererseits die imperialistischen Gegensätze zwischen den einzelnen kapitalistischen Staaten sich immer mehr verschärfen und alle militärischen Großmächte ihre Rüstungen zur Führung eines neuen großen Krieges fortgesetzt steigern,

dient Locarno keineswegs der Vorbereitung des Friedens, sondern im Gegenteil der Vorbereitung des Krieges.

Es ist klar, daß, sobald der nächste größere imperialistische Konflikt zum Ausbruch kommt, der Vertrag von Locarno bedenkenlos zerrissen werden wird. Auch nicht einmal durch seinen formellen Wortlaut bildet dieser Pakt eine Garantie gegen die Entfesselung eines neuen Kriegskonfliktes. In einem Falle, wie im Jahre 1914 würde er z.B. kein Hindernis für die Kriegserklärung gewesen sein.

Der Völkerbund ist ein Organ, mit dem die kapitalistischen Mächte unter dem Deckmantel einer pazifistischen Phraseologie ihre alte imperialistische Unterdrückungspolitik fortsetzen. Die Haltung des Völkerbundes in den Streitfällen über das Saargebiet,über Oberschlesien,Memel,Danzig, Österreich und Syrien,sowie gelegentlich des italienisch griechischen und des englisch-ägyptischen Konfliktes und zuletzt anläßlich der Vorkommnisse in Marokko und China beweist, daß

der Völkerbund in erster Linie ein Werkzeug der herrschenden kapitalistischen Großmächte

darstellt.

Vorsitzender Scheuer: Wir treten jetzt in eine Mittagpause ein und beginnen punkt 2 Uhr 15 Minuten.

Schluß der Sitzung 12 Uhr 30 Minuten.

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 4 A4

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 4

NACHMITTAGS-SITZUNG

am 17. November 1926.

tellv. Vorsitzender Scheuer: Meine Herren! Wir fahren in der Beratung fort (2 Uhr 30 Minuten). Das Wort hat der Herr Abgeordnete Schmelzer !

bg. Schmelzer (DSV): Meine Herren! Die Herren Vorredner haben heute vormittag auf den heutigen Tag als einen historischen hingewiesen. Im Zusammenhang damit sind sie eingegangen auf den Pakt von Locarno und auf den zu erwartenden Eintritt Deutschlands in den Völkerbund. Die Stellungnahme der einzelnen Redner war je nach ihrer Parteizugehörigkeit eine verschiedene. Wir haben eine hoffnungsvolle Begrüßung des Paktes von Locarno gehört, wir haben die Ansicht gehört, daß Deutschland schon früher in den Völkerbund hätte eintreten müssen und wir haben eine völlige Verdammung des Paktes und des Völkerbundes gehört. Aber in einem waren sich die Redner einig, daß die Verhältnisse unerfreuliche sind und daß versucht werden muß,eine Verbesserung der Verhältnisse zu erzielen. Wie dieseVerbesserungen erzielt werden sollen,darüber gehen die Meinungen auseinander. Es ist gesagt worden,daß der Völkerbund nicht das ist,was er sein sollte. Der Völkerbund hat zweifellos Mängel und hat uns in der Vergangenheit nur zu oft enttäuscht. Wenn wir daran denken, wie der Völkerbundsrat entschieden hat in den Angelegenheiten von Oberschlesien und Memel und wie er uns im Saargebiet enttäuscht hat, kann man dem beipflichten, daß der Völkerbund nicht das Ideal ist,das er sein soll nach dem Willen seiner Gründer. Er ist das ganz gewiß nicht. Er ist noch kein Ideal. Aber es will mir nicht recht logisch erscheinen, wenn man den Krieg bekämpft, daß man dann auch die Verständigungseinrichtung der Völker ebenfalls verdammt. Was der Völkerbund nicht ist,kann er noch werden,wenn er auch jetzt nur ein bescheidener Anfang ist. Er ist eine Verständigungseinrichtung. Es ist die Frage aufgeworfen worden, weshalb man Frankreich und England nicht vor das Schiedsgericht gestellt hat und es ist auch richtig gesagt worden, daß mancherlei Veranlassung dazu vorlag. Ich möchte mich den Worten des Herrn Levacher anschließen:" Man muß Geduld haben!" Es ist immerhin ein Fortschritt, daß Schiedsgerichte eingerichtet worden sind. Wenn die Schiedsgerichte noch nicht auf alle angewandt werden, ist das zu bedauern, aber immerhin kein Anlaß, sie zu verdammen.

Zu der Frage,warum Deutschland nicht schon früher in den Völkerbund eingetreten ist, möchte ich sagen:Vor 2 Jahren noch wäre Deutschland nur durch eine Hintertür in den Völkerbund hineingekommen und hätte aller Voraussicht nach am Katzentisch Platz nehmen müssen. Noch früher war es unmöglich. Sie erinnern sich,daß vor noch nicht allzulanger Zeit Frankreich erklärt hat:" Deutschland ist nicht würdig, in den Völkerbund aufgenommen zu werden." Es hat später erklärt,man könne dem Gedanken,Deutschland in den Völkerbund aufzunehmen, nähertreten. Daß man aber daran gedacht hatte, Deutschland als gleichberechtigt aufzunehmen, davon war keine Rede. Die Dinge haben sich jetzt so entwickelt,

daß

A4

daß es nicht durch die Hintertür,sondern durch das Hauptportal seinen Einzug hält und am Ratstische Platz nimmt. Aus der Abwehr Frankreichs gegen den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund ist ein leidenschaftliches Begehren geworden, Deutschland im Ratssaale zu sehen. Die Dinge haben sich umgekehrt entwickelt; heute sagt man, Deutschland ist nicht nur nicht unwürdig,sondern, wenn Deutschland nicht in den Völkerbund einzieht, zeigt es die Verwerflichkeit seiner Gesinnung. Es gibt Leute, die sich jetzt noch gegen den Pakt von Locarno und den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund stemmen, die jetzt noch hoffen- sie sind keine grundsätzlichen Gegner des Eintritts in den Völkerbund-,durch ein weiteres Abwarten mehr herauszuschlagen. Man kann darüber geteilter Meinung sein. Wir sind der Meinung, daß es einen Punkt gibt, an dem eine Sache spruchreif wird und daß es dann unzweckmäßig ist, noch länger zu zögern, weil dann das Gegenteil eintritt. Wir sind der Meinung, daß der psychologische Moment gekommen ist und wir freuen uns vorbehaltlos darüber, daß uns das die Zeit gebracht hat. Wir verzichten darauf hinzuweisen, daß sich unsere Auffassung als die bessere herausgestellt hat. Der größte Teil der Bevölkerung Deutschlands und des Saargebietes ist damit einverstanden, daß Deutschland diesen Schritt unternimmt. Wir erhoffen mancherlei, nicht nur für das Saargebiet, daß nicht nur die kleinen Interessen des Saargebietes ausschlaggebend sind, sondern die des großen Deutschlands. Wir haben immer erklärt, wenn die Politik des Deutschen Reiches den Zeitpunkt als richtig erscheinen läßt,dann soll Deutschland eintreten. Aber wenn es seine Politik erfordert, daß man noch abwartet, dann sind wir auch damit einverstanden, daß unsere Interessen hinter die Interessen des gesamten Vaterlandes zurückgestellt werden.

Es ist auch die Frage aufgeworfen worden: Kann man durch den Vertrag von Locarno eine Verbesserung der Lage der Arbeiterschaft in Deutschland erwarten? Meine Herren! Wenn der Vertrag von Locarno nicht nur Papier ist, wenn er wirklich von einem Geiste beseelt ist, der Taten nach sich zieht, dann wird diese Rückwirkung mit Bestimmtheit eintreten. Die Dinge liegen doch so, daß, wenn der Geist wirklich in Europa einzieht, der in Locarno beschworen wurde, sich zweifellos die ganze Wirtschaft, nicht nur in Europa, sondern auch in Amerika und in der ganzen Welt bessert. Und bessert sich die Wirtschaft in Deutschland und in Europa, dann bessert sich auch automatisch die Lage der Arbeiterschaft und der gesamten Bevölkerung in Deutschland. Das ist so selbstverständlich wie irgend etwas. Es muß jedoch vorausgesetzt werden, daß der Pakt nicht nur das Stück Papier ist,das unterzeichnet worden ist. Daß Rückwirkungen eintreten werden, wenn dem so ist, davon sind wir überzeugt. Die Erklärungen Briands und anderer, die heute morgen hier zitiert wurden, die scheinen uns nicht so schwerwiegend, daß wir darauf unsere Hoffnungen aufbauen. Den Worten eines Briands stehen wir skeptisch gegenüber; denn wir wissen, daß Briand schon sehr oft Erklärungen abgegeben hat, die sich ganz anders ausgewirkt haben, als das in seinen Worten lag. Aber wir sind der Meinung, daß die Gegenseite auch Rückwirkungen von Locarno erwartet und daß diese erst dann eintreten, wenn die Rückwirkungen für das Saargebiet und das Reich bestimmt erfolgt sind. Nicht weil Herr Briand das in Aussicht stellt,

<u>sondern</u>

LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 4 A4 I

sondern weil wir sehen, daß die Erkenntnis in den Siegerstaaten Platz greift, daß die Dinge so nicht weitergehen können, weil letztere selbst in dem Falle den größten Nachteil davon haben, nur deshalb hoffen wir auf Rückwirkungen. Das ist das Wesentliche. Man sieht dort daß man so nicht weiterkommt. Man weiß, daß Europa ganz und gar verschuldet ist, und man sieht, daß das so bleiben wird, wenn man mit dem jetzigen Verfahren weiterarbeiten wird. Das ist der Grund, weshalb wir darauf vertrauen, daß der Pakt von Locarno nicht nur ein leeres Stück Papier bleibt, sondern daß er den Geist nach sich zieht, den wir von ihm erhoffen. Wir begrüßen den Pakt, wenn er den Geist in die Welt bringt, den man von ihm erhofft. Wir nehmen ganz bestimmt und selbstverständlich an, daß dieser Geist einzieht, weil die heutigen Verhältnisse diese Folgeerscheinungen unbedingt nach sich ziehen müssen.

Die Rückwirkungen im Saargebiet.

Es ist vor dem Abschluß in Locarno schon darüber gesprochen worden, daß besonders uns im Saargebiet gewisse Rückwirkungen in Aussicht stehen. Man hat es nachher in der französischen Presse bestritten. Man hat französischerseits gesagt, davon könne keine Rede sein. Im interparteilichen Ausschuß haben sich Zentrum und Deutsch-Saarländische Volkspartei mit diesen Dingen befaßt. Es ist zitiert worden, daß wir erklärt hätten, eine Rückkehr zu Deutschland könne nicht in Frage kommen, bis die Rheinlandfrage geregelt sei. Das ist uns als eine Art Seperatismus ausgelegt worden. Meine Herren! Gewiß, wir haben das erklärt, weil wir der Meinung sind, daß es jemand, der es mit seiner Verantwortung ernst nimmt, unmöglich vertreten kann, daß die Bevölkerung des Saargebietes aus dem Völkerbundsregen in die Rheinlandstraufe kommt. Und wenn Sie sich umsehen in der Bevölkerung, dann werden Sie in allen Schichten, auch in denen (zu den Linksparteien) die Sie vertreten, diese Meinung vorfinden. Solange nicht Klarheit darüber herrscht, ob im Rheinland eines schönen Tages die französischen Generale das Heft wieder in die Hand bekommen, heißt es für uns abwarten. Wie stellen Sie sich das vor, daß, bevor alle diese Dinge sicher sind, bevor man eine Sicherheit hat, daß aus dem Saargebiet nicht besetztes Gebiet wird. Wie wollen Sie es denn verantworten, daß man auf den wenn auch kleinen, geringen Schutz des Völkerbundes, der aber doch immerhin ein Schutz ist, verzichtet. Daß wir selbstverständlich diese Einstellung, wie es hier zum Ausdruck gekommen ist, nicht aus geschäftlichen Motiven vorgenommen haben, geht daraus hervor, daß die Rücksicht auf die Wirtschaft einen sofortigen Rückanschluß an Deutschland gebieterisch erfordert. Wenn allein die Gründe der Wirtschaft sprechen dürften, dürfte kein einziger Tag und keine Stunde versäumt werden, um dies zu erreichen. Denn nicht nur das Gefühl treibt uns zu Deutschland, sondern auch die Erfordernisse der Wirtschaft.

(Zurufe des Abg. Reinhard !)

Für ein Wort bin ich Herrn Reinhard dankbar, er hat ausgeführt: Wir wollen den Anschluß an Deutschland und sonst nichts. Das ist für uns wertvoll. Denn damit wird der Ruf von Röchling bis Reinhard erhoben: " Zurück zu Deutschland." Ich nehme

LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 4 A4 I

nehme an, daß dieser Ruf auch sonstwo gehört wird, denn es gehört viel dazu, wenn ein Vertreter der Partei, die international eingestellt ist, diese Worte sagt.

Herr Levacher hat in seinem Referat die großen Dinge so aufgezeigt, daß dem eigentlich nichts mehr hinzuzufügen ist. Er hat gezeigt, wie brüchig das Fundament des Saargebietes ist und das Gebäude, das auf diesem Fundament aufgebaut ist, und wie unsittlich die Taten sind, die darin vollbracht werden. Seine Forderung ist auch unsere Forderung. Wenn grundsätzlich verbessert werden soll, dann kann es nur in der Weise geschehen, daß wir wieder zum deutschen Vaterland zurückkehren. Es ist in dieser Hinsicht dies alles schon gesagt worden und es erübrigt sich, die Angelegenheit nochmals zu wiederholen. Bevor aber dieses große Endziel erreicht wird, müssen wir uns mit kleinen Dingen des Alltags befassen und diese kleinen Dinge gestatte ich mir in einigen Worten zu behandeln.

Vor uns liegt die Vorlage zu einem neuen Steuergesetz und wie immer, wenn man steuerliche Dinge zu beraten hat, drängt sich die Frage auf, wie sieht es im Saargebiet aus, welche Einnahmen werden gemacht ? Von wem werden sie aufgebracht und in welchem Umfange und zu welchen Dingen werden sie wieder verausgabt ? Da bietet der Haushaltplan des Saargebietes, der uns zur Kenntnisnahme vorgelegt ist (wie es heißt)die Gelegenheit, uns mit dieser Angelegenheit zu befassen. Jeder Haushaltplan, der irgendwo aufgestellt oder beschlossen wird, ist eine Wahrscheinlichkeitsberechnung darüber, was man hofft einnehmen und ausgeben zu können. Aber der Haushaltplan des Saargebietes unterscheidet sich von anderen außerordentlich. Das Wesentliche liegt darin, daß man diese Wahrscheinlichkeitsberechnung später vergleicht mit dem, was geworden ist, denn nur dadurch gewinnt ein Haushaltplan eine Bedeutung. Wenn er lediglich vorher in Zahlen festgelegt wird, dann ist eine derartige Aufstellung verlorene Zeit und Mühe. Der Haushaltplan des Saargebietes ist in der Weise aufgestellt, daß er zeigt, wie man sich die Dinge vorstellt,aber nicht wie sie später werden. Es ist mit Recht bemängelt worden, daß wir wohl die Voranschläge bekommen aber kein Ist-Ergebnis. Überhaupt zeigt es sich, wie außerordentlich klein die Leute sind, die diese Dinge zusammenstellen. Man sollte meinen,daß, wenn auch die Spitzen der Verwaltung nicht dazu gezwungen werden können, Rechenschaft abzulegen, diese aus Anstandsgefühl heraus uns zeigen, wie unser Geld verausgabt wird. Wir sehen aber, wie man sich ängstlich bemüht, dies zu verschleiern durch Zahlen und Überschriften, daß willkürlich Zahlen zusammengestellt werden und zwar so, daß möglichst kein klares Bild darüber gewonnen werden kann, wie die Dinge vor sich gehen.

Wir müssen schon daran verzagen, daß es bei der jetzigen Zusammensetzung der Regierungskommission möglich sein wird, jemals mit ihr auf dem Boden einer klaren Verständigung zu verhandeln. Das ist wohl aussichtslos. Die heutige Regierung wird sich von der blödesten Autokratie, wie sie jetzt ausübt wohl kaum je frei machen können. Es müßten schon andere Leute hierher kommen. Andere Leute mit einer anderen Einstellung; die jetzigen stammen noch aus einer Zeit her, als die Verhältnisse die umgekehrten waren, wie die, die wir jetzt erwarten.

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 4
A4

Vergleichsmöglichkeiten haben wir in dem Haushaltplane des Saargebietes nicht. Aber auf eines möchte ich doch hinweisen, was mir in dem Haushaltplane des Saargebietes besonders aufgefallen ist, das ist die Aufstellung der Gehälter bei den verschiedenen Ressorts der Regierungskommission, aus der hervorgeht, daß die Gehälter in diesem Jahre eine 100 % ige Erhöhung erfahren haben. Es ist ja bekannt, daß die Beamten nicht etwa 100 % Gehalt mehr bekommen haben. Die 100 % ige Erhöhung wird wohl zustande gekommen sein in der Absicht, den Beamtenkörper noch weiter zu vermehren. Wir sehen auch die Tatsache, daß (entgegen den Versprechungen der Regierung, die sie schon früher gegeben hat, keine fremdländischen Beamten mehr einzustellen) die Versprechungen fortdauernd durchbrochen werden. Und wir sehen weiter, daß, obwohl es auch im Jahre 1922 versprochen worden ist, daß nur noch deutsche Beamte hier eingestellt werden sollen und daß nur die Zentralverwaltung französische Beamte behalten soll, wie so vieles andere, was die Regierung versprochen hat, auch dieses Versprechen durchaus nicht gehalten worden ist.

Wenn ich nun zu den Einzeletats übergehen darf, so finde ich, daß bei dem Haushalte der Regierungskommission immer noch der Schönheitsfehler besteht, daß nur in Paris ein Sekretariat unterhalten wird. Für dieses Sekretariat wird in diesem Haushaltsjahre die Summe von 31.000.-Franken gefordert, gegenüber 21.000.-im Vorjahre. Nun kann man der Meinung sein (und die Regierung wird das auch wohl so begründen), daß bei den vielen Beziehungen zu Frankreich und besonders bei dem Einfluß Frankreichs auf die Wirtschaft des Saargebietes ein Sekretariat der Regierungskommission in Paris von einiger Bedeutung sein kann, vielleicht sogar notwendig sei. Aber wenn man in Paris schon ein Sekretariat einrichtet, so wäre es auch recht und billig, daß man auch in Berlin ein solches einrichten würde. Denn die wirtschaftlichen Beziehungen zu Deutschland sind trotz der Zollabschnürung doch mindestens so stark wie die zu Frankreich. Eine Zeitlang war es so, daß man jemand, der in Deutschland verkehrte, der besonders in Berlin verkehrte, als durchaus verdächtig ansah. Und wer sich nicht fügte, der stand ja immer schon mit einem Fuß über dem Rhein; viele sind mit dem anderen Fuß auch noch nachgefolgt. Wir haben uns nicht davon abhalten lassen, diese Beziehungen mit Berlin zu pflegen. Wenn die Regierungskommission gerecht sein wollte, dann müßte sie zugestehen, daß diese Verbindung mit Deutschland im Interesse des Saargebietes notwendig war. Hätten wir nicht die Beziehungen zwischen Saargebiet und Berlin gepflogen, dann wäre längst der vollständige wirtschaftliche Zusammenbruch im Saargebiet erfolgt und die Regierungskommission wäre garnicht in der Lage gewesen, etwas zu unternehmen, was für die Erhaltung des nackten Daseins der Bevölkerung notwendig gewesen wäre. Mittlerweile hat man auch eingesehen, daß man außerordentlich auf dem Holzwege war, als man diese Verbindung zu unterbinden suchte. Jetzt ist man der Meinung, daß es nützlich sei, sich von Deutschland nicht abzuschließen, selbst von der Regierung aus. Wenn man ein Sekretariat in Paris unterhält, sollte man sich überlegen, ob nicht ein solches auch in Berlin errichtet werden soll, denn die wirtschaftlichen Beziehungen zu Deutschland sind doch trotz

der

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 4
A4

der Zollabschnürung mindestens so stark wie die mit Frankreich.

Die Gehälter sind wie ich vorhin sagte, um 100 Prozent höher eingesetzt, als im Vorjahre, noch höher bei der Generalfinanzkontrolle. Dort sind die Gehälter von 380.000.- Franken auf 800.000 hinaufgesetzt. Es wäre interessant zu erfahren, ob der Beamtenapparat derart gestiegen ist, daß er diese Ausgaben erfordert. Über die Generalfinanzkontrolle herrschen verschiedene Meinungen und meine Meinung ist die, daß das Instrument sehr schlecht funktioniert,weil die Leitung, die die Arbeiten zu überwachen hat, ihrer Aufgabe nicht gewachsen ist.

Es wird einem ja Material in Hülle und Fülle angeboten, gerade in letzter Zeit. Man weiß auch, auf was das zurückzuführen ist. Es besteht die Wahrscheinlichkeit,daß der Anschluß an Deutschland früher erfolgt und aus dieser Ein stellung heraus bekommt man Material, das verwandt werden soll. Vielleicht unterhalten wir uns bei anderer Gelegenheit über die Generalfinanzkontrolle.

Beim Etat Wohnungsbauverband möchte ich auf das Wohnungsgesetz hinweisen. Es wurde heute schon erwähnt und ausgeführt, daß eine gewisse Zeit ein gesetzloser Zustand bestanden hat und wahrscheinlich können wir den Zustand wieder bekommen. Die Zwischenverordnung läuft am 31.12.25 ab und die neue Vorlage ist uns noch nicht zugegangen. Wenn man die Weihnachtsfeiertage abzieht an dieser Frist, gestalten sich die Dinge so, daß wir die Sache nach dem Willen der Regierung durchpeitschen sollen. Sie wissen,welche Streitigkeiten zwischen Mietern und Vermietern bestehen, weshalb jede Partei eine gewisse Zeit braucht, die Vorlage zu studieren. Es wird höchste Zeit, daß die Vorlage kommt, wenn sie vor dem 31.Dezember verabschiedet werden soll.

Ein erfreulicher Punkt war für mich die Fürsorge für die Kriegergräber, bei deren Position man die Summe von 9000.- auf 40.000.-Franken erhöht hat.

Beim Etat der Polizei fällt uns wieder ein,was hier alles geschehen ist, in den Angelegenheiten Rollin,Adler, Backes und Baltes. Es fällt uns ein. daß man diesen Leuten, trotzdem sie des Amtsverbrechens (zum Teil) angeklagt waren, Pécules ausgezahlt hat und bei einem, -Backes oder Baltes ich weiß nicht welcher von beiden- hat man es so gemacht,trotzdem ihm Amtsverfehlungen nachgewiesen wurden,hat man ihn einige Monate beurlaubt, um die fünf Jahre voll zu machen, um ihm die Abfindung zu geben. Das ist der reine Hohn. Wir müssen verlangen, daß derartige Dinge unterbleiben. Ferner fällt mir bei diesem Etat ein, welche Schwierigkeiten die Polizeiverwaltung den zahlreich einlaufenden Naturalisationsgesuchen macht. Im Saarstatut macht man dieser Sache keine Schwierigkeiten. Damals, als das Saarstatut aufgesetzt wurde, hat man nicht daran gedacht, daß auch einmal die Zeit kömmen könnte, daß man sich um die deutsche Nationalität bewirbt. Nachdem nun die Dinge umgeschlagen sind, bemüht sich die Oberste Polizeiverwaltung, jedes Gesuch soweit hinauszuziehen, wie irgend möglich. Eine Zeitlang wurde der falsche Bescheid gegeben, daß zu jedem Gesuch vorher

LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 4 A4

vorher 150 GM. eingezahlt werden müßten. Ich bin gespannt, welche Schwierigkeiten sie jetzt erfinden wird, um den Leuten die Naturalisation zu erschweren.

(Zuruf des Herrn Staatskommissar Dr.Heim:" In Baden-Baden ist hierüber eine Vereinbarung getroffen worden!)

Ich hoffe gern, daß die Gesuche in Zukunft schneller als bisher erledigt werden, denn die Leute haben doch zum Teil außerordentlich Mores vor Marokko. Die Fremdenlegion hat Herr Levacher schon erwähnt. Hier liegen wieder einige Fälle vor, daß Leute unter 18 Jahren in die Fremdenlegion verschleppt wurden. Gestern wurde mir ein Fall mitgeteilt, daß ein 17 jähriger verschleppt wurde. Die Saarregierung muß schnellstens dafür sorgen, daß etwas geschieht, daß diese Leute zurückgeführt werden.

(Zuruf des Staatskommissars:Dr.Heim: Eine ganze Reihe Leute sind freigelassen worden durch Vermittlung der Regierung. Mir sind eine Reihe von Fällen persönlich bekannt, in denen Leute freigelassen worden sind.)

Es hat jedenfalls außerordentlicher Mühe unsererseits bedurft. Die Dinge sind ja schon lange bekannt, und der Regierung ist ja bereits nachgewiesen worden, daß hier eine lebhafte Werbetätigkeit stattfindet. Selbst der Staatsanwalt ist schon eingeschritten; den Werbern ist es jedoch gelungen, über die Grenze zu entweichen. Wir haben sogar nachgewiesen, daß Militärpersonen die Werbetätigkeit vornehmen. Während die Regierung sonst außerordentlich rührig ist, war sie hier außerordentlich langsam, auch wenn jetzt einige freigelassen worden sind.

(Zuruf des Abg. Levacher : Der Bescheid,den ich vorgelesen habe, ist vom 2.Dezember 1924, er ist vom Generalsekretär Morice unterzeichnet.)

Bei dem Etat der Polizeiverwaltung wurde heute vormittag schon bemerkt, daß unter den vermischten Ausgaben ein Betrag von 465.000.- Franken in diesem Jahr erscheint. In dem Etat sind alle möglichen Posten aufgeführt, u.a. auch die sogenannten Vigilanzgelder, die als Spitzelgelder zu betrachten sind, außerdem Posten für Straßenbahnbenutzung,Nahrungsmitteluntersuchung usw. Der wichtigste wird nach unserer Auffassung die Bezahlung der Spitzel sein, da der Etat für diesen Titel in diesem Jahre 256.000.-Franken mehr vorsieht,als im vorigen Jahre. Das kommt zum größten Teil daher, weil die Regierungskommission die Spitzeltätigkeit nicht eingeschränkt, sondern vermehrt hat. Sie sollte sich überlegen, ob diese Tätigkeit jemals einen Erfolg gehabt hat und ob sie besonders jetzt, nach den veränderten Zeitumständen einen Erfolg versprechen wird. Die Regierungskommission wird auch dazu kommen müssen, daß sie diese Posten detailliert aufstellt.

Bezüglich der Landjäger wäre zu sagen, daß das Landjägerkorps die Stärke von über 1000 Mann erreicht hat,eine Stärke, die für das Saargebiet mehr als hinreichend ist. Wir sind der Auffassung, daß man mit der Einstellung weiterer Landjäger Schluß machen kann. Der Traum des Herrn Rault,

daß

LTA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 4

A4 I

daß 3 bis 4000 Mann eingestellt werden müssen, wird ja wohl endgültig zerronnen sein. Wir sind der Auffassung, daß man auch die Landjäger ganz gut zu Polizeidiensten verwenden kann. Es wird überall, besonders auf dem Lande darüber geklagt, daß sich die Landjäger zu einer Landplage auswachsen. Wenn Sie zum Polizeidienst verwandt werden, würde der Etat der Gemeinden wesentlich enlastet.

Aus dem Etat sehen wir noch, daß es immer noch eine Oberpreisprüfungskommission gibt. Was die noch zu tun hat, ist mir schleierhaft.

Im Etat wird auch das Statistische Amt aufgeführt. Ich hätte den Wunsch, daß von diesem Amte auch Berichte gemacht werden, die zu verwenden sind. Es liegt wohl daran, daß die Beamten aus Kreisen genommen werden, die sich mit Statistik nicht beschäftigen. Die Stadt Saarbrücken geht neuerdings dazu über, ein eigenes Statistisches Amt zu errichten. Was von dem Statistischen Amt der Regierung ausgeht, ist nicht zu verwerten.

Der Etat für Handel und Gewerbe zeigt ganz außergewöhnlich niedrige Ziffern. Zur Förderung von Handel und Gewerbe hat die Regierungskommission 20.500.- Franken übrig, und es sind Positionen darin enthalten, die lächerlich sind. Zur Förderung der Hausindustrie sind 1500.- eingesetzt. Entweder verspricht man garnichts oder aber man macht ganze Arbeit. Man kann mit 1500.-Franken nichts anfangen. Dann ist eine Position für Versuche mit neuen Unterrichtskursen mit 1000.-Franken angesetzt. Eine wirklich lächerlich niedrige Summe. Sämtliche Zahlen deuten darauf hin, daß man der Abteilung für Handel und Gewerbe nicht besonders viel zutraut. Das ist mir nicht recht erklärlich, oder denkt man etwa, daß man zur Förderung von Handel und Gewerbe nichts aufzuwenden brauche. Es wäre interessant, hierüber etwas Näheres zu hören.

Beim Arbeitsamt hätte ich den Wünsch, daß sich das Arbeitsamt auch andere Aufgaben zum Ziele setzen soll. Es handelt sich nicht nur darum, daß man irgendwelche Paragraphen zu einer Verordnung zusammenstellt, sondern, daß auch für das Wohl der Arbeiterschaft gesorgt wird. Wir wissen, daß ein außerordentlich harter Winter bevorsteht, von welchem besonders die Saisongewerbe betroffen werden. Man sollte erwarten, daß das Arbeitsamt diese Dinge auch sieht. Wir merken nichts davon. Wir müssen die Feststellung machen, daß, wenn aus Privathand nichts mehr zu vergeben ist, auch die Behörden ihre Aufträge nicht vergeben. Liegt die ganze Wirtschaft brach, dann hat die Behörde nichts übrig für diejenigen, die auf der Straße liegen. Es wäre eine dankbare Aufgabe für das Arbeitsamt, den harten Winter für die Arbeiterschaft erträglich zu gestalten.

Beim Etat der Justizverwaltung möchte ich den Wunsch aussprechen, daß man endlich die Amtsrichter einstellen soll. Seit welchem Zeitpunkt hat man keine Richter mehr zur Anstellung gebracht ? Die Rechtsprechung wird ausgeübt von Assessoren- Herr Levacher hat gesagt, sogar Referendaren. von Die

LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 4

A4 I

Die Gründe werden darin liegen, daß sich die Regierungskommission auch auf die Rechtsprechung eine Einwirkungsmöglichkeit vorbehalten will. Wir haben durch die Presse erfahren daß Spitzen der Regierung sich nicht scheuten, in die Rechtsprechung einzugreifen. Vielleicht nimmt der Herr Staatskommissar Gelegenheit, auf diesen Punkt einzugehen.

(Zuruf des Herrn Staatskommissars Dr.Heim: Im letzten Monat sind 3 Richter angestellt worden!)

(Zuruf des Abg. Levacher: Die haben seit 1918 darauf gewartet!)

Vielleicht bessert sich die Regierung auf die Einwände des Herrn Levacher hin.

Die Einrichtung eines Museums erfordert 429.500.- Franken. Hierin ist enthalten, ein einmaliger Zuschuß für den Konservator und die Einrichtung. Nun weiß man nicht, für was dieses Museum eingerichtet wird. Schon länger als 20 Jahre besteht in Saarbrücken ein Museum. Die Stadt hat es von einem Verein übernommen, dem es früher als Eigentum gehörte. Das Museum ist für ein kleines Gebiet recht gut und trotzdem wird ein saarländisches staatliches Museum errichtet. Ich behalte mir vor, auf diese Dinge zu anderer Zeit einzugehen. Für heute kann ich sagen, daß es bekannt ist, daß für die Einrichtung des Saarmuseums ganz andere Beweggründe maßgebend sind, als uns mitgeteilt werden. Ich möchte der Regierung den Rat geben, von diesen Dingen abzulassen. Wenn die Regierung von unserem Gelde übrig hat, soll sie es verwenden zum Ausbau des vorhandenen städtischen Museums.

Bezüglich des Haushalts der Schulverwaltung ist für die Fortbildung der Lehrer (wahrscheinlich für Stipendien) eine Summe von 93.000.--Franken eingesetzt. Nun ist es merkwürdig, daß diese Fortbildungsmöglichkeit hauptsächlich in Frankreich oder in der französischen Schweiz gesucht wird. Wir sind der Meinung, daß es auch in Deutschland Ausbildungsmöglichkeiten gibt. Wir nehmen gern an, daß die Regierung unter den veränderten Zeitumständen einmal etwas ausgeben wird für den Besuch von Anstalten in Deutschland. Für die Förderung des fakultativen französischen Unterrichts für den im vorigen Jahre noch 28.000.- Franken eingesetzt waren, sind in diesem Jahre 110.000.- Franken im Etat eingesetzt. Wir haben schon im vorigen Jahre daraufhingewiesen, daß die Annahme der Regierung, es handele sich hier um eine sehr wertvolle Sache bei der Grenzbevölkerung, nicht richtig ist und daß wir anderer Meinung sind. Die Sprachengrenze zwischen Frankreich und Deutschland verläuft in der Gegend von Metz. Für den Verkehr mit unseren nächsten Nachbarn in Lothringen ist eine größere Förderung des französischen Unterrichts durchaus nicht erforderlich. Die Sprache in Elsaß-Lothringen selbst wird ja unter dem Einfluß der "Pariser Aufklärung" mehr und mehr wieder deutsch.

Die Sonderklassen auf dem Lande, die seinerzeit eingerichtet wurden, um in den Orten, die für den Besuch der höheren Schulen zu weit entfernt liegen, den Eltern die Möglichkeit

L A Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 4
A4 I

Möglichkeit zu geben, die Kinder für die höhere Schulbildung vorzubereiten, haben auch eine Erhöhung erfahren auf 220.000.- Franken anstatt 135.000.-Franken im Vorjahre. Es sind uns Klagen zugegangen aus Lehrerkreisen, daß diese an sich ganz gute Einrichtung sich jetzt in einer unerfreulichen Weise auswächst. Früher wurden diese Sonderklassen nur an Orten, die sehr weit von höheren Schulen entfernt lagen, eingerichtet, jetzt wird das auch getan an solchen, die direkt benachbart liegen, sodaß höhere Lehranstalten, beispielsweise wie Friedrichstal und Sulzbach, dadurch erheblich geschädigt und in ihrem Bestand sogar gefährdet werden.

Für die Förderung des Turnens hat bezeichnender Weise die Regierungskommission in diesem Jahre garnichts übrig, nachdem sie im vorigen Jahre wenigstens noch das Feigenblatt von 3.000.- Franken sich vorgebunden hatte. Es ist schon besser, sie gibt garnichts. Man kann dann wenigstens hier darauf schließen, mit welcher Feindseligkeit die Regierungskommission der deutschen Turnerschaft gegenübersteht. Das ist die Quittung für die Jahrtausendfeier. Die deutsche Turnerschaft wird trotzdem gedeihen, auch ohne die Hilfe der Regierungskommission. Die deutsche Turnerschaft wird hier im Saargebiet noch bestehen, wenn die gesamte Regierungskommission das Land längst verlassen hat.

(Beifall !)

Zu dem Etat der Schulabteilung noch ein kurzes Wort. Ich möchte da eine Unterredung erwähnen, die eine Kommission von Mitgliedern des Zentrums und der Deutsch-Saarländischen Volkspartei mit dem Herrn Veszenski hatte. Wir hatten irgend eine Schulangelegenheit zu besprechen. Im Laufe dieser Besprechung wurde auch von einem Mitgliede dieser kleinen Kommission darauf hingewiesen, daß es sehr unerfreulich sei, daß sich die Tätigkeit der Schulabteilung erschöpfe in der Verfolgung von Anzeigen und anderen Kleinigkeiten, in Reibereien usw. Herr Veszenski hat damals zugegeben, daß das unerfreulich sei und er sagte wörtlich : "Es will mir fast auch so scheinen, als ob meine ganze Schulabteilung eigentlich nur Personalpolitik treibt !" Wir hatten gehofft, daß aus dieser Erkenntnis des Herrn Veszenski irgend etwas veranlaßt werden würde. Weil auch nicht irgend etwas geschehen ist, sind wir der Meinung, daß wir öffentlich den Herrn Minister an dieses sein Wort erinnern müssen. Es ist nicht angängig, daß man ein so kostspieliges Verwaltungsinstrument unterhält, damit dort persönliche Geschichten ausgetragen werden. Wir sind der Meinung, daß die Schulabteilung wichtigere Aufgaben zu erfüllen hat. Und wenn Herr Veszenski nicht dafür sorgt, daß eine Änderung eintritt, dann steht er nicht zu seinem Wort, das unter Zeugen gefallen ist.

Bei dem Etat der Hochbauverwaltung finden wir die Summe von 665,000.- Franken für Unterhaltung militärischer Gebäude. Wir sind der Auffassung, daß das Militär hier nichts zu suchen hat. Wenn es die Regierung hierhält wegen der Sicherheit der Gruben, dann müssen auch die Gruben die Kosten dafür aufbringen. Die Truppen im Saargebiet kosten eine ganz erkleckliche Summe in mancherlei Gestalt. Die Gebäude werden weggenommen usw. Es ist ein kostspieliges Instrument.

Beim Etat der Wasserbauverwaltung möchte ich sagen, wie wenig sich die Regierungskommission um die Wohlfahrt der Bevölkerung kümmert. Es ist hier in Saarbrücken oder in Luisenthal

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 4
A4 1

Luisenthal ein Unternehmer, der einen kleinen Dampfer als Schleppschiff und als Passagierschiff unterhält. Diesem Mann ist untersagt worden, die Saar von Güdingen bis Saargemünd zu befahren und zwar von der französischen Regierung. Das ist ungesetzlich, denn die Saar ist durch einen Vertrag von 1829, der später erneuert wurde, neutral . Die Saar gehört auf der Grenze seit 1829 nicht Frankreich, sondern Deutschland und Frankreich gemeinschaftlich. Die französische Regierung hat kein Recht, den Verkehr auf der Saar zu verbieten. Nun frägt es sich, warum ist es diesem Manne verboten worden? Das ist recht bezeichnend für französische Kleinlichkeit. Der Mann fährt außer Frachtgütern auch Personen. Nun hat er einmal eine Schulklasse nach der Simbach-Mühle gefahren und die Kinder haben das Deutschlandlied gesungen. Das war die Veranlassung, dem Manne den Verkehr auf der Saar zu verbieten. Der Mann hat Eingabe auf Eingabe gemacht, findet aber bei der Regierung kein Gehör. Er geht kaputt, muß Leute entlassen, obwohl das Recht auf seiner Seite steht. Die Saar ist zu gleichen Teilen deutsch und französisch, und keine Behörde hat das Recht, den Verkehr zu verbieten.

Beim Haushalt der Kulturbauverwaltung möchte ich auf dieVerunreinigung der Blies durch das Neunkirchener Eisenwerk und die Bergwerke hinweisen. Bei Limbach und Altstadt überzieht der Schlamm die Ufer und die Luft verpestet entsetzlicher Gestank. Die Sachverständigen der Regierung sagten, das spiele keine Rolle, weil es nicht gesundheitsschädlich sei. Geschehen ist nichts. Man verschanzt sich dahinter, daß, wenn die Verunreinigung vom Neunkirchener Eisenwerk oder von den Gruben verursacht würde, diese für die Folgen aufzukommen hätten. Ich glaube, daß es so bleiben wird bis 1935 bis zur Wiederangliederung an Deutschland. Ich mache den Herrn Regierungsvertreter darauf aufmerksam, daß die Sache untersucht werden muß.

(Zuruf des Herrn Staatskommissar Dr.Heim: Der Zustand war schon vor dem Kriege so!)

Die lange Dauer ist ein Grund mehr, daß man ihn beseitigt! Die Regierung kann sich nicht dahinter verschanzen, daß es schon 1914 so war. Dazwischen liegen die Kriegsjahre; außerdem will ja die Regierungskommission viel besser verwalten als die deutsche Regierung es getan hat.

(Zuruf des Herrn Staatskommissar Dr.Heim: "Die Regierungskommission hat 30.000.-Franken ausgeworfen und die Gutachten sind noch nicht fertig!)

Es hängt an der Einstellung der Regierungskommission zu denen, die die Verunreinigung verursachten!

Bei dem Etat der Straßenbauverwaltung möchte ich der Regierung den Wunsch unterbreiten, daß sie das Kraftfahrwesen nicht durch Erhebung einer fortwährend steigenden Straßenabnutzungsgebühr schädigt. Es wäre zweckmäßig, daß sie die Besteuerung auf eine andere Grundlage stellt. Die richtige Besteuerung wäre die Besteuerung auf den Brennstoff.

(Zuruf Hoffmann: " Umlegen !")

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 4

A4

Wir werden uns bei anderer Gelegenheit darüber unterhalten. Es wird anderwärts auch so gemacht. Bei diesem Haushalt finde ich auch wieder die schöne Bezeichnung der Kaserne "Petain" und zwar diesmal in Klammern, ein gewisser Fortschritt. Vielleicht verzichtet man auf die Bezeichnung vollständig. Im Volke selbst hat sie gar keinen Anklang; man weiß nicht, was das für eine Kaserne ist. Die Bezeichnungen Artilleriekaserne, Ulanenkaserne und Dragonerkaserne, die sind ja doch bei der Bevölkerung gang und gäbe.

Bezüglich der Kriegsbeschädigten hat Herr Levacher sich bereits heute vormittag geäussert. Auch in Bezug auf die Umwechslung der Markbeträge in Franken. Es ist mir erstaunlich, wie die Regierung zu dem Resultat kommt, daß sie 3 Millionen Franken Defizit gehabt hat. Es wird ja nicht so sein, daß gewisse Stellen von der Umwechslung Provision beziehen. (Zum Regierungstisch gewandt) Vielleicht erklären Sie es uns einmal gelegentlich. Das Deutsche Reich zahlt nach dem Haushaltsplan für die Kriegsbeschädigtenfürsorge 27 Millionen. Es ist interessant, wenn man dem gegenüberstellt, daß die Bergwerksdirektion nur 16,8 Millionen Franken an Steuern überhaupt bezahlt.

In Bezug auf die Landwirtschaft fordern wir von der Regierung, daß sie endlich für eine würdige Vertretung der Landwirtschaft sorgt, daß sie der Landwirtschaft eine Vertretung gibt, wie der Handel und das Handwerk sie haben.

Über die Umsatzsteuer wurde auch schon gesprochen. Herr Levacher hat, und dafür danke ich ihm, ganz besonders hingewiesen auf den Steuerdruck, der auf dem Handwerk und auf dem Kleingewerbe ruht. Und wenn Sie sich einmal ansehen würden, wie willkürlich gegenüber diesen Bevölkerungskreisen vorgegangen wird, dann würden Sie mir zustimmen, wenn ich sage, es wird allenthalben darauf gesehen, daß man die belastet, die stille halten; es sind alles Leute, die sich nicht wehren können. Ich mache den Herrn Staatskommissar noch einmal auf den ungeheueren Steuerdruck, der auf diesen Bevölkerungskreisen lastet, aufmerksam. Die Leute werden auf eine Weise belastet, die teilweise zum Ruin führt. Bei den indirekten Steuern möchte ich mir die Forderung zu eigen machen, daß das Existenzminimum erhöht wird. Wir hatten früher ein Existenzminimum von 90.-M pro Monat, und wir haben jetzt ein Existenzminimum von 3600.-Franken pro Jahr. Wir verlangen, daß das Existenzminimum wesentlich erhöht wird. Die Kohlensteuer ist ja nun weggefallen und ich möchte bei dieser Gelegenheit nochmals darauf aufmerksam machen, daß es durchaus kein Ausgleich ist, wenn die Gruben jetzt diese 16,8 Millionen plus 11 Millionen an die Gemeinden bezahlen. Früher hat die Kohlensteuer allein 49 Millionen eingebracht. Auch wir sind der Auffassung, daß die französische Bergverwaltung höher besteuert werden soll. Die ganze Misere hier ist darauf zurückzuführen, daß die französische Bergverwaltung ihrer Steuerpflicht nicht nachkommt und zwar nur deshalb, weil die Regierungskommission ihr das ermöglicht hat. Die Forderungen der Löhne und Gehälter der Staatsbediensteten usw. könnten alle erfüllt werden, wenn man sich entschließen würde, die französische Bergverwaltung gerecht zu besteuern. Die Saarbevölkerung ist belastet bis an den Hals. Der Steuerdruck ist im Saargebiet noch schlimmer wie drüben im Reich.

Bei

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 4
A4

Bei dem Etat der Zölle ist es mir aufgefallen, daß dieser nur einige wenige Zahlen enthält, aus denen nichts zu entnehmen ist. Es sind 3 oder 4 Zahlen, mit denen man aber nichts anfangen kann. Nach dem Vertrage von Versailles sind alle Erträgnisse der Zölle abzüglich der Unkosten Einnahmen des Saargebietes, soweit die Einfuhr den örtlichen Bedarf des Saargebietes deckt. Wie wird aber der Ertrag festgestellt, nachdem die Zollgrenze nach Frankreich hin gefallen ist. Es ist nicht festzustellen, ob die Waren dem Bedarf des Saargebietes dienen oder dieselben weitergebracht werden. Man kann der Meinung sein, daß bei der Einstellung der Regierungskommission Frankreich gut behandelt wird und das Saargebiet zu kurz kommt. Ich bitte, wenn möglich, um Aufklärung in einer späteren Sitzung. Betr. der Zollbauten möchte ich fragen, ob die Gerüchte wahr sind, die behaupten, daß man das Bauprogramm garnicht vollständig ausgeführt hat, weil man eingesehen hat, daß diese Bauten nicht erforderlich sind und daß man sich mit dem Gedanken trägt, gewisse Zollbauten zu verpachten, die trotzdem noch unverwertbar sind.

(Zuruf: Ist schon geschehen in Limbach und Bierbach!)

Wenn dies der Fall ist, wäre es eine Affenschande. Die Unfähigkeit würde himmelschreiend sein, daß man nicht gewußt hat, was man braucht. Wie will das die Regierungskommission vor dem Völkerbundsrat vertreten und ihre angeblich gute Verwaltung weiter empfehlen. Es ist nicht nur so, daß sich die Überflüssigkeit der Bauten herausgestellt hat, weshalb man sie auch mit Verlusten verpachtet hat, sondern auch die ganze Einrichtung des Zollabschlusses ist überaus verlustreich gestaltet worden. Der ganze Haushalt der Zollverwaltung ist undurchsichtig, sodaß man nichts daraus entnehmen kann. Ich möchte noch fragen: Wie erfolgt die Abrechnung über die Zolleinnahmen ? Die Wünsche, die wir sonst noch an die Zollverwaltung haben, können wir nur über die Saarregierung anbringen: daß die Amtssprache deutsch sein soll, daß die Durchsuchung der Reisenden nach Geld in milderer Form geschieht. Wenn man in Paris der Meinung ist, daß man durch solche Kleinlichkeiten den Franken hebt, so ist man auf dem Holzweg. Der Franken geht seinen Weg, den er gehen muß. Vielleicht gibt auch die Regierungskommission der Zollverwaltung an, daß das Verfahren des Sachverständigenausschusses unzweckmäßig ist. Es dauert manches Mal ein halbes Jahr bis die Sachverständigen in Paris festgestellt haben, wie es mit einer Sache aussieht. Während dieser Zeit bleibt die Ware hier auf dem Bahnhof liegen, mitunter wird der Wert der ganzen Ware aufgezehrt und die Ware verdirbt noch obendrein. Ich möchte noch erwähnen, daß eine zu hohe Kaution verlangt wird. Man soll auch weniger darauf sehen, in kleinlicher Weise an den "Boches" die Wut zu kühlen. Es ist vorgekommen, daß 10 Waggon mit Seifenpulver- nach französischer Vorschrift muß ein Zehntel der Ware untersucht werden- vollständig ausgeladen wurden, um festzustellen, daß diese Wagen nichts anderes enthielten. Die Schikanen sind maßlos. Ich könnte hunderte von Fälle aufzählen. Die Regierungskommission sollte von den französischen Herrschaften verlangen, daß Besserung eintritt. Die Einrichtung von Freilagern ist in Aussicht gestellt, vielleicht hat man aber auch eingesehen, daß sie in kurzer Zeit überflüssig werden.

Die

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 4
A4 I

Die Wünsche bezüglich der Eisenbahnhat Herr Levacher vorgebracht. Wir schließen uns seinen Wünschen an, daß ein Eisenbahnbeirat eingerichtet wird. Es ist mir von Arbeitervertretern berichtet worden, daß die Behandlung der Arbeiter in der Eisenbahnwerkstätte Burbach eine schlechte sei. Von den höchsten Spitzen der Direktion kann kein Druck auf die direkt Zuständigen ausgeübt werden, weil sie nicht die Machtbefugnisse haben, die sie früher hatten.

Ich hätte sonst noch allerhand Wünsche bezüglich der Eisenbahn, ich will darauf verzichten, sie vorzubringen. Ich habe aus dem Etat feststellen können, daß die Eisenbahn ihr Defizit anscheinend zu vermindern gedenkt. Im vorigen Jahre waren es 16 Millionen Franken, in diesem Jahre ist eine Summe von 14 Millionen eingesetzt. Ich bin skeptisch geworden. Ich habe mir zusammengerechnet, was Eisenbahn- und Post an Fehlbeträgen ergeben sollen. Es ist immer die gleiche Endsumme. Nur gibt man einmal der Post das größere Defizit, das andere Mal der Eisenbahn. Es ist klar, daß die Fehlbeträge viel viel größer sind; die Fehlbeträge der Post sind wahrscheinlich viel höher als 3 1/2 Millionen.

In Pressenotizen war auch die Rede davon, daß die französischen Sodaten hier außerordentlich billig fahren würden. Ich habe mich darüber informiert. Es ist mir von Seiten der Eisenbahnverwaltung gesagt worden, daß die französischen Soldaten Militärfahrscheine erhielten nach Art der früheren deutschen Militärfahrkarten, und zwar zu einem Viertel des normalen Fahrpreises. Nun wurde weiter gesagt, es läge im Interesse der Eisenbahn des Saargebietes, wenn man die französischen Soldaten nicht von der Benutzung der Saarländischen Eisenbahn abschrecken würde. Wenn man den Fahrpreis erhöhte, würden sie wahrscheinlich einen anderen Weg nehmen und das Saargebiet hätte einen ziemlich großen Ausfall. Ich habe mir die Zahlen angesehen. Die ganzen Militärfahrscheine sollen in diesem Jahre 200.000.- Franken bringen. Ich bin der Meinung, daß man den Fahrpreis ruhig erhöhen kann. Wenn die Zahl der Benutzer kleiner wird, dann tauschen wir dafür die Annehmlichkeiten, daß wir diese mitunter lästigen Mitfahrer in der Eisenbahn künftig vermissen können. Es ist nicht immer angenehm mit französischen Soldaten zusammen die Eisenbahn zu benutzen. Die 200.000.- Franken können wir entbehren. Wenn sie nur als Füllmaterial angesehen werden, mögen sie ihren Weg ruhig wo anders nehmen, aber nicht bei uns.

Bei einer anderen Position handelt es sich um Ausgaben für die Dienstbekleidung der Post- und Eisenbahnbeamten. Nach unserer Auffassung war die Änderung der Uniform für Post-und Eisenbahnbeamte vollständig überflüssig. Die jetzigen Uniformen sind derart, daß sich die Beamten und Angestellten schämen, damit herumzulaufen.

(Zuruf des Abg. Levacher: Das hat einen anderen Grund, es ist das Bestreben zu zeigen, daß das Saargebiet seine eigene Post und Eisenbahn hat.)

Erfreulich ist, daß man sich bei der Eisenbahn entschließt, endlich den Bahnhof Saarbrücken umzubauen. Ich hoffe, daß man

<u>das</u>

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 4
A4 I

das nicht tut, wie bei der Erweiterung des Ausganges aus dem Ortsportal. Da hat man den Bürgersteig erweitert, anstatt daß man die Fahrbahn erweitert hätte, was natürlich ganz sinnlos war.

Beim Verkehrswesen möchte ich wünschen, daß die Regierungskommission dem Flugwesen eine tatkräftige Unterstützung zuteil werden läßt und die Linien nicht nur nach Paris, sondern auch nach Frankfurt und Berlin ausdehnt.

(Zuruf des Abg. Levacher: "Die sollen nicht fliegen!)"

Den Zuschuß, den die Post erfordert, habe ich erwähnt. Auch die höchsten Beamten der Postverwaltung können nicht weiter verfügen als über den Betrag von 500.-Franken. Es wird viel geklagt über die Telefonapparate, die miserabel sind. Alle diese Dinge werden beschafft vom Materialbeschaffungsamt. Dieses liegt in der Hand eines Mannes, der eine Befähigung nicht nachgewiesen hat. Er ist von Beruf Schlosser, dann war er Bahnhofsvorsteher im Elsaß und hier ist er Oberregierungsbaurat. Wenn etwas angefordert wird, dann bestimmt es dieser Mann, der vielleicht aus seiner Schlosserzeit etwas versteht, aber nicht befähigt ist, alle diese Anschaffungen zu machen. Mir scheint, daß seine elsässische Herkunft und vielleicht sonstige Eigenschaften ihn dazu befähigen. Das schlechte Fuktionieren der Bauarbeiten zeugt nicht davon, daß er die Dinge sachkundig leitet. Es wird mir versichert, daß bei Einholung von Angeboten gewartet wird, bis die französischen Angebote eingehen und wenn sie nicht eingehen, dann wird zu den rettenden deutschen Apparaten gegriffen. Über den Telefonbetrieb wird bei der gesamten Geschäftswelt des Saargebietes geklagt. Es sind mir verschiedene Fälle bekannt geworden; so z.B. soll man auf eine Verbindung von Gersweiler nach Völklingen einen halben bis ganzen Tag warten müssen. Es ist scherzhaft, daß die Verwaltung auch Telefonhilfsstellen unterhält und diese mit Privatpersonen betraut, welche die fürstliche Entschädigung von 30.-Franken jährlich bekommen. Es wird berichtet, daß der Austrägerbetrieb eigenartig ist. Das Defizit ist groß und deshalb soll gespart werden. Es soll gespart werden, indem man die Beamten abbaut und an deren Stellen sogenannte Postaushelfer setzt. Es wird berichtet, daß in einem Ort eine alte Frau den Austragdienst besorgt. Wie sich hier der Postbetrieb entwickelt, können Sie sich vorstellen. Das ist durchaus kein Einzelfall, sondern die Fälle der schlechten Aushilfsbestellung sind sehr zahlreich. Der Postbetrieb ist minderwertig besonders im Telefonwesen, weil dieser Verkehr von einer Zentralstelle verwaltet wird in der man Leute beschäftigt, die von Tuten und Blasen keine Ahnung haben. Die automatische Anlage will man jetzt einführen und in Neunkirchen damit beginnen. In Saarbrücken beginnt man mit einer Erweiterung der jetzigen Telefonanlage. Es wäre zweckmäßig, daß man statt der Erweiterung die automatische Einrichtung wie in anderen Städten trifft.

Zum Schlusse komme ich zu dem Haushaltplan des Oberbergamtes. Der Etat des Oberbergamtes ist der einzige Etat, der mit einem Überschuß abschließt. Er bringt keinen Fehlbetrag. Er hat im vorigen Jahre einen Überschuß gehabt

von

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 4
A4

von 681.-Franken und in diesem Jahre einen solchen von 84 Franken. Es ist erfreulich,daß das Oberbergamt mit einem Überschuß abschließt. Es werden Wünsche geltend gemacht,die darauf hinzielen, daß das Oberbergamt bei dem Knappschaftswesen sich die Regelung des deutschen Knappschaftswesens ansieht, daß insbesondere die Pensionierung der Leute, die im Bergbau über Tage beschäftigt sind, schon mit 15 Jahren eintreten kann.

Meine Herren! Es sind kleine Dinge, mit denen wir uns beschäftigt haben. Vielleicht erscheint es manchem unfruchtbar, daß man diese Dinge immer wieder erwähnt. Aber bis die Dinge grundlegend geändert werden, bleibt uns nichts anderes übrig, daß wir der Öffentlichkeit und dem Völkerbund die Mängel aufzeigen, um die Illusion zu zerstören, als ob die Verwaltung im Saargebiet ohne Mängel wäre. Die Verwaltung ist nur noch insoweit erträglich, als sie von den alten deutschen Beamten ausgeübt wird. Ich möchte der Hoffnung Ausdruck geben,daß, wenn der Geist von Locarno, der schon so oft im Laufe der Sitzung zitiert worden ist, seinen Einzug auch im Saargebiet hält, diese Dinge besser werden und ein Etat wie der von 1925 der letzte gewesen ist, daß die künftigen Haushaltpläne des Saargebietes überhaupt sachlicher gehalten sind, daß wir mitzusprechen haben, und daß er sich dann ganz bestimmt zum Wohle der Bevölkerung des Saargebietes auswirken wird.

rsitzender Scheuer: Der Herr Abgeordnete Schmelzer hat nach der Wohnungsverordnung gefragt. Ich darf mitteilen, daß bei den Mitgliedern des Hauses wenig Neigung besteht,über den 15.Dezember hinaus zu tagen und gewünscht wird, daß sich die Regierung beeilen möge, die Vorlage so rasch als möglich vorzulegen. Auf Erkundigung ist mir mitgeteilt worden, daß die Vorlage wahrscheinlich diese Woche noch dem Hause zugehen wird. Die Überweisung in die Kommission ist bereits erfolgt,sodaß direkt nach Erscheinen der Vorlage in die Kommissionsberatung eingetreten werden kann.

Dann haben die Herren Abgeordneten Levacher und Schmelzer von blöder Autokratie und unsittlichen Taten der Regierungskommission gesprochen. Ich nehme an, daß hiermit keine persönlichen Beleidigungen beabsichtigt waren,sonst müßte ich diese zurückweisen.

Es liegen noch die Anträge der Kommunistischen Partei vor über

a) Maßregelung von Vertretern in Gemeindevertretungen

und b) betr. kommunalpolitische Entrechtung des Stadtteils Saarlouis II.

Die Anträge haben Sie in der vorletzten Sitzung bereits gehört.

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Reinhard !

Abg. Reinhard

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 4
A4

Abg. Reinhard (K.P.): Meine Herren! Wir erachten es für notwendig, auf diese Dinge zurückzukommen und zwar besonders wegen dem schönen Geist von Locarno, den die Herren den ganzen Tag predigen. Es ist bezeichnend, daß gerade die Partei, die den Geist von Locarno so sehr predigt, die gewählten Vertreter der Arbeiterschaft ihres Mandates beraubt, wie dies geschehen ist in Dudweiler. Man beruft sich bei diesen Maßnahmen auf die Rheinische Landgemeindeordnung, die allerdings schon ein Jahrhundert alt ist. Auf Grund dieser Ordnung beraubt man die Vertreter der Arbeiterschaft ihres Mandates.

Der Antrag unserer Partei geht davon aus, daß die Parteien ja oder nein zu diesen Dingen sagen. Ich bitte, daß über unsere Anträge abgestimmt wird. Nicht, daß man es macht wie bisher, daß man sich um eine Stellungnahme herumdrückt.

Ich habe festgestellt, daß im Saargebiet noch Mandate verteilt werden aufgrund des alten Preußischen Dreiklassenwahlrechts. In den Schreiben der Regierungskommission wird zum Ausdruck gebracht, daß der politische Wille der Mehrheit entscheidend ist. Auch hier wollen wir eine Entscheidung herbeigeführt haben. Wir können nicht von der Partei der Mitte verstehen, die immer wieder die Schilder von Freiheit und Recht heraushängt, daß sie es nicht fertiggebracht hat, daß in der Angelegenheit Saarlouis-Roden der Volkswille und der Wille der Arbeiterschaft respektiert wird.

Wir bitten abzustimmen, ob ja oder nein. Wenn hier erklärt wird, daß eine Einheitsfront bestände, so ist die Sache um so typischer, daß man die Vertreter der Arbeiter mit Füßen tritt, und ich glaube, wenn Sie Ihr eigenes Wort nicht Lügen strafen wollen, daß Sie gezwungen sind, zu unseren Anträgen ja zu sagen.

orsitzender Scheuer: Ich darf Ihnen erwidern, daß wir es bei allen diesen Punkten, die nicht Gegenstand der Tagesordnung sind, bei dem bisherigen Modus belassen. Wir geben diese Anträge an die Regierung weiter. Ich stelle die Frage, ob zu diesen Anträgen das Wort gewünscht wird.
Das Wort hat der Herr Abgeordnete Brettar!

bg. Brettar (S.P.): Meine Herren! Die Sozialdemokratische Fraktion hat mit Bezug auf die beiden Anträge folgendes zu erklären:

Zu Punkt 1 (Gewaltmaßnahmen gegen Gemeinderatsmitglieder, Stadtverordnete oder Abgeordnete) haben wir folgenden Standpunkt eingenommen:

Es ist unzulässig, daß sich ein Bürgermeister soweit vergeht, daß er die Polizeigewalt in Anspruch nimmt, um gegen Gemeinderatsmitglieder vorzugehen. Es geht nicht an, daß gewählte Vertreter des Volkes so behandelt werden. Es wird Aufgabe der Partei sein, auf Abstellung dieser Zustände hinzuwirken. Auf keinen Fall werden wir noch einmal dulden, daß ein Bürgermeister sich das Recht herausnimmt, gewählten Vertretern das Wort abzuschneiden und sie an der Fortsetzung der Sitzung zu verhindern. Wir erklären uns in diesem Punkte mit den Kommunisten einig und verlangen Abänderung der evtl. bestehenden Verordnungen, daß sich derartige Sachen nicht immer wiederholen.

Zu

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 4
A4

Zu Punkt 2 betr. Angelegenheiten in Saarlouis II verlangen wir von der Regierung, daß sie recht bald einen Gesetzentwurf einbringt, und daß sie hierbei ihrer Befugnis dahin Geltung verschafft, daß in Roden eine Änderung eintritt, damit die Bevölkerung gleichberechtigt vertreten wird.

Vorsitzender Scheuer: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Levacher !

Abg. Levacher (Z.): Zum ersten Fall können wir keine Stellung nehmen, da uns der Vorgang gänzlich unbekannt ist. Ihre Ausführungen, (zu Herrn Reinhard gewandt) sind nicht für uns die Grundlage, auf die wir eine Entscheidung aufbauen können. Grundsätzlich muß die Geschäftsordnung vorschreiben, was im einzelnen Fall zu geschehen hat. Ich verweise Sie auf den deutschen Reichstag, der auch Maßregelungen kennt, ebenso das preußische Abgeordnetenhaus.

(Zuruf des Abg. Reinhard: Nur Kommunisten!)

Da liegt der Hase im Pfeffer. Es muß in jedem Hause eine Ordnung sein, um die Verhandlungen sachlich zu Ende zu führen. Ob in dem vorgebrachten Falle der Bürgermeister im Recht ist oder nicht, das wissen wir auch nicht. Jedenfalls muß die Geschäftsordnung soweit gehen wie im Reichstag und im Abgeordnetenhaus.

Bei der Rodener Geschichte spielt ein starkes Parteiinteresse mit.

(Zuruf des Abg. Reinhard: Bei der Zentrumspartei!)

Nicht so hitzig, Herr Reinhard, ich werde es Ihnen schon sagen. Die Zahl der Kommunisten war im Schwinden und nun möchte man gegenüber der Zentrumspartei an Boden gewinnen. Ich möchte die Regierung bitten zu entscheiden, ob der Eingemeindevertrag zu Recht besteht. Dann möchte ich die Kommunisten darauf aufmerksam machen, daß in Neunkirchen auch nach Ortsteilen gewählt wird. Ich habe noch nicht gehört, daß sich die Kommunistische Partei darüber entrüstet hätte.

Vorsitzender Scheuer: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Reinhard !

Abg. Reinhard (K.P.): Meine Herren! Ich stelle fest, die Zentrumsfraktion nimmt durch ihren Sprecher die berühmte zweideutige Haltung ein. Sie erklärt: Wir waren nicht in der Lage, die Verhältnisse in Dudweiler zu prüfen. Meine Herren, hier handelt es sich nicht darum, daß man einfach Polizeimaßnahmen getroffen hat, sondern es handelt sich um die unerhörte Tatsache, daß das Gemeindeparlament ein Gemeinderatsmitglied ausgeschlossen hat, daß das Gemeinderatsmitglied Donate nicht mehr dem Gemeinderat angehört, also darum, daß der Gemeinderat dazu übergeht, gewählte Vertreter ihres Mandates zu berauben. Meine Herren, wir haben schon vor Wochen unseren Antrag eingebracht. Sie haben erklärt, Sie würden in der Zwischenzeit Gelegenheit nehmen, die Dinge zu prüfen. Heute erklären Sie, Sie hätten nicht die Gelegenheit gehabt, die Sachlage zu prüfen. Die Redefreiheit der Abgeordneten durch die Polizei zu unterbinden, das zeugt deutlich von dem Geist von Locarno,

LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 4 A4

den Sie heute gefeiert haben. Was die Frage von Roden anbelangt, meine Herren, Sie werfen uns vor, die Kommunistische Partei würde dort ihre Parteisuppe kochen, wenn von unserer Seite ein Antrag im Interesse der werktätigen Bevölkerung eingebracht wird. Die Frage steht so, daß die Regierung sagt, die Mehrheit der Parteien muß entscheiden. Sie erklären hier, die Regierungskommission muß entscheiden. Die Tatsache ist aber so, daß die gesamten Fraktionen von Saarlouis 1 der Zentrumsfraktion angehört und daß die Fraktion nicht dulden wollte, daß den Bürgern von Roden die gleichen Rechte gebührten, wie den Krämerseelen in Saarlouis 1. Sie wollen ein Saarparlament haben; ich bedauere Sie wirklich, daß Sie noch nicht mit diesen kleinen Fragen fertig werden können. Es gibt nichts anderes, als daß man entweder dafür oder dagegen stimmt. Wir hätten gewünscht, daß Sie eine klare Stellung in dieser Frage eingenommen hätten.

Vorsitzender Scheuer: Das Wort hat der Herr Abg. Eifler !

Abg. Eifler (K.P.): Ich muß zur Geschäftsordnung feststellen, daß das, was Herr Levacher betr. dem Wahlmodus von Neunkirchen gesagt hat, nichts mit der Abstimmung über unsere Anträge zu tun hat.

Vorsitzender Scheuer: Herr Reinhard, die von Ihrer Partei eingebrachten Anträge sind bekannt gemacht worden. Die Sozialdemokratische Fraktion hat eine Erklärung abgegeben, die Zentrumspartei ebenfalls. Die Deutsch-Saarländische Volkspartei und die Partei für Haus-und Grundbesitz verzichten darauf einzugehen. Damit ist die Angelegenheit erledigt.
Das Wort hat der Herr Abgeordnete Kiefer !

Abg. Kiefer (Z.):

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 4
A4

Abg. Kiefer (Z.): Meine Herren! Wir gehen etwas anders vor als die Kommunisten. Wir geben unseren Antrag ab und sagen, das ist unsere Meinung und verlangen nicht von den anderen Parteien etwas zuzustimmen, was sie nicht billigen können. Wenn die Zustände im Saargebiet zur Geltung kämen, wie sie in Rußland bestehen, so würde man nicht nur durch Polizei herausgetrieben, sondern niedergeknüppelt werden.

(Zuruf des Abg. Reinhard: Die Möglichkeit ist dort nicht gegeben, das Volk zu beschwindeln, wie Ihr das tut.)

(Glocke des Vorsitzenden)

orsitzender: Herr Reinhard, ich rufe Sie zur Ordnung.

bg. Kiefer (Z.) fortfahrend: Ich habe namens meiner Fraktion folgende Anträge einzubringen:

A N T R A G

der Zentrumsfraktion des Landesrates betr.

Wiedereinführung der Markwährung im Saargebiet.

" Die Regierungskommission wird aufgefordert, den früheren Rechtszustand in der Währungsfrage wieder herzustellen, d.h. die Markwährung wieder einzuführen. "

Begründung:

Im Gegensatz zu den Bestimmungen des Versailler Vertrages und entgegen der einmütigen Stellungnahme des Landesrates hat die Regierungskommission mit Wirkung vom 1. Juni 1923 die französische Währung als alleiniges gesetzliches Zahlungsmittel im Saargebiet eingeführt. Es bedarf heute keiner besonderen Darlegung mehr, daß die damals von der Regierungskommission für ihre Maßnahmen gegebene Begründung, die auf die Stabilität des Franken fußte, sich als vollkommen haltlos erwiesen hat.

Antrag

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 4
A4

A N T R A G
==========

der Zentrumsfraktion des Landesrates betr.

F r e m d e n l e g i o n.

" Die Regierungskommission wird aufgefordert, sofort bei der französischen Regierung alle Schritte zu tun, damit die in der französischen Armee als Fremdenlegionäre zurückgehaltenen Saar-Einwohner entlassen werden."

Begründung :

Durch das Saar-Statut ist jeglicher Militärdienst für den Saarländer verboten. Die französische Regierung ist daher nicht berechtigt, Saarländer in ihr Heer einzustellen. Noch weniger trifft dies zu auf Minderjährige, die nach den deutschen für den Saarländer geltenden Gesetzen einen wirksamen Vertrag in dieser Hinsicht überhaupt nicht schließen können.

Die Zentrumsfraktion ist der Ansicht, daß die Regierungskommission in dieser wichtigen Angelegenheit nicht mit der erforderlichen Energie vorgegangen ist.

A N T R A G
==========

der Zentrumsfraktion des Landesrates betr.

Saarländische Eisenbahnstrecken in rein französischem Betrieb.

Im Saargebiet gibt es mehrere Eisenbahnstrecken, die sich seit der Besatzungszeit in rein französischem Betrieb befinden, unter französischer Verwaltung stehen und von Frankreich als Eigentum beansprucht werden. Dies bezieht sich auf die im Saargebiet liegenden Strecken der

ehemals

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 4 A4 1

ehemals den Reichseisenbahnen in Elsaß-Lothringen als deren ausschließliches Eigentum gehörigen Linien:

1) Merzig - Betzdorf, 2) Dillingen -Busendorf,

3) Bous- Völklingen -Hargarten.

Die auf diesen Strecken tätigen deutschen Beamten und Arbeiter sind der französischen Eisenbahnverwaltung dienstlich und disziplinarisch unterstellt und erhalten von diesen auch ihre Dienstbezüge. Nach unserer Information sind diese Angestellten jedoch von einer Beförderung ausgeschlossen und stehen sich auch hinsichtlich ihrer Bezüge und Rechte schlechter als ihre Kollegen im Saargebiet.

Die auf den Bestimmungen des Versailler Vertrages ruhende Rechtslage ergibt schon einwandfrei, daß die gesamten, im Saargebiet liegenden Strecken nicht von Frankreich als Eigentum beansprucht werden können und daß sie nicht von Frankreich verwalt et und betrieben werden dürfen. Auch diese Strecken hätten von der Verwaltung der Saar-Eisenbahnen übernommen werden müssen. Die Duldung des bisherigen Zustandes seitens der Regierungskommission muß als ein Verstoß gegen den Versailler Vertrag angesehen werden.

Wir richten daher an die Regierungskommission den Antrag, mit allem Nachdruck dahin zu wirken:

1) daß sämtliche, im Saargebiet liegenden Strecken und Einrichtungen der ehemals elsaß-lothringischen Reichs-Eisenbahnen dem Eisenbahnnetz des Saargebietes angegliedert werden,

2) daß der ganze durch den bisherigen Zustand dem Saargebiet entstandene Schaden dem Saargebiet von Frankreich ersetzt wird,

3) daß sämtliche auf diesen Strecken tätigen deutschen Angestellten von der Verwaltung der Saarbahnen übernommen und daß dieselben in jeder Beziehung auch hinsichtlich der verflossenen

LHA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 4
A4

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 4

verflossenen Zeit ihren Kollegen im Saargebiet gleichgestellt werden.

A N T R A G

der Zentrumsfraktion des Landesrates betr.

S t e u e r w e s e n.

Schon mehrfach beantragte die Zentrumsfraktion eine Reform der saarländischen Steuergesetzgebung. Diese Forderung erheben wir heute erneut, da die bisherige Entwicklung eine sozial-gerechtere Ausgestaltung des gesamten Steuerwesens zur zwingenden Notwendigkeit macht.- Bei dieser Reform gilt insbesondere zu beachten, den französischen Staat schärfer zur Steuerèntrichtung heranzuziehen und die Lohn-und Gehaltssteuer sozialer auszugestalten, zumal durch die Inkraftsetzung der neuen indirekten Steuern eine stärkere Belastung der breiten Volksschichten in die Erscheinung tritt.

Das sind die Anträge,die wir der Regierungskommission unterbreitet haben und ich richte an den Herrn Staatskommissar die Bitte, daß er der Regierungskommission sagt, wie die Stimmung und die Meinung ist und daß sie alles tun möge, diesen Anträgen zum Durchbruch zu verhelfen.

Im Verlauf der heutigen Debatte ist die Fiskalkommission genannt worden. Die Bevölkerung des Saargebietes kann keinen Grund erkennen, warum die Fiskalkommission besteht, in der der Franzose Labie und der französische Schweizer Davoine die Hauptrolle spielen. Es wäre die Frage zu untersuchen, sind die Herren Finanzkontrolleure Constant und Davoine befugt und in der Lage, derartige verantwortungsreiche Ämter auszuüben. Welches ist ihre Vorbildung und welches ist ihre frühere Tätigkeit ? Es ist bekannt, daß Constant ein kleiner Buchhalter in Straßburg gewesen ist. Die beste Methode wäre, daß diese Leute Herrn Vigier bald folgten und daß man Leute hinsetzt, die das Vertrauen der Bevölkerung genießen.

Vorsitzender Scheuer: Das Wort hat der Abgeordnete Hoffmann!

Abg. Hoffmann (S.P.): Ich stelle nur das eine fest, daß ich es sehr merkwürdig finde, daß man Anträge heute zur Debatte stellt, die uns bis jetzt noch nicht vorgelegen haben. Es ist mir unerklärlich, daß man diesbezügliche Anträge stellen kann. Unsere Fraktion ist auf Grund dessen und um wieder Ordnung in die Bude zu bringen nicht in der Lage, zu diesen Anträgen Stellung zu nehmen.

Vorsitzend r

A4 1

Vorsitzender Scheuer: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Reinhard!

Abg. Reinhard (K.P.): Meine Herren! Die Kommunistische Fraktion stellt fest, daß gerade die Zentrumsfraktion es war, die bei Anträgen unsererseits darauf fußte, daß diese Anträge vorher in Kommissionsberatungen vorgelegt werden müßten, um den übrigen Parteien Gelegenheit zu geben, zu diesen Anträgen Stellung zu nehmen. Nun ist es aber dieselbe Partei, die nun ins Plenum geplatzt kommt. Es kommt uns aber so vor, Herr Levacher, daß der Pfeil, den der Schütze abgeschossen hat in der Frage der Agitation gerade auf den Schützen wieder zurückprallt. Es scheint mir, daß die Zentrumspartei heute wieder mal das Bedürfnis hat, etwas Agitation zu treiben.

Vorsitzender Scheuer: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Schmelzer!

Abg. Schmelzer (DSV): Wir schließen uns den Anträgen der Zentrumspartei an, und beantragen zu dem Punkt Steuerwesen einen Zusatz in der Weise, daß wir die Regierungskommission ersuchen, dem Landesrat baldigst eine Vorlage über Vermögenssteuer der Gesellschaften zugehen zu lassen, wie sie im Reich besteht.

Vorsitzender Scheuer: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Gärtner!

Abg. Gärtner (Z): Meine Herren! Ich möchte die Regierungskommission noch auf etwas aufmerksam machen, was wohl nicht die ganze Bevölkerung betrifft, aber doch sehr wichtig ist. Die im Saargebiet bestehende Kreditnot zeitigt schlimme Folgen im Mangel an flüssigem Geld. Zur Beschaffung eines eigenen Heimes mit ihren Spargroschen von einigen tausend Franken sind Hunderte, ich möchte sagen Tausende dazu übergegangen, aus eigenen Mitteln und eigener Kraft den Rohbau fertig zu stellen. Die Unmöglichkeit der Geldbeschaffung gestattet die Vollendung des Hauses nicht , da Zinsen in der Höhe von 8, 10 und mehr Prozent verlangt werden. Ohne daß das Haus bewohnbar gemacht ist und ohne daß es irgendwie ausgebaut wird, müssen Leute,- ich kann Namen nennen, in 3 Monaten 15, 16 und 1700.-Franken an Zinsen aufbringen. Es sind krasse Fälle und die Gefahr besteht, daß die armen Leute ihr Haus und ihre Spargroschen verlieren.

Was von den Leuten gesagt wird, die aus freien Stücken gebaut haben, gilt auch für die, die im Wohnungsbauverband 1923 gebaut haben. Diese haben im Monat 4 bis 500.-Franken aufzubringen. Es gibt Leute, die so kleine Wohnungen für sich in Anspruch nehmen und kaum Mieteinnahmen haben. Die Leute sind schlimm dran und ich weise auf folgenden Vorgang hin:

Es ist seinerzeit von der Regierung die Anweisung ergangen, daß die Regierung in Erwägung gezogen hätte, Mittel zu billigem Zinsfuß bereitzustellen und die Gemeinden

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 4 A4

sollen keine Kredite gewähren. Diese Aktion läßt bis heute auf sich warten und die Zustände sind so, wie ich sie gezeichnet habe. Die Leute haben im guten Glauben gehandelt, haben sich aber getäuscht und laufen Gefahr, ihre sauerverdienten Groschen zu verlieren. Ich möchte die Pflicht nicht versäumen, die Regierung auf diese Dinge aufmerksam zu machen, damit Abhilfe geschaffen wird.

rsitzender Scheuer: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Sticher!

g. Sticher (K.P.): Meine Herren! Wir haben uns schon in der vorigen Landesratssitzung bemüht, diesen Antrag, den ich jetzt zur Verlesung bringen werde, einzubringen, aber er wurde zurückgestellt, weil in dieser Sitzung Anträge nicht mehr zur Verlesung gebracht werden sollten. Dieser Antrag betrifft die Notlage der Staatsbediensteten und lautet:

" Der Landesrat möge beschließen:

1) Den Staatsarbeitern und unteren Beamten bis zu Gruppe VII die als Vorschuß bezahlten Gelder als eine einmalige Teuerungszulage zu belassen.

2) Den Staatsarbeitern und unteren Beamten eine 30 prozentige Lohn- und Gehaltserhöhung zu gewähren. "

Es ist unmöglich für den Arbeiter mit 4 bis 500 Franken monatlich auszukommen und es ist unmöglich für den Arbeiter, der heute im Betrieb steht, mit 700 Franken auszukommen. Der Höchstverdienst für einen Eisenbahnvorarbeiter beträgt 800 Franken, dagegen haben andere Arbeiter 500 bis 600 Franken. Es ist ganz gut, daß die Verwaltung technische Umgestaltungen vornimmt, aber man darf diese nicht so vornehmen, daß die sozialen Einrichtungen zugrunde gehen. So kann ich nachweisen, daß im Betrieb St.Wendel die Zustände so tief eingerissen sind, daß dort nunmehr 33 Mann sich an 6 Waschbecken waschen müssen. Diese Zustände müssen vor allen Dingen auf der Eisenbahn von der Regierungskommission beseitigt werden. Wenn die Umstellungen auch vorgenommen werden müssen, so dürfen doch dadurch nicht die sozialen Einrichtungen zugrunde gehen. Ich hoffe, daß die Regierungskommission nicht, wie bisher, lange auf sich warten läßt, und daß sie nicht, wie bisher, den Gewerkschaften weiter kein Gehör schenkt. Ich will auch erwarten, daß die Regierungskommission nicht mehr wie bisher den Ministerialdirektor beauftragt, der

den

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 4
A4 I

der den Leuten erklärt, hier meine Herren, wir haben soviel Geld ausgeworfen, ihr bekommt soviel Centimes mehr die Stunde. Die Gewerkschaften müssen gehört werden. Ich glaube nicht, daß der Ministerialdirektor weiß, wie die Notlage von den Arbeitern ist und wie es in einer Arbeiterfamilie aussieht. Ich möchte die Regierungskommission bitten, daß sie nicht mehr lange damit wartet, den Staatsarbeitern und Angestellten zu helfen. Denn am 1.Dezember sollen schon 50 Franken vom Vorschuß abgehalten werden. Sämtliche Staatsbedienstete haben ihre Kohlen in den Keller geschafft und sonstige Anschaffungen für den Winter gemacht und nun sollen ihnen noch 50 - 60 Franken Vorschuß abgehalten werden. Wo soll das denn hinkommen. Ich bitte die Regierungskommission daraufhinzuwirken, daß diese Vorschüsse sofort niedergeschlagen werden, und daß sie in Verhandlungen eintritt mit den Gewerkschaften,daß das Lohnniveau der Arbeiter und Angestellten erhöht wird.

In großen Betriebsversammlungen ist genügend kundgetan worden, was das heutige Akkordsystem bei der Eisenbahn ist. Ich möchte auch erwähnen, wie es bei der Holzschneideanstalt, die errichtet worden ist, zugeht. Diese war veranschlagt mit 400.000.-Frcs. und heute kostet sie schon 2 1/2 Millionen.Desweiteren muß ich daraut hinweisen, daß Beamte ganze Waggon Holz weggeschleppt haben. Ich will den Oberbahnmeister Philippi aus Ottweiler anführen, der 2 Waggon Holz erhalten hat.

Meine Herren! Da sehen Sie, wie gewirtschaftet wird, daß keine regelrechte Verwaltung besteht. Desweiteren möchte ich noch sagen, wir müssen uns die Löhne und Gehälter vor Augen führen und daß es unmöglich ist, daß ein Arbeiter mit 4 bis 500.- Franken auskommt.

Vorsitzender Scheuer: Herr Abgeordneter Sticher, ich war der Meinung, daß Sie zu den Anträgen sprechen wollten,sonst hätten Sie nach Herrn Brettar erst sprechen können,da Herr Brettar in dieser Angelegenheit als erster um's Wort gebeten hat.

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Brettar!

L A Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 4
A4

Abg. Brettar (S.P.): Meine Herren! Wie mein Herr Vorredner, so sehe auch ich mich veranlaßt, zu der Notlage der Arbeiterschaft Stellung zu nehmen. Es ist ein bedauerliches Zeichen und kann für die Regierung alles andere sein als ein Lob, daß sie eine derartige Haltung einnimmt. Sie dürfte nicht glauben, weil im Landesrat keine Rede mehr von Lohn- und Gehaltsfragen war, daß keine Veranlassung zur Lohnerhöhung bestanden hätte. Nein, meine Herren, die Sache liegt anders, denn während des Sommers haben Arbeiter-und Beamtengewerkschaften die Regierungskommission ersucht, in Verhandlungen einzutreten, um eine Aufbesserung des Existenzminimums zu gewährleisten. Wenn auch die Regierungskommission während dieser Zeit versucht hat, mit ganz kleinlichen Aufbesserungen einiger Arbeitergruppen und die geringe Aufbesserung der Verheiratetenzulage und geglaubt hat, die Forderung zum Scheitern zu bringen, so möge sie sich in einem Irrtum befinden. Die Regierungskommission hat am 6.7.1925 den Gewerkschaften als Antwort auf ihre Eingabe geschrieben, daß es bei der Aufbesserung vom 1.6.1925 bleiben müsse, da zu neuen Verhandlungen keine Gründe vorhanden wären. Meine Herren! Es war dies eine Aufbesserung vom 1. Juni eine kleinliche Aufbesserung einiger Gruppen und der Frauenzulage. Ich freue mich, daß am heutigen Vormittag von einzelnen Rednern die Frage des Defizits angeschnitten wurde und die Herren Levacher und Schmelzer haben versucht, die Ursache des Defizits zu suchen. Ich würde es begrüßen, wenn der Nachweis geliefert werden könnte, daß dort die Wurzel des Übels liegt. Hiermit wäre beiden Teilen geholfen, denn gerade das Defizit ist der Umstand, den man uns vorhält, auf Grund dieses Defizits sei die Regierungskommission nicht in der Lage, eine Aufbesserung gewähren zu können. Herr Levacher hat angeführt, daß die französische Militärverwaltung der Saareisenbahn ungeheuere Summen schuldet. Ich werde, um meinen Antrag, den ich stelle zu begründen, Ihnen kurz mit einigen Zahlen dienen. Da sich die Regierungskommission zu neuen Verhandlungen nicht hergibt und daran ist, den gewährten Vorschuß in Abzug zu bringen, sieht sich die Sozialdemokratische Fraktion gezwungen, der Regierung folgenden Antrag einzubringen, zu welchem ich die Zustimmung des Landesrates erbitten möchte. Der Antrag lautet:

" Der Landesrat wolle beschließen: Die Regierungskommission wird ersucht:

1) Der den Staatsarbeitern, Angestellten und unteren Beamten gewährte Vorschuß, als eine einmalige Wirtschaftsbeihilfe belassen zu wollen.

2) Die Notlage der Staatsarbeiter, Angestellten und unteren Beamten durch eine baldige durchgreifende Lohn- und Gehaltserhöhung beheben zu wollen."

Begründung :

Infolge der steten Frankenentwertung und die dadurch hervorgerufene Verteuerung der Lebenshaltung ist die Not der Arbeiter, Angestellten und unteren Beamten

bis

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 4

A4 1

bis auf's äußerste gestiegen. Die Beschaffung von Wintervorräten und Kleidungsstücken ist fast unmöglich. Die große Not derselben kann nur durch eine durchgreifende Lohn-und Gehaltserhöhung und Niederschlagung des Vorschusses beseitigt werden.

Meine Herren! Wenn wir nun bedenken, daß gerade in dem Monat, in dem das Weihnachstfest gefeiert wird, die Regierung dazu übergeht und die Verwaltung zwingt, die Vorschüsse wieder einzubehalten, so werden Sie mir beistimmen müssen, wenn ich sage, daß das ein Ding der Unmöglichkeit ist. Den Staatsbediensteten, die den Vorschuß erhielten, um für den Winter Einkäufe zu machen, wird es unmöglich sein,mitten im Winter,wo das Fest der Freude und des Friedens gefeiert werden soll, dieses Geld wieder zurückzuzahlen. Wenn der Gehaltsvorschuß abgezogen wird, wird es ihnen . . unmöglich sein, ihren Kindern, wenn der Tag kommt,eine kleine Freude bereiten zu können. Meine Herren! Sie werden entschuldigen, wenn ich etwas weit aushole,aber zur Begründung unseres Antrages, der . . vielleicht nicht ganz verständlich sein wird, ist es notwendig. Die Arbeitgeberorganisation versucht in der Presse, besonders in der Saarbrücker Zeitung, uns immer wieder nachzuweisen, daß die Arbeitgeber als solche nicht in der Lage seien,mehr zu geben. Es wird nun unsere Aufgabe sein, zu versuchen und zu ergründen, was die Regierungskommission bisher für Mittel gebraucht hat, die Beamtenschaft ganz besonders die oberen Beamten aufzubessern, und was sie für die Arbeiterschaft getan hat. Es darf daraus nicht die Schlußfolgerung gezogen werden, als ob unsere Fraktion der Ansicht sei, daß die Beamten zu viel hätten. Das Gegenteil ist der Fall. Wir erkennen an, daß die Beamtenschaft diese Gehälter braucht,aber wir verlangen, daß die Regierung auch daran denkt, daß sie eine untere Beamtenschaft und auch eine Arbeiterschaft hat, für deren Wohl und Wehe sie ebenfalls verantwortlich ist. Meine Herren, ich darf ihnen nun folgende Zahlen anführen, die in die Zeit zurückgerechnet sind, in der der Franken eingeführt wurde. Ein Arbeiter der Lohngruppe 1 mit mehr als 20 Dienstjahren - die höchste Lohngruppe bei der Eisenbahn- hat bei 26 Arbeitstagen, ohne soziale Zulage, eingerechnet die Alterszulage, eine Aufbesserung gegenüber dem 1.5.1921 von 60 %.

Die Lohngruppe 7 - die schlechtbezahlteste- die überhaupt nicht im Gedinge beschäftigt wird, hat unter den gleichen Verhältnissen wie bei der Lohngruppe 1 eine Aufbesserung um rund 48 %.

Der für die Beamtenschaft eingerechnete Prozentsatz stellt sich folgendermaßen:

Ich beginne mit der Gehaltsgruppe 2, die in Wirklichkeit fast keine Beamten enthält. Das Höchstgehalt eines Beamten in der Lohngruppe 2, ohne soziale Zulage, aber mit dem Teuerungszuschlag hat sich gegenüber dem 1.4.1923 als der Franken eingeführt wurde, um 56 % erhöht. Gruppe V um 69%, Gruppe XVIII um 172 Prozent. Diese nackten Zahlen sprechen Bände, wenn sich die Aufbesserung gegenüber derjenigen Gruppe von 56 Prozent zu einer Steigerung von 172 Prozent auswirkt, so wird es bald Pflicht der Regierung, hier Wandel zu schaffen. Das Gleiche gilt von der Kinderzulage. Es gibt keine

<u>berechtigtere</u>

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 4

A4 I

berechtigtere Forderung, als daß diese genau so gehalten sein muß, wie diejenige der Beamten. Bei den Beamten ist sie vom untersten bis zum obersten gleich. Die Kinderzulage beträgt bei den Beamten 90 Prozent mehr als bei den Arbeitern. Meine Herren! Dies alles trägt dazu bei, daß bei den Staatsarbeitern eine große Unzufriedenheit besteht.

Hier kommt noch die Behandlung der Arbeiter hinzu. Es müssen alle Hebel in Bewegung gesetzt werden, um hier Wandel zu schaffen. Herr Schmelzer hat sich schon ausgesprochen über die Zustände auf der Burbacher Hütte. Nicht allein da, sondern auch andere Stellen haben sich bekl,gt. Die Eisenbahndirektion geht nun dazu über,ihre Zeitarbeiter mitten im Winter auf die Straße zu setzen. Das ist eine Härte, die unverständlich ist. Die Regierung sollte, wie Herr Schmelzer schon ausgeführt hat, dazu übergehen, daß sie die Arbeitslosigkeit im Winter verhindert. Die Eisenbahndirektion entläßt die Leute jetzt, um sie im Frühjahr wieder zu beschäftigen. Ich kann Ihnen versichern,daß es die Eisenbahndirektion sehr notwendig hätte, die Arbeiter auch im Winter zu beschäftigen und nur die Maßnahmen der Regierung,vielleicht spielt dabei Herr Labie eine große Rolle mit, sind es, die eine Weiterbeschäftigung der Arbeiter nicht zulassen.

Ich glaube, daß meine Ausführungen Ihnen vollständige Klarheit geschafft haben,und ich möchte Sie gebeten haben, stimmen Sie unserem Antrag zu.

Der Regierung möchte ich sagen: Wir warnen sie eindringlich, verkennen sie nicht die Lage, sie ist äußerst zugespitzt. Wir sind versichert,daß ' draußen bei den Privatbetrieben die Arbeiterschaft sehr schlecht gestellt ist; wir wissen aber auch, daß die Besoldungsmaßnahmen der Staatsbetriebe hier vorbildlich wirken müssen. Auch auf die Bergverwaltung und alle anderen Arbeitgeber bitten wir hinzuwirken,damit dort endlich · in Bezug auf Lohn- und Gehaltsbewegung das gemacht wird, was unbedingt notwendig ist, und zwar verlangen wir diese Aufbesserung in einer stabilen Währung. Es geht nicht an und die gesamte Arbeiterschaft hat kein Interesse daran zum zweitenmal ein Opfer der Inflation oder ein Stützungsobjekt für den französischen Franken zu werden. Ich empfehle der Regierung, recht bald mit den Gewerkschaften in Verbindung zu treten und eine allgemeine Lohn- und Gehaltserhöhung vorzunehmen.

Vorsitzender: Das Wort hat der Abgeordnete Petri !

Abg. Petri (S.P.): Meine Herren! Es ist bekannt, daß in diesem Hause wiederholt Forderungen erhoben wurden die sozialen Angelegenheiten zu reformieren und zu verbessern. Bei Einführung der indirekten Steuern wurde versprochen, das Existenzminimum zu erhöhen. Der Herr Staatskommissar hat uns damals mitgeteilt, daß das Gesetz in Arbeit sei. Es scheint, daß bei der Regierung in punkto soziale Angelegenheiten ein großer Schlendrian eingetreten ist. Es ist Tatsache, daß die Existenzminimumsgrenze 1923 festgesetzt wurde. Seitdem haben sich aber die Verhältnisse geändert und mithin müßte die Regierung automatisch den Satz erhöhen.

Desweiteren die Pfändungsgrenze. Es wurde von Herrn Gärtner betont, daß Leute, die vom Geld des Wohnungsbauverbandes gebaut haben, heute in Not und Elend leben. Die Leute

leben

LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 4 A4 1

leben in den schlimmsten Zuständen und müssen Zinsen und Amortisation zahlen. Sie machen Schulden und ihr Lohn wird gepfändet. Der Lohn wird gepfändet bis zu 350.-Franken und was darunter ist, muß an den Wohnungsbauverband abgegeben werden. Wir fordern von der Regierungskommission, daß endgültig Remedur geschaffen und die Pfändungsgrenze erhöht wird.

Das Gleiche ist beim Grundlohn in der Krankenversicherung zu verzeichnen. Der Grundlohn beträgt 12.- bis 18.- Franken, sodaß der Kranke 6.- bezw. 9.- Franken bekommt. Auch hier verlangen wir eine Änderung.

In der Unfallversicherung ist dasselbe Bild. Über 7 bis 8000.- Franken beträgt der wirkliche jährliche Arbeitsverdienst und im Gesetz stehen 3600.- Franken. Was darüber ist, wird zu einem Drittel angerechnet. Wir stehen gegenüber Deutschland sehr weit zurück. Wir sind etwas anderes, als nur ein Land, wo soziale Versprechungen gemacht werden. Die Regierungskommission kann sich von Deutschland ein Muster abgucken. Ich bitte den Herrn Staatskommissar, uns diesbezüglich eine Erklärung abzugeben.

Vorsitzender:Scheuer: Das Wort hat der Abgeordnete Kiefer !

Abg. Kiefer (Z.): Unsere Stellungnahme zu sozialen und Wirtschaftsfragen ist zu bekannt und so oft in der Vergangenheit betont worden, daß sich heute längere Ausführungen erübrigen. Wie die wirtschaftliche Lage der Bevölkerung ist, kann man täglich aus der Presse ersehen. Das kann man ersehen aus den Organen der wirtschaftlichen Vereinigungen und das kann man auch im Verkehr mit dem Volke ersehen. Wir können nur sagen, daß wir die Anträge, die von der Linken gestellt worden sind, unterstützen und die Regierungskommission ersuchen, nicht nur das, was darin gefordert wird, sondern alles das, was von wirtschaftlichen Gruppen an Forderungen aufgestellt worden ist, durchzuführen, und schnellstens zu verwirklichen, sowie auf den französischen Staat einzuwirken, damit endlich einmal der Abbau der unsozialen Hochspannung hier im Saargebiet erfolgen kann.

orsitzender Scheuer: Damit ist die Aussprache abgeschlossen.

bg. Petri (S.P.): Ich dachte, der Herr Staatskommissar hätte noch etwas mitzuteilen.

orsitzender Scheuer: Damit ist die Aussprache geschlossen. Das Wort hat der Herr Abgeordnete Schmelzer !

bg. Schmelzer (DSV): Wir stimmen dem Antrag zu, daß der, den Staatsarbeitern und Beamten gewährte Vorschuß, diesen belassen bleibt. Auch stimmen wir dem Antrag zu, daß in eine baldige Beratung des Gesetzes betr. Pfändung von Lohn und Gehalt eingetreten wird. Auf einen bestimmten Satz können wir uns heute noch nicht festlegen.

orsitzender Scheuer: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Kiefer!

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 4
A4

Abg. Kiefer (Z.): Um einer irrtümlichen Auffassung vorzubeugen, erklären wir, daß es uns nicht darum gegangen hat, neue Anträge einzubringen. Wir haben uns nur für verpflichtet gehalten, die bereits gestellten Anträge in anderer Form der Regierung zufließen zu lassen.

Vorsitzender Scheuer: Wir kommen zur Abstimmung!
Die Sozialdemokratische Partei hat ihr Gutachten abgegeben, auch ist das Gutachten der Kommunistischen Partei eingelaufen.
Das Wort hat der Herr Abgeordnete Reinhard!

Abg. Reinhard (K.P.): Die Kommunistische Fraktion lehnt die vorliegende Novelle ab. Heute morgen hat man in der Aussprache gehört, daß man noch eine Steuer bewilligen soll. Die Arbeiterschaft ist schon mit 2/3 der Steuern belastet und aufgrund dieser Frage allein ist es notwendig, daß wir die Vorlage ablehnen.

Ich habe folgendes Gutachten abzugeben:

Die Kommunistische Fraktion lehnt die Vorlage betreffend Wertzuwachssteuer ab.

G r ü n d e

1. Durch die Vorlage der Regierungskommission wird der Realwertzuwachs nicht erfaßt.

2. Die steuerfreie Grenze ist zu niedrig.

3. Die Steuern fließen in ihrer Mehrheit in das Budget der Regierungskommission, während die Kommunen leer ausgehen.

Die Kommunistische Fraktion ist grundsätzlich für die Erfassung des wirklichen Wertzuwachses des Besitzes muß aber die Vorlage der Regierungskommission aus den oben ausgeführten Gründen ablehnen.

Vorsitzender

LHA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 4
A4 I

Vorsitzender Scheuer : Das Wort hat der Abg. Dr.v.Vopelius !

Abg. Dr.v.Vopelius (DSV): Meine Herren! Als Fundament jeder Steuergesetzgebung gilt die Gerechtigkeit. Leider muß ich sagen, daß das Wertzuwachssteuergesetz in seiner heutigen Aufmachung nicht gerecht ist. Früher war das Wertzuwachssteuergesetz da, um den unverdienten Wertzuwachs zu erfassen und hat verhältnismäßig gute Erträge gehabt. Heute liegen die Verhältnisse im Saargebiet anders. Zunächst muß einmal gesagt werden, daß der Ertrag des Gesetzes außerordentlich gering ist. Die Stadt Saarbrücken weist in ihrem Haushalt aus Wertzuwachssteuer ca. 1 Million Franken aus bei einem Gesamthaushalt von 50 bis 60 Millionen Franken,also noch nicht 2 % des Gesamthaushaltes , eine Summe, die bei der Beurteilung der Einnahmen keine Rolle spielt. Vor dem Kriege sind im Landkreise Saarbrücken die Unkosten für das Wertzuwachssteuergesetz selbst höher gewesen, wie der Ertrag und heute ist es zweifellos genau dasselbe. Kurz und gut, man kann ein solches Gesetz, das ja an sich mehr Belästigungen bringt und wirklich nichts einbringt,nicht weiter bestehen lassen. Es kommt hinzu, daß die Feststellungen der Steuersätze so außerordentlich schwierig sind, daß sie tatsächlich viele Käufe und Verkäufe an dem Umstande, daß niemand weiß, was für eine Steuer er zu zahlen haben wird, scheitern lassen. Ich stütze mich hier auf eine Auslassung des Notariatsvereins in Saarbrücken, der das in einer Eingabe ganz besonders zum Ausdruck brachte und erklärte, daß viele Käufer und Verkäufer lieber einen höheren Umsatzstempel bezahlen wollten, als weiterhin eine Wertzuwachssteuer.

Um auf die speziellen Verhältnisse des Saargebietes zu kommen, muß gesagt werden, daß das Gesetz in seiner Verwirklichung eine außerordentliche Ungerechtigkeit darstellt. Stellen Sie sich vor, daß ein Grundstück, das vor mehreren Jahren zu einem bestimmten Frankenbetrag gekauft worden ist, heute zu einem höheren Frankenbetrag wieder verkauft wird. Dieses Grundstück braucht darum einen effektiven Wertzuwachs garnicht zu haben. Wenn der Kurs zurückgegangen ist, ist oft ein derartiger Verlust zu verzeichnen, daß der Ertragspreis - an Goldwerten gemessen - niedriger ist,wie der Ankaufspreis vor soviel Jahren. Trotzdem wird ein solches Grundstück,das vor 3 Jahren für 15.000.-gekauft worden ist, zu 20 oder 25.000.-wieder verkauft wird, so liegt doch ohne weiteres für den Verkäufer ein Verlust am Goldwert gemessen , vor und er muß die Wertzuwachssteuer doch bezahlen. Die Verbesserungen, welche Regierungskommission und Sozialdemokraten bringen, können bis zu einem gewissen Grad Erfolg haben; aber sie verändern doch die eben geschilderten Verhältnisse nicht. Vielleicht verbessern sie die kleinen Immobiliarverkäufe,aber bei großen Verkäufen bleibt die Ungerechtigkeit bestehen. Ich will ein anderes Beispiel anführen;: Angenommen, jemand hat ein großes Grundstück und verkauft dieses in kleinen Teilen zu Preisen, die unter der Befreiungsgrenze liegen, dann braucht er keine Steuern zu zahlen. Wenn er aber dieses Grundstück in einem verkauft, dann muß er Steuern zahlen. Kurz und gut, wohin man blickt, in dem ganzen Gesetz liegen Ungerechtigkeiten, die nicht mehr bestehen bleiben dürfen. Nun hat man versucht,besonders die Sozialdemokraten, durch eine sehr fleißige Arbeit Grundlagen zu schaffen, die alledem Rechnung tragen. Aber

ich

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 4
A4 1

ich glaube, meine Herren, es wird auch das unmöglich sein. Sie werden das nicht erfassen, was Sie erfassen wollen. Ich bin der Meinung, wir werden auch bei einer stabilen Frankenwährung nicht darüber hinwegkommen, ebensowenig bei Anwendung der Goldparität oder des Index einer richtigen Beurteilung nicht gerecht wird, solange der Immobilienmarkt keine Preise aufweist, die auch der veränderten Kaufkraft des Goldes gerecht werden. Bis dahin hat es aber noch gute Wege. Wir haben auf Grund dieser Verhältnisse folgendes Gutachten abzugeben, in welchem wir den Wunsch aussprechen, die Regierungskommission möge das Wertzuwachssteuergesetz beseitigen. Wir wollen nicht, daß das Gesetz suspendiert wird, sondern wir wollen es ganz beseitigt haben. Ich darf unser Gutachten verlesen:

G U T A C H T E N

Die Aufrechterhaltung des Wertzuwachssteuergesetzes vom 14. Februar 1911 in der Fassung vom 3. Juli 1913, geändert durch die Verordnung der Regierungskommission vom 7. Dezember 1923, erscheint im Saargebiet unmöglich.

Die Durchführung des Gesetzes während der Dauer der unstabilen Frankenwährung zeitigt eine ganze Reihe von Ungerechtigkeiten, die darin liegen, daß eine Wertzuwachssteuer in zahlreichen Fällen zur Errechnung kommt, in denen ein Wertzuwachs tatsächlich nicht eingetreten ist.

Als Folge davon zeigt sich, daß schon seit geraumer Zeit die Wertzuwachssteuer durch die in Frage kommenden Behörden in umfangreichstem Maße niedergeschlagen werden muß und in außerordentlichem Umfange Stundungen der Steuer beantragt und genehmigt werden. Dazu ist der Ertrag der Wertzuwachssteuer am ganzen Steuereinkommen der Kommunen und des Saargebietshaushaltes gemessen derart gering, daß es mehr als fraglich erscheint, ob die Erhebungskosten der Steuer überhaupt gedeckt werden.

Auch die in der vorliegenden Verordnung vorgeschlagenen Verbesserungen tragen durchaus nicht dazu bei, die im Gesetz liegenden Ungerechtigkeiten aus der Welt zu schaffen.

Ebensowenig wird eine Umstellung des Gesetzes auf Goldgrundlage, wie eine solche auf den Index, eine gerechte Lösung des Wertzuwachssteuerproblems herbeiführen, da in beiden Fällen der Goldentwertung keine Rechnung getragen wird.

Erst wenn der Immobilienmarkt als solcher eine Veränderung dahingehend erfährt, daß der Immobilarbesitz wieder wie in Friedenszeiten normal d.h. unter Berücksichtigung sämtlicher in Frage kommender Faktoren bewertet wird, wird es möglich sein, den unverdienten Wertzuwachs richtig zu erfassen.

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 4
A4

Eine normale Bewertung des Immobilarbesitzes erscheint jedoch nach Lage der Verhältnisse im Saargebiet wie auch in dem, dem Saargebiet benachbarten Staate in absehbarer Zeit vollkommen ausgeschlossen.

Aus allen diesen Gründen erscheint es unmöglich, das Wertzuwachssteuergesetz aufrecht zu erhalten. Auch die Suspension des Wertzuwachssteuergesetzes ist in Anbetracht der Verhältnisse unangebracht, da eine solche nur Wert hätte, wenn einigermaßen Aussicht für eine baldige Änderung der augenblicklichen verworrenen Bewertungsverhältnisse des Immobilarbesitzes bestünde.

Die unterzeichnete Partei glaubt daher ihr Gutachten dahin abgeben zu müssen:

Die Regierungskommission möge die vollständige Aufhebung des Wertzuwachssteuergesetzes vom 14. Februar 1911 in der Fassung vom 3. Juli 1913, geändert durch die Verordnung der Regierungskommission vom 7. Dezember 1923 beschließen.

Deutsch-Saarländische Volkspartei.

Vorsitzender Scheuer: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Kiefer!

Abg. Kiefer (Z.): Wir haben uns in der Fraktion mit dem Gesetz beschäftigt und sind zu der Erkenntnis gekommen, daß, solange unstabile Verhältnisse bestehen, das Gesetz immer Härten bringen wird, die zu einer Aufregung der Bevölkerung beitragen. Wir geben unser Gutachten dahin ab, das Wertzuwachssteuergesetz niederzuschlagen und wenn stabile Verhältnisse eintreten, wieder zu dieser Sache Stellung genommen werden kann.

Vorsitzender Scheuer: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Albert !

Abg. Albert

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 4

A4

Abg. Albert (H.u.L.) Meine Herren, ich schließe mich den beiden Herrn Vorrednern an und gebe folgendes Gutachten ab:

G U T A C H T E N

" Nicht nur vom Standpunkt des städtischen und ländlichen Besitzes, sondern auch vom allgemeinen wirtschaftlichen Standpunkt ist die Zuwachssteuer bei einem Besitzübergang als ein Übel zu bezeichnen. Die Zuwachssteuer hemmt nicht nur den freien Verkehr auf dem Immobilienmarkt, sondern sie hindert durch ihre Auswirkungen in hohem Grade die Freizügigkeit, namentlich der Stadt verteuernd auf die Wohnungsmieten und auf dem Lande versteuernd auf die Produktion der Lebensmittel.

Die Wertzuwachssteuer als Besteuerung des unverdienten Wertzuwachses, der sich bei Eigentumwechsel von Grundstücken ergab, stammt aus der Zeit des beispiellosen wirtschaftlichen Aufschwunges Deutschlands. Es kann nicht Wunder nehmen, daß zu der damaligen Zeit, als die neuen Großstädte geradezu aus dem Boden wuchsen, der Wert dieses Bodens in erheblicher Weise stieg. Von diesen Summen, deren Entstehung man dem Wirken der Allgemeinheit zuschrieb, auch dieser Allgemeinheit wieder einen gewissen Anteil davon zurückzugeben, das war der Sinn des ersten deutschen Wertzuwachssteuergesetzes.

Die Zeiten haben sich aber leider nur allzusehr geändert. Das Wertzuwachssteuergesetz, ein Kind einer Epoche überquellenden Reichtums, paßt nicht mehr in unsere Zeit beispielloser allgemeiner Verarmung hinein. Wie manches, hat sich auch dieses Gesetz völlig überlebt.

Die Regierungskommission des Saargebietes hat dieses vor Erlaß der Zuwachssteuerverordnung vom 7. Dezember 1923 ganz richtig erkannt. Sie wollte die Wertzuwachssteuer im Saargebiet ganz aufheben. Um aber dem Lande und den Gemeinden die früheren Einnahmen aus dem Besitzwechsel nicht zu schmälern, erhöhte sie den Grundstücksumsatzstempel auf 6 % des Wertes der Verkaufsobjekte. Diese Abgabe ist schon an sich abnorm hoch und schwer verträglich.

Nun gab aber die Regierungskommission dem Drängen der Landräte und Bürgermeister nach, die in gänzlicher Verkennung der wirtschaftlichen der wirtschaftlichen Auswirkung der Wertzuwachssteuer trotz der gänzlichen Veränderung der wirtschaftlichen Verhältnisse ihre Beibehaltung befürworteten.

Es

LH Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 4
A4 I

Es erfolgte der Erlaß der Verordnung vom 7.Dezember 1923,aber der 6 prozentige Umsatzsteuerstempel blieb bestehen.

Die gänzliche Unhaltbarkeit der sich nun entwickelnden Zustände ist bekannt.Sie führten zur Vorlage des neuen Zuwachssteuerverordnungs-Entwurfes.

Ich bitte den Landesrat, sich den von mir angeführten Gesichtspunkten nicht zu verschließen und die gänzliche Aufhebung der Wertzuwachssteuer und die Rückzahlung der in der Zeit vom 1.Januar 1924 ab erhobenen Steuerbeträge zu beschließen.

Können Sie sich aber hierzu nicht verstehen,so bitte ich Sie, der Vorlage der Regierungskommission zuzustimmen aber mit Abänderung des Schlußsatzes in Art. 20

"Eine Rückzahlung bereits gezahlter Steuerbeträge erfolgt nicht "

in:

"Insoweit höhere Steuerbeträge erhoben wurden, als sie dieser Verordnung entsprechen,erfolgt ihre Rückzahlung."

Schließlich möchte ich noch um die Unterstützung eines Antrages bitten, bei Einführung der neuen Zuwachssteuerverordnung den Umsatzstempel von 6 auf 4 % herabzusetzen.

Vorsitzender Scheuer: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Reinhard !

Abg. Reinhard (K.P.): Ich möchte ein kurzes Wort sagen. Ich glaube, daß die Ausführungen des Herrn Hoffmann nicht den Tatsachen entsprechen. Wenn gesagt wird, daß durch das Gesetz der größte Teil der Summe nicht in die Kommunalkasse fließt, so stimmt das.Der größte Teil wird aufgefressen durch Verwaltungskosten. Das Gesetz rentiert sich nicht.

Vorsitzender Scheuer: Nachdem sämtliche Parteien ihr Gutachten abgegeben haben, setze ich voraus, daß die Gutachten die Zustimmung der Mitglieder der einzelnen Parteien finden.
Damit ist die Abstimmung geschehen. Ich schließe die Sitzung.

Schluß der Sitzung 5 Uhr 15 Minuten.

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 4
A4 I